

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Einschreiben

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen
Bundesgasse 3
3003 Bern

9. September 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden mit Schreiben vom 27. Mai 2015 zur Vernehmlassung über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU verfolgt der Bundesrat die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiter, wonach die schweizerischen Steuerbehörden in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden und damit die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden sollen. Dies ist zu begrüssen, weshalb der Regierungsrat des Kantons Aargau der Vorlage grundsätzlich zustimmt.

An den schon früher vom Regierungsrat wie auch von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren und Finanzdirektoren (FDK) in den Stellungnahmen zur generellen Implementierung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) aufgestellten Forderungen wird indessen ausdrücklich festgehalten. Dies betrifft zum einen die Verwendung der bereits jetzt von allen Kantonen als gemeinsamer Key eingesetzten AHV-Nummer als internationale Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Zum andern gilt dies für den wiederholt geäusserten Vorbehalt zur Reziprozität von schweizerischen Amtshilfeersuchen ans Ausland. Demnach wird erneut die Aufhebung der in Art. 22 Abs. 6 des Bundesgesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz, StAhiG) verankerten Selbstbeschränkung hinsichtlich Bankinformationen gefordert. Zumindest ist die Bestimmung so zu ändern, dass sie nicht mehr in Bezug auf Staaten gilt, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Dr. Peter Grünenfelder
Staatsschreiber

Kopie

- vernehmlassungen@sif.admin.ch



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für
internationale Finanzfragen (SIF)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Appenzell, 20. August 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat verfolgt die Strategie, die Schweiz in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung einzubinden. Damit soll die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden. Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU wird diese Stossrichtung konsequent weiterverfolgt. Die Standeskommission begrüsst die Strategie und stimmt der Vorlage daher grundsätzlich zu.

Wie schon in der Vernehmlassung des Kantons Appenzell I.Rh. vom 26. März 2015 zur generellen Implementierung des automatischen Informationsaustausches in Steuersachen (AIA) legt die Standeskommission aber Wert darauf, dass

- a) als internationale Steueridentifikationsnummer (TIN) für natürliche Personen die bereits jetzt von allen Kantonen als gemeinsamer Key eingesetzte AHV-Nummer verwendet wird oder aber der Bund die Mehrkosten einer anderen TIN übernimmt.
- b) die in Art. 22 Abs. 6 des Steueramtshilfegesetzes (SR 672.5, StAhiG) verankerte Selbstbeschränkung bei Amtshilfegesuchen auf Bankinformationen, die nach schweizerischem Recht beschafft werden könnten, aufgehoben wird. Zumindest aber ist die Bestimmung so zu ändern, dass sie in Bezug auf Staaten, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann, nicht mehr gilt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement EFD
3003 Bern



Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 21. August 2015

Eidg. Vernehmlassung; Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 27. Mai 2015 haben die Schweiz und die EU in Brüssel ein Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens unterzeichnet. Dieses ersetzt das geltende Zinsbesteuerungssystem durch den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA). Der Bundesrat hat infolgedessen das EFD und das EDA beauftragt, bei den Kantonen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU verfolgt der Bundesrat die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiter, wonach die schweizerischen Steuerbehörden in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden und damit die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden sollen. Dies ist zu begrüßen, weshalb der Vorlage grundsätzlich zugestimmt werden kann.

An den von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) in ihrer Stellungnahme vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA aufgestellten Forderungen wird indessen ausdrücklich festgehalten. Dies betrifft zum einen die Verwendung der bereits jetzt von allen Kantonen als gemeinsamer Key eingesetzten AHV-Nummer als internationale Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Zum andern gilt dies für den dort geäusserten Vorbehalt zur Reziprozität von schweizerischen Amtshilfeersuchen ans Ausland. Demnach wird erneut die Aufhebung der in Art. 22 Abs. 6 des Steueramtshilfegesetzes (SR 672.5) verankerten Selbstbeschränkung hinsichtlich Bankinformationen gefordert. Zumindest ist die Bestimmung so zu ändern, dass sie nicht mehr in Bezug auf Staaten gilt, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

vernehmlassungen@sif.admin.ch
(PDF-Version und WORD-Fassung)

9. September 2015

RRB-Nr.: 1069/2015
Direktion: Finanzdirektion
Unser Zeichen
Ihr Zeichen
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Das bestehende Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU wird durch ein Änderungsprotokoll zu einem AIA-Abkommen mit der EU umgestaltet.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Stellungnahme vom 18. März 2015 zum Ausdruck gebracht, dass er die Bestrebungen für einen steuerlich konformen Finanzplatz und die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt. Er hat deshalb der Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (multilaterale Vereinbarung) und dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zugestimmt (RRB 316/2015).

Der Regierungsrat stimmt aus den gleichen Gründen auch der vorgeschlagenen Umwandlung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU zu einem AIA-Abkommen zu. Hinzuweisen ist auf die Forderungen, die von uns bereits in der Stellungnahme vom 18. März 2015 (RRB 316/2015) geltend gemacht wurden:

„Wenn ausländische Bankinformationen den schweizerischen Steuerbehörden künftig im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs (AIA) und überdies im Rahmen des spontanen Informationsaustauschs gemeldet werden, ist nicht mehr einzusehen, weshalb die schweizerischen Steuerbehörden bei Amtshilfeersuchen Bankinformationen nur verlangen dürfen, wenn diese Informationen nach schweizerischem Recht beschafft werden könnten (Art. 22 Abs. 6 des Steueramtshilfegesetzes vom 28. September 2012, StAhiG). Auch das Verbot der Verwertung von ins Ausland gelieferten Bankinformationen (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) ist nicht mehr angezeigt. Im Rahmen der parallel durchgeführten Vernehmlassung zur Genehmigung des Amtshilfeübereinkommens und zur Änderung des StAhiG beantragt der Regierungsrat deshalb die Aufhebung dieser Einschränkungen.“

In die gleiche Richtung gehen die Forderungen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren und Finanzdirektoren (FDK) in ihrer Stellungnahme vom 3. Juli 2015¹. Der Regierungsrat schliesst sich den dortigen Ausführungen **vollumfänglich** an.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

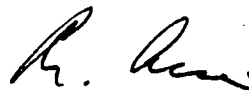
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Hans-Jürg Käser

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

¹ Stellungnahme vom 3. Juli 2015: http://www.fdk-cdf.ch/150703_aia_eu_vl-stn_fdkv_def_d_uz.pdf



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU; Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Brief vom 27. Mai 2015 haben Sie uns zu einer Stellungnahme zum oben erwähnten Änderungsprotokoll eingeladen, was wir hiermit gerne wie folgt tun:

Bereits Ende Mai 2015 haben die Schweiz und die EU in Brüssel ein Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens unterzeichnet. Dieses ersetzt das geltende Zinsbesteuerungssystem durch den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA). Das revidierte Abkommen enthält grundsätzlich drei Elemente:

- den reziproken AIA nach dem globalen Standard der OECD;
- den Informationsaustausch auf Ersuchen gemäss geltendem OECD-Standard;
- eine Bestimmung betreffend die Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen. Diese Bestimmung wurde unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen und ist im Interesse des Schweizer Wirtschaftsstandortes.

Es wird ein Inkrafttreten des Änderungsprotokolls per 1. Januar 2017 angestrebt.

Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU verfolgt der Bundesrat die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiter.

Danach sollen die schweizerischen Steuerbehörden in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden und damit die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden. Dies ist zu begrüßen, weshalb der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft der Vorlage grundsätzlich zustimmt.

An den in unseren bisherigen Stellungnahmen zur Steueramtshilfe sowie zum AIA aufgestellten Forderungen wird jedoch ausdrücklich festgehalten. Dies betrifft einerseits die Forderung nach der Verwendung der bereits jetzt von den Kantonen als gemeinsamer Schlüssel eingesetzten AHV-Nummer als internationale Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Andererseits gilt dies für den mehrfach geäußerten Vorbehalt zur Reziprozität von schweizerischen Amtshilfeersuchen ans Ausland. Auch an dieser Stelle wird erneut die Aufhebung der in Art. 22 Abs. 6 des Steueramtshilfegesetzes verankerten Selbstbeschränkung hinsichtlich Bankinformationen gefordert. Zumindest ist die Bestimmung so zu ändern, dass sie nicht mehr in Bezug auf Staaten gilt, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Liestal, 01. September 2015

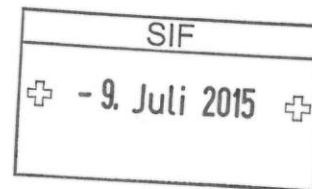
Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen des Regierungsrates



Der Präsident:



Der Landschreiber:



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat
für internationale Finanzfragen
Abteilung Steuern
Bundesgasse 3
3003 Bern

Basel, 7. Juli 2015

Regierungsratsbeschluss vom 7. Juli 2015

**Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU
Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements, Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, und der Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten, Herr Didier Burkhalter, den Kantonsregierungen mit Frist bis 17. September 2015 Gelegenheit gegeben, sich zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU vernehmen zu lassen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt den vorgeschlagenen Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU begrüsst. Das Abkommen mit der EU bildet die konsequente Fortführung der Strategie des Bundesrats zur Stärkung der internationalen Akzeptanz und Attraktivität der Schweiz als Wirtschaftsstandort und einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Einführung des AIA-Standards in der Schweiz. Er ist zudem die logische Folge der ebenfalls im Genehmigungsverfahren befindlichen multilateralen Abkommen zur internationalen Amtshilfe (Amtshilfeübereinkommen und MCAA).

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals wie schon mit unseren Vernehmlassungsantworten vom 31. März 2015 zum multilateralen Amtshilfeübereinkommen und zum MCAA sowie zur Umsetzungsgesetzgebung im Steueramtshilfe- und im AIA-Gesetz deutlich darauf hinweisen, dass die Selbstbeschänkung und das Verwertungsverbot für die inländischen Steuerbehörden bei Bankinformationen gemäss Art. 22 Abs. 6 und Art. 21 Abs. 2 StAhiG/Art. 20 AIA-G überholt und inkonsequent sind und daher aufgegeben werden sollten. Zudem sollte für die Steueridentifikationsnummer eine praktische Lösung auf Basis der (verschlüsselten) AHV-Nummer gefunden werden, weil diese Nummer schon heute von den kantonalen Steuerbehörden verwendet wird.

Gerne hoffen wir, Ihnen mit dieser Stellungnahme gedient zu haben. Auch möchten wir uns für die Gelegenheit zur Vernehmlassung bestens bedanken.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Madame
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du département fédéral des finances
Bernerhof
3003 Berne

Fribourg, le 7 septembre 2015

Approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE : procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

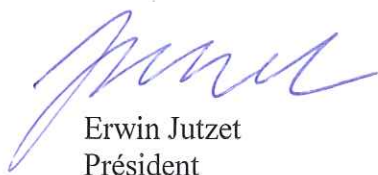
Nous nous référons à la consultation mentionnée sous rubrique et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Nous vous informons que nous sommes, sur le principe, d'accord avec l'approbation de l'arrêté fédéral portant approbation et mise en œuvre d'un protocole modifiant l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE.

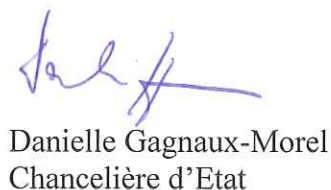
Nous nous rallions au surplus aux remarques et réserves formulées par la CDF. S'agissant de l'exonération de l'impôt à la source des versements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées, nous saluons bien sûr le fait que les dispositions pertinentes aient été maintenues dans l'accord conclu entre l'UE et la Suisse. Il est toutefois regrettable que la Suisse n'ait pas été en mesure de renégocier l'article pertinent de manière à reprendre les conditions qui sont aujourd'hui applicables entre les Etats membres de l'UE. Ainsi, le seuil de détention de participation donnant droit à l'exonération de l'impôt à la source a été abaissé à 10% dans la Directive 2011/96/UE (modifiée par la Directive 2014/86/UE du Conseil) concernant le régime fiscal commun applicable aux sociétés mères et filiales d'Etat membre différents.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat :


Erwin Jutzet
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 16 septembre 2015

Le Conseil d'Etat

8416-2015

Madame Eveline WIDMER-SCHLUMPF
Conseillère fédérale
Département fédéral des finances (DFF)
Monsieur Didier BURKHALTER
Conseiller fédéral
Département fédéral des affaires
étrangères (DFAE)
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : Approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,
Monsieur le Conseiller fédéral,

Par lettre adressée aux gouvernements cantonaux, vous invitez ceux-ci à prendre position sur le projet de loi mentionnée en titre.

A plusieurs occasions, le Conseil d'Etat a exprimé son soutien à la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive. Sur le principe, nous nous sommes prononcés favorablement sur les différents projets mis en consultation visant à ce que la Suisse respecte ses engagements d'adhérer aux normes internationales en matière d'échange de renseignements à des fins fiscales. Nous avons notamment approuvé la mise en œuvre de la Convention du Conseil de l'Europe et de l'OCDE concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale ainsi que le projet de mise en œuvre de l'échange automatique de renseignement (EAR). Nous avons également donné notre accord sur les projets de mandats de négociation avec les Etats-Unis en vue du passage au premier modèle FATCA, avec d'autres Etats et avec l'UE en vue de l'EAR.

Sur le projet en consultation, nous nous référons à la prise de position de la Conférence des directeurs et directrices cantonaux des finances (CDF) qui juge que *"l'introduction de l'EAR entre la Suisse et l'UE est conforme aux critères établis dans les directives de négociation"*. Sur cette base, le Conseil d'Etat accepte le projet de protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec l'UE.

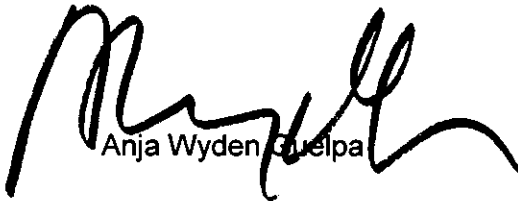
Cependant, notre Conseil réitère sa demande de supprimer les limitations de la LAAF et de la LEAR (LAAF art 22 al 6 et art. 21 al 2 et LEAR art 13 al 5) qui prévoient que les autorités fiscales suisses peuvent utiliser uniquement les renseignements qui auraient pu être obtenus selon le droit suisse. Dans les faits, cela implique que la Suisse transmet des informations dont les autorités fiscales suisses ne peuvent disposer. En plus, malgré les clauses de réciprocité en vigueur, les autorités fiscales suisses ne peuvent toujours pas demander des renseignements bancaires à l'étranger. Elles ne peuvent pas non plus utiliser systématiquement des renseignements reçus automatiquement de l'étranger.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes.

Veuillez croire, Madame la Conseillère fédérale, Monsieur le Conseiller fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

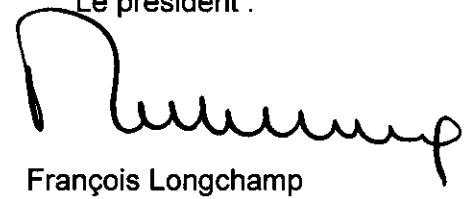
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp



Glarus, 11. August 2015
Unsere Ref: 2015-103

Vernehmlassung in Sachen Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir schliessen uns der Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 3. Juli 2015 an. Auf weitergehende eigene Ausführungen verzichten wir.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Röbi Marti
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: Vernehmlassungen@sif.admin.ch (PDF- und Word-Version)

versandt am: **12. Aug. 2015**

KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Bern, 3. Juli 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Vernehmlassungsstellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen vom 27. Mai 2015 zu randvermerkter Vorlage. Der Vorstand FDK nimmt dazu wie folgt Stellung.

Mit Brief vom 27. August 2014 nahmen wir zu den Mandatsentwürfen zu Verhandlungen mit den USA über einen Wechsel zu Modell 1 der FATCA-Abkommen und mit weiteren Staaten sowie mit der EU über den automatischen Informationsaustausch (AIA) Stellung. Wir stimmten damals den drei Verhandlungsrichtlinien zu und formulierten Anträge zur Umsetzung des AIA. Diese zielten insbesondere auf die Aufhebung der Selbstbindungen des geltenden Steueramtshilfegesetzes (StAhiG) bezüglich Weiterverwendung erhaltener Bankinformationen durch schweizerische Steuerbehörden (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und Ersuchen nach im Ausland gelegenen Bankinformationen (Art. 22 Abs. 6 StAhiG).

Die **Einführung des AIA zwischen der Schweiz und der EU liegt im Rahmen der Kriterien, welche die erwähnten Verhandlungsrichtlinien** aufstellten. Indessen stellen wir fest, dass die **Kantone in die Verhandlungen mit der EU entgegen ihrem ausdrücklichen Wunsch weder in die Verhandlungsdelegation aufgenommen noch anderweitig einbezogen** wurden.¹ Dies ist umso befremdlicher, als die Kantone eng in die Aushandlung des Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU einbezogen worden waren sowie ihres Anteils am Steuerrückbehalt aus dem Zinsbesteuerungsabkommen verlustig gehen und sie von der Aufhebung der Abgeltungssteuerabkommen mit dem Vereinigten Königreich und Österreich finanziell betroffen sind.

¹ Vgl. Stellungnahme KdK vom 26.09.2014, Rz 10f, S. 3.

Positiv hervorzuheben ist, dass

- die Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen wird;
- sowohl beim automatischen als auch beim Informationsaustausch auf Ersuchen nicht von den Standards der OECD abgewichen wird;
- klar festgehalten wird, dass Art. 6 Abs. 3 des Abkommens nicht greift, wenn die Berechnungsgrundlagen, nicht aber die erhaltenen Informationen selbst, an andere als Steuerbehörden weitergegeben werden.²

Zu bedauern ist, dass bezüglich des Marktzugangs für Finanzdienstleister keine Ergebnisse erzielt werden konnten, die über die Eröffnung exploratorischer Gespräche hinausgehen.

Die Einführung des AIA mit der EU steht natürlich unter dem Vorbehalt der Genehmigungsprozesse in der Schweiz und der EU.

Ausserdem **fordern** wir einmal mehr mit Nachdruck:

1. Das Parlament beschliesst in der anstehenden Revision des StAhiG die von uns und den Kantonen geforderte **Aufhebung der Selbstbeschränkung bezüglich schweizerischer Ersuchen an das Ausland um Bankinformationen** (Art. 22 Abs. 6 StAhiG), zumindest im Verkehr mit Staaten, von denen die Schweiz ohne vorgängiges Ersuchen Informationen erhalten kann (Art. 22 Abs. 7 E-StAhiG).
2. Das Parlament stimmt der von uns und den Kantonen geforderten **Verwendung von automatisch erhaltenen Informationen durch schweizerische Steuerbehörden** zu (Art. 20 E-AIAG).
3. Das Parlament beschliesst entgegen dem Bundesrat und in Übereinstimmung mit uns und sämtlichen Kantonen die Verwendung der **AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen**.³ Lage und Perspektiven der öffentlichen Haushalte erfordern den Verzicht auf unnötige Bürokratie. Die Kantone werden allein mit Umsetzung und Vollzug der absehbareren Reformen im Steuerbereich (z.B. spontaner Informationsaustausch, namentlich von Rulings, USR III, Reform der Quellenbesteuerung) finanziell, personell und informatikmässig in einem Ausmass gefordert sein, dass jegliche hausgemachte Mehrbelastung zu unterlassen ist. Art. 2 Abs. 1 Bst. f E-AIAG lautete neu demgemäss wie folgt:

(...) f. *schweizerische Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen*: die AHV-Versichertennummer nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Art. 21 E-AIAG ist entsprechend anzupassen.

² Erläuternder Bericht ..., S. 15.

³ Vgl. Stellungnahme FDK v. 27.03.2015 zum MCAA und AIA, http://www.fdk-cdf.ch/150327_mcaa-aiag_vl-stn_fdkv_uz_d.pdf.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Kenntnisnahme unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Peter Hegglin

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie (Mail)

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK
- Sekretariat KdK

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Par email

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du Département fédéral des finances
Bernerhof
3003 Bern
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 18 août 2015

Approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE : Réponse du Gouvernement jurassien à la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Vous avez invité le Gouvernement jurassien à se prononcer au sujet du projet cité en objet et nous vous en remercions.

Par courrier du 26 août 2014, nous avons pris position favorablement sur les projets de mandats de négociation avec l'UE et d'autres Etats pour l'échange automatique de renseignements (EAR).

L'introduction de l'EAR avec l'Union Européenne est conforme aux critères établis dans les directives de négociation, l'UE et ses membres étant des partenaires importants pour la Suisse. Nous nous félicitons que l'exonération de l'impôt à la source des versements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances ait été reprise de l'accord sur la fiscalité de l'épargne.

Cependant, nous regrettons que la Suisse n'ait pas pu lier la négociation de l'EAR avec les questions d'accès aux marchés de l'espace européen.

Au surplus, nous nous permettons de vous renvoyer aux revendications faites dans la prise de position de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances datée du 3 juillet 2015 au sujet de l'abrogation de l'autolimitation concernant les demandes d'informations bancaires adressées par la Suisse à l'étranger, à l'utilisation de renseignements reçus automatiquement de l'étranger par des autorités fiscales suisses, ainsi qu'à l'utilisation du numéro AVS comme identifiant fiscal des personnes physiques.

Moyennant cela, le Gouvernement jurassien n'a pas de remarques complémentaires à faire valoir au sujet du projet d'arrêté.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Michel Thentz
Président




Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
Telefax 041 210 83 01
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement

per E-Mail an (PDF- und Word-Version):
Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Luzern, 01. September 2015

Protokoll-Nr.: 1028

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zu eingangs erwähnter Vorlage eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen Folgendes mit:

Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU verfolgt der Bundesrat die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiter, wonach die schweizerischen Steuerbehörden in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden und damit die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden sollen. Dies ist zu begrüßen, weshalb wir der Vorlage grundsätzlich zustimmen.

An den von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) in ihrer Stellungnahme vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA aufgestellten Forderungen wird indessen ausdrücklich festgehalten (vgl. Beilage). Dies betrifft zum einen die Verwendung der bereits jetzt von den Kantonen als gemeinsamer Key eingesetzten AHV-Nummer als internationale Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Zum andern gilt dies für den dort geäusserten Vorbehalt zur Reziprozität von schweizerischen Amtshilfeersuchen ans Ausland. Demnach wird erneut die Aufhebung der in Artikel 22 Absatz 6 des Steueramtshilfegesetzes (SR 672.5) verankerten Selbstbeschränkung hinsichtlich Bankinformationen gefordert. Zumindest ist die Bestimmung so zu ändern, dass sie nicht mehr in Bezug auf Staaten gilt, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersuche Sie um Berücksichtigung unserer Eingaben.

Freundliche Grüsse



Marcel Schwerzmann
Regierungsrat

Beilage:

Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 27. März 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und eines Bundesgesetzes über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Département fédéral des affaires étrangères
Palais fédéral
3003 Berne

Approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE

Madame la conseillère fédérale,
Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 27 mai 2015 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Conformément à votre demande, nous vous adressons ci-dessous la prise de position du canton de Neuchâtel sur ce sujet.

Les trois éléments essentiels de l'accord sont:

- L'EAR réciproque conforme à la norme internationale de l'OCDE.
- L'échange de renseignements sur demande conformément à la norme de l'OCDE en vigueur.
- Une disposition relative à l'exonération de l'imposition à la source des paiements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées (disposition reprise de l'accord sur la fiscalité de l'épargne avec l'UE).

Aussi, nous prenons acte que l'accord EAR avec l'UE constitue une étape supplémentaire dans la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive par le respect des normes internationales. Cet accord permettra l'EAR avec 28 Etats membres de l'UE. L'UE étant le principal partenaire de la Suisse en matière de commerce et d'investissements, cet accord est donc dans l'intérêt de la Suisse.

En ce sens, le gouvernement neuchâtelois est favorable à cet accord.

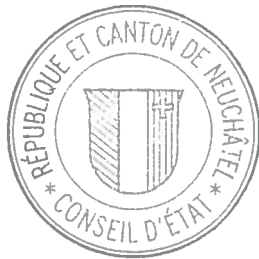
En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur cet objet, nous vous prions d'agréer, Madame la conseillère fédérale, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 9 septembre 2015

Au nom du Conseil d'Etat:

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND



M. Maire-Hefti

S. Despland



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

A-POST

Frau Bundesrätin
Dr. Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin des Eidg. Finanzdepartements
Bernhof
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 15. September 2015

Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU - Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 27. Mai 2015 an die Kantonsregierungen, worin Sie diese um eine Stellungnahme zur Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Mit der Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens (SR 0.641.926.81) soll das geltende Zinsbesteuerungssystem (d.h. [anonymer] Steuerrückbehalt auf Zinszahlungen) durch einen (offenen) automatischen Informationsaustausch in Steuersachen nach internationalen Standards (AIA) ersetzt werden, unter Beibehaltung der Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Dividenden-, Zins- und Lizenzzahlungen unter verbundenen Unternehmen (wie nach geltendem Recht). Mit Datum vom 3. Juli 2015 hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) eine eigene Stellungnahme dazu verfasst, welcher wir uns vollumfänglich anschliessen. Die FDK stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Darüber hinaus hat der Vorstand der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) eine Mustervernehmlassung ausgearbeitet. Die Mustervernehmlassung stimmt mit der Stellungnahme der FDK inhaltlich überein. Der Kanton Nidwalden begrüsst die Umsetzung internationaler Standards auch im Geltungsbereich des Zinsbesteuerungsabkommens (zwischen der Schweiz und der EU) und verweist in diesem Zusammenhang speziell auch auf die ausführliche Stellungnahme vom 31. März 2015 zum Amtshilfeübereinkommen (zwischen dem Europarat und der OECD), welches die Steuerhinterziehung international verstärkt bekämpfen will und die Standards dazu umfassend festgelegt hat.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Hans Wicki
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungen@estv.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Staatssekretariat für
internationale Finanzfragen

per Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen:
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 9. September 2015

Vernehmlassung zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung sowie die Möglichkeit zur Stellungnahme betreffend der Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.

Wir nahmen bereits zu Verhandlungen mit den USA über einen Wechsel zu Modell 1 der FATCA-Abkommen und mit weiteren Staaten sowie mit der EU über den automatischen Informationsaustausch (AIA) Stellung. Wir stimmten damals den drei Verhandlungsrichtlinien zu und formulierten Anträge zur Umsetzung des AIA. Diese zielten insbesondere auf die Aufhebung der Selbstbindung des geltenden Steueramtshilfegesetzes (StAhiG) bezüglich Weiterverwendung erhaltener Bankinformationen durch schweizerische Steuerbehörden (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und Ersuchen nach im Ausland gelegenen Bankinformationen (Art. 22 Abs. 6 StAhiG).

Die Einführung des AIA zwischen der Schweiz und der EU liegt im Rahmen der Kriterien, welche die erwähnten Verhandlungsrichtlinien aufstellen. Indessen stellen wir fest, dass die Kantone in die Verhandlungen mit der EU entgegen ihrem ausdrücklichen Wunsch weder in die Verhandlungsdelegation aufgenommen noch anderweitig einbezogen wurden.

Positiv hervorzuheben ist, dass:

- a. Die Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen wird;

- b. Sowohl beim automatischen als auch beim Informationsaustausch auf Ersuchen nicht von den Standards der OECD abgewichen wird;
- c. Klar festgehalten wird, dass Art. 6 Abs. 3 des Abkommens nicht greift, wenn die Berechnungsgrundlagen, nicht aber die erhaltenen Informationen selbst, an andere als Steuerbehörden weitergegeben werden.

Zu bedauern ist, dass bezüglich des Marktzugangs für Finanzdienstleister keine Ergebnisse erzielt werden können, die über die Eröffnung exploratorischer Gespräche hinausgehen.

Die Einführung des AIA mit der EU steht natürlich unter dem Vorbehalt der Genehmigungsprozesse in der Schweiz und der EU.

Ausserdem fordern wie einmal mehr mit Nachdruck:

- a. Das Parlament beschliesst in der anstehenden Revision des StAhiG die von den Kantonen geforderte Aufhebung der Selbstbeschränkung bezüglich schweizerischer Ersuchen an das Ausland um Bankinformationen (Art. 22 Abs. 6 StAhiG), zumindest im Verkehr mit Staaten, von denen die Schweiz ohne vorgängiges Ersuchen Informationen erhalten kann (Art. 22 Abs. 7 E-StAhiG).
- b. Das Parlament stimmt der von den Kantonen geforderten Verwendung von automatisch erhaltenen Informationen durch schweizerische Steuerbehörden zu (Art. 20 E-AIAG).
- c. Das Parlament beschliesst entgegen dem Bundesrat und in Übereinstimmung mit sämtlichen Kantonen die Verwendung der AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Lage und Perspektive der öffentlichen Haushalte erfordern den Verzicht auf unnötige Bürokratie. Die Kantone werden allein mit Umsetzung und Vollzug absehbarer Reformen im Steuerbereich (z.B. spontaner Informationsaustausch, namentlich von Rulings, USR III, Reform der Quellenbesteuerung) personell und informatikmässig in einem Ausmass gefordert sein, dass jegliche hausgemachte Mehrbelastung zu unterlassen ist.
Art. 2 Abs. 1 Bst. f E-AIAG lautete neu demgemäss wie folgt:
... f. „schweizerische Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen: die AHV-Versichertennummer nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung.“
Art. 21 E-AIAG ist entsprechend anzupassen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Niklaus Bleiker
Landammann


Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 14. August 2015

**Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens
zwischen der Schweiz und der EU; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen und dem Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten für die Gelegenheit, zu rubrizierter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Das Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens (SR 0.641.926.81) entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz. Die EU-Mitgliedstaaten stellen bedeutende Partner der Schweiz dar. Auch die sonstigen Rahmenbedingungen gemäss dem Verhandlungsmandat des Bundesrates vom 8. Oktober 2014 sind offenkundig eingehalten. Die Vorlage verdient daher grundsätzlich Zustimmung.

An den Vorbehalten, die im Rahmen der Vernehmlassung zum Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA) und zum Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) angebracht wurden, halten wir indessen uneingeschränkt fest. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Stellungnahme vom 10. April 2015 beziehungsweise auf diejenige der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 27. März 2015.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Benedikt Würth
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf

per E-Mail

Schaffhausen, 1. September 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben Sie die Kantone eingeladen, zur vorstehend genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und können Ihnen mitteilen, dass wir, in Übereinstimmung mit dem Schreiben der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vom 3. Juli 2015, dem Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU grundsätzlich zustimmen. An den Vorbehalten zur geforderten Aufhebung der Selbstbeschränkung bezüglich schweizerischer Ersuchen an das Ausland um Bankinformationen, zur Verwendung von automatisch erhaltenen Informationen durch schweizerische Steuerbehörden und zur Verwendung der AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen halten wir aber weiterhin fest.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Ernst Landolt

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Rathaus, Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
Telefax 032 627 22 70

Roland Heim
Landammann

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernhof
3003 Bern

01. September 2015 Pm

Vernehmlassung zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zur Änderung des oben genannten Staatsvertrages eingeladen. Wir danken Ihnen im Namen des Regierungsrates für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hat in seiner Vernehmlassung vom 31. März 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (MCAA) und zum Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) dieser Vorlage grundsätzlich zugestimmt. Dementsprechend haben wir auch gegen die Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der Einführung des reziproken automatischen Informationsaustauschs (AIA) keine grundsätzlichen Einwände vorzubringen. Die schweizerischen Steuerbehörden werden dadurch in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag, um die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Schweizer Finanzplatzes zu erhalten.

Dabei nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, dass grenzüberschreitende Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen weiterhin von Quellensteuern befreit sind und die entsprechende Regelung unverändert aus dem Zinsbesteuerungsabkommen übernommen wird. Positiv zu vermerken ist weiter, dass das Protokoll weder beim automatischen Informationsaustausch noch bei jenem auf Ersuchen über den internationalen Standard der OECD hinausgeht. Schliesslich nehmen wir mit Befriedigung Kenntnis von den Ausführungen im Erläuternden Bericht (Seite 15), wonach Art. 6 Abs. 3 (recte wohl auch Absatz 2) des Abkommens nicht greife, wenn die Berechnungsgrundlagen, nicht aber die Informationen selbst, im Rahmen gesetzlicher Auskunftspflichten an andere als Steuerbehörden weitergegeben werden. Wir erachten damit das Spezialitätsprinzip nicht als verletzt, wenn die Steuerbehörde die Veranlagung mit den Steuerfaktoren anderen Behörden zur Kenntnis gibt, auch wenn die Veranlagung auf vertrauliche Informationen abstellt, die ihr aufgrund des Abkommens zugegangen sind.

Hingegen müssen wir die Vorbehalte und Forderungen mit Nachdruck wiederholen, die der Regierungsrat bereits in seinen Vernehmlassungen vom 31. März 2015 zur Genehmigung der MCAA und zum AIA-Gesetz sowie zur Genehmigung des Beitritts zum Übereinkommen des Eu-

roparats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (MAC) und zur Änderung des Steueramtshilfegesetzes (StAHiG) vorgebracht hat.

- Einmal ist in der laufenden Revision des StAHiG die Selbstbeschränkung bezüglich schweizerischer Ersuchen an das Ausland um Bankinformationen aufzuheben. Der Entwurf zu Art. 22 Abs. 7 StAHiG, wonach die Beschränkung nicht gilt mit Bezug auf Staaten, von denen die Schweiz Informationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann, ist der erste richtige Schritt dazu. Denn es ist unsinnig, wenn schweizerische Steuerbehörden auf dem anfrageweisen Amtshilfeweg klärende und zusätzliche Informationen zu Bankdaten vom Ausland nicht erfragen können und allein auf die Androhung von Ermessensveranlagungen angewiesen bleiben. Die Qualität der aus dem Ausland spontan oder automatisch erhaltenen Informationen ist ungewiss und macht möglicherweise weitere Abklärungen im Ausland erforderlich. Es geht nicht um das schweizerische Bankgeheimnis, sondern um die Verifizierung von Informationen, welche die Schweiz ohne ihr Zutun von den ausländischen Behörden oder Finanzinstituten erhalten hat.
- Weiter ist zuzulassen, dass schweizerische Steuerbehörden automatisch erhaltene Informationen aus dem Ausland uneingeschränkt verwenden können, wie dies in Art. 20 des Entwurfs zum AIA-Gesetz vorgesehen ist.
- Schliesslich fordern wir ein weiteres Mal, dass die AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer (TIN) für natürliche Personen verwendet werden kann. Zwingend ist auf jeden Fall, dass die Meldung der Informationen an die Kantone über das bestehende Meldeverfahren abgewickelt werden kann, für das sämtliche Kantone die AHV-Nummer als gemeinsame Identifikationsnummer einsetzen. Es ist unhaltbar, personell, finanziell und wirtschaftlich nicht vertretbar, mit einem zweiten Meldeweg unnötigen und unverhältnismässigen Mehraufwand zu verursachen.

Wir ersuchen Sie, diese Anliegen bei der definitiven Ausgestaltung der Vorlage gebührend zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Roland Heim
Landammann

Kopie an: vernehmlassungen@sif.admin.ch (PDF- und Word-Format)



6431 Schwyz, Postfach 1260

elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schwyz, 15. September 2015

Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU
Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, bis 17. September 2015 zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU Stellung zu nehmen. Gerne machen wir nachfolgend von dieser Möglichkeit Gebrauch.

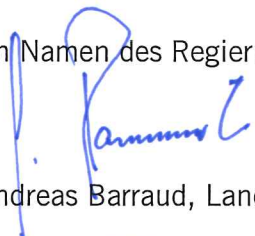
Mit dem genannten Protokoll verfolgt der Bundesrat die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiter, wonach die schweizerischen Steuerbehörden in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden und damit die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden sollen. Dies ist zu begrüßen, weshalb der Vorlage grundsätzlich zugestimmt werden kann.

An den von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren in ihrer Stellungnahme vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA aufgestellten und in ihrer Stellungnahme vom 3. Juli 2015 erneuerten Forderungen wird indessen ausdrücklich festgehalten. Dies betrifft zum einen die Verwendung der bereits jetzt von allen Kantonen als gemeinsamer Key eingesetzten AHV-Nummer als internationale Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Die Kantone werden allein mit der Umsetzung und dem Vollzug der absehbaren Reformen im Steuerbereich (z.B. spontaner Informationsaustausch, namentlich von Rulings, USR III, Reform der Quellenbesteuerung) finanziell, personell und informatikmässig in einem Ausmass gefordert sein, dass jede unnötige Bürokratie zu vermeiden ist. Zum andern gilt dies für den dort geäusserten Vorbehalt zur Reziprozität von schweizerischen Amtshilfeersuchen ans Ausland. Demnach wird erneut die Aufhebung der in Art. 22 Abs. 6 des Bundesgesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen vom 28. September 2012, SR 672.5, Steueramtshilfegesetzes, StAhiG, verankerten Selbstbeschränkung hinsichtlich Bankinformationen gefordert. Zumindest ist die Bestimmung

so zu ändern, dass sie nicht mehr in Bezug auf Staaten gilt, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:


Andreas Barraud, Landammann


Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Kopie z. K. an:

– die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
Herr Didier Burkhalter, Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 3. August 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Vernehmlassung

Sehr geehrter Frau Bundesrätin
Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme in obiger Angelegenheit.

Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU verfolgt der Bundesrat die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiter, wonach die schweizerischen Steuerbehörden in die internationale Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingebunden und damit die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz erhalten werden sollen. Dies ist zu begrüßen, weshalb wir der Vorlage grundsätzlich zustimmen.

An den von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) in ihrer Stellungnahme vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA aufgestellten Forderungen halten wir indessen ausdrücklich fest. Dies betrifft zum einen die Verwendung der bereits jetzt von allen Kantonen als gemeinsamer Key eingesetzten AHV-Nummer als internationale Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen. Zum andern gilt dies hinsichtlich des Vorbehalts der Reziprozität von schweizerischen Amtshilfeersuchen an das Ausland. Demnach fordern wir erneut die Aufhebung der in Art. 22 Abs. 6 des Steueramtshilfegesetzes (SR 672.5) verankerten Selbstbeschränkung bei Bankinformationen. Zumindest ist die Bestimmung so zu ändern, dass sie in Bezug auf Staaten, von denen die Schweiz Bankinformationen ohne vorgängiges Ersuchen erhalten kann, nicht gilt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anträge.

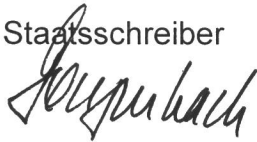
2/2

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



numero			Bellinzona
3674	sb	2	9 settembre 2015
Repubblica e Cantone Ticino			

Il Consiglio di Stato

Gentile Signora
Eveline Widmer-Schlumpf
Direttrice del Dipartimento federale
delle finanze
Egregio Signor
Didier Burkhalter
Direttore del Dipartimento federale
affari esteri
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica:
vernehmlassungen@sif.admin.ch*

Procedura di consultazione che concerne l'approvazione di un Protocollo che modifica l'Accordo sulla fiscalità del risparmio tra la Svizzera e l'UE

Gentile Signora Consigliera federale,
Egregio Signor Consigliere federale,

facciamo riferimento alla consultazione indicata a margine e, ringraziandovi per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, con la presente vi rendiamo note le nostre osservazioni.

Premessa

La Direttiva sulla fiscalità del risparmio fu adottata nel 2003 ed entrò in vigore negli Stati dell'Unione Europea (UE) il 1° luglio 2005¹. Lo scopo di tale Direttiva era quello di assicurare una tassazione effettiva dei pagamenti di interessi ai contribuenti (persone fisiche), mediante alcuni meccanismi, segnatamente o attraverso lo

¹ Direttiva 2003/48/CE del Consiglio del 3 giugno 2003 in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi, L 157/398 del 16 giugno 2003.

scambio di informazione o per mezzo di una trattenuta alla fonte. L'obiettivo della Direttiva era quindi quello di assicurarsi che gli Stati membri avessero sufficienti informazioni riguardo alla tassazione degli interessi ricevuti dai loro contribuenti, anche se tali pagamenti provenivano dall'estero². Nel contempo all'implementazione di tale Direttiva, l'UE ha deciso di cooperare in questo ambito anche con 5 nazioni non UE (Svizzera, Lichtenstein, Andorra, San Marino e Monaco). Queste nazioni hanno deciso di adottare le misure proposte ("misure equivalenti" allo scambio automatico d'informazioni) dal 1° luglio 2005. L'Accordo sulla fiscalità del risparmio tra la Svizzera e l'UE, oggetto della presente consultazione, si inserisce in questo contesto. L'Accordo (in vigore dal 1° luglio 2005) prevede, in luogo dello scambio automatico d'informazione, una ritenuta d'imposta del 35%³ sui pagamenti di interessi che sono effettuati da un agente pagatore in Svizzera a una persona fisica avente la propria residenza fiscale in uno Stato membro. Il gettito fiscale dell'Euroritenuta è sempre stato assai modesto⁴, questa è stata una delle ragioni per le quali il Consiglio per l'economia e la finanza dell'UE (ECOFIN), il 14 maggio 2013, ha autorizzato la Commissione europea ad avviare i negoziati con le 5 nazioni sopracitate (tra le quali la Svizzera) al fine di adeguare i singoli accordi sulla fiscalità del risparmio, affinché questi fossero in linea con le modifiche della Direttiva europea stessa⁵. Il Consiglio federale, in data 9 ottobre 2013, ha quindi licenziato un progetto di mandato per la negoziazione della revisione dell'Accordo sulla fiscalità del risparmio concluso con l'UE⁶. I negoziati hanno preso avvio il 17 gennaio 2014⁷ e si sono conclusi, vista l'evoluzione in seno all'OCSE sullo scambio automatico di informazioni, con la parafratura, il 19 marzo 2015, di un accordo per lo scambio automatico di informazioni in materia fiscale che sostituisce l'Accordo sulla fiscalità del risparmio⁸. Detto Accordo è stato in seguito firmato a Bruxelles in data 27 maggio 2015 ed è oggetto della presente consultazione⁹.

È d'uopo precisare che allorquando si negoziò l'Accordo sulla fiscalità del risparmio (si ribadisce che a livello europeo la Direttiva analoga si applica unicamente agli

² Akos Menyhei, "Anti-abuse concepts in the Savings Directive", in Karin Simader/ Elisabeth Titz (eds.), *Limits to Tax Planning* (Vienna: Linde, 2013) p. 541 (p. 544).

³ Il livello della ritenuta era pari al 15% per i primi tre anni a decorrere dalla data di applicazione dell'Accordo, al 20% per i tre anni successivi e al 35% dal settimo anno in avanti (cfr. art. 1 paragrafo 1 dell'Accordo tra la Confederazione Svizzera e la Comunità europea che stabilisce misure equivalenti a quelle definite nella direttiva del Consiglio 2003/48/CE in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi, RS 0.641.926.81).

⁴ Andrea Manzitti, I rapporti fiscali tra la Svizzera e l'UE a dieci anni dalla Direttiva sulla fiscalità del risparmio, in Samuele Vorpe, scritti in onore di Marco Bernasconi (Manno: SUPSI 2015), *Contravvenzioni e delitti fiscali nell'era dello scambio internazionale d'informazione*, p. 376 (p. 380).

⁵ Conferenza stampa dell'ECOFIN sul meeting del Consiglio, 9405/13 PRESSE 185, 14 maggio 2013, disponibile su http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/137122.pdf.

⁶ Comunicato stampa del Consiglio federale del 9 ottobre 2013, Il Consiglio federale decide di firmare la Convenzione sull'assistenza amministrativa e licenzia un progetto di mandato di negoziazione con l'UE sulla fiscalità del risparmio.

⁷ Comunicato stampa del Dipartimento delle finanze del 17 gennaio 2014, La Svizzera e l'UE avviano negoziati sulla fiscalità del risparmio.

⁸ Comunicato stampa della Missione della Svizzera presso l'Unione europea del 19 marzo 2015, Svizzera e UE parafrano un accordo per lo scambio automatico di informazioni in materia fiscale.

⁹ Comunicato stampa del Dipartimento affari esteri e della Segreteria di Stato per le questioni finanziarie del 27 maggio 2015, Accordo Svizzera-UE sullo scambio automatico di informazioni a fini fiscali: firma e procedura di consultazione.

interessi versati a una persona fisica) si inserì una norma, segnatamente l'art. 15, che prescriveva l'esenzione, a determinate condizioni, dall'imposta alla fonte di pagamenti transfrontalieri di dividendi, interessi e canoni tra società consociate. Questa norma è quindi un "ibrido" in quanto, applicandosi alle persone giuridiche, si inserisce in un trattato che regola la tassazione alla fonte degli interessi ricevuti dalle persone fisiche, ma permetteva alle società svizzere che conseguivano dividendi, interessi e canoni da altre società del gruppo di uno Stato membro dell'UE, i medesimi vantaggi fiscali delle società che son residenti in uno Stato membro¹⁰. Si rileva che a livello europeo questi temi sono oggetto di due distinte Direttive, segnatamente quella sui pagamenti di interessi e dei canoni fra società consociate¹¹ e la cosiddetta Direttiva madre-figlia¹², di cui si dirà in seguito.

Osservazioni generali

Il nuovo Accordo con l'UE prevede lo scambio automatico di informazioni secondo lo standard globale dell'OCSE e lo scambio di informazioni su richiesta secondo lo standard globale dell'OCSE vigente (art. 26 del modello di Convenzione dell'OCSE). L'avamprogetto non contiene una legge di attuazione. Per lo scambio automatico d'informazioni dovrà essere applicata la legge sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale (LSAI) e la legge sull'assistenza amministrativa fiscale (LAAF) per lo scambio di informazioni su richiesta¹³. Nella consultazione non vengono proposte delle modifiche di queste due leggi. A tal proposito ribadiamo quanto già postulato nelle nostre precedenti prese di posizione, in merito alla reciprocità, segnatamente chiediamo un adeguamento dell'art. 21 cpv. 2 LAAF al fine di permettere un corretto impiego in Svizzera delle informazioni bancarie. Per quanto attiene la nostra precedente richiesta inerente l'abolizione dell'art. 22 cpv. 6 LAAF onde consentire di formulare delle domande di assistenza su richiesta legate a conti bancari¹⁴, ritenuto che con il Messaggio relativo al MCAA, si è tenuto conto delle rivendicazioni formulate anche dal nostro Cantone, ci consideriamo soddisfatti della scelta operata dal Consiglio federale, di inserire un cpv. 7 all'art. 22 LAAF, in modo da permettere alle autorità fiscali svizzere di richiedere assistenza amministrativa all'estero (tramite una richiesta di informazioni su domanda) per verificare le informazioni provenienti da uno Stato estero, o da un

¹⁰ Messaggio del Consiglio federale del 1° ottobre 2004 concernente l'approvazione degli Accordi bilaterali fra la Svizzera e l'Unione europea, inclusi gli atti legislativi alla trasposizione degli Accordi ("Accordi bilaterali II") FF 2004, 5510-5512 e 5528.

¹¹ Direttiva 2003/49/CE del Consiglio del 3 giugno 2003 concernente il regime fiscale comune applicabile ai pagamenti di interessi e di canoni fra società consociate di Stati membri diversi, L 157/49 del 26 giugno 2003.

¹² Direttiva 2011/96/UE del Consiglio del 30 del 30 novembre 2011 concernente il regime fiscale comune applicabile alle società madri e figlie di Stati membri diversi (rifusione).

¹³ Rapporto esplicativo concernente un Protocollo che modifica l'Accordo sulla fiscalità del risparmio tra la Svizzera e l'UE del Consiglio federale del 27 maggio 2015, p. 3.

¹⁴ Presa di posizione del Consiglio di Stato del 21 gennaio 2015 sulla Legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni (LASSI); procedura di consultazione; Presa di posizione del Consiglio di Stato del 15 aprile 2015 sulla procedura di consultazione concernente l'approvazione e l'attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale e Procedura di consultazione concernente l'approvazione dell'accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari nonché della legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale.

istituto finanziario estero ricevute senza richiesta dalla Svizzera (segnatamente spontaneamente o su richiesta)¹⁵. Ripresentiamo per contro la nostra pretesa di utilizzare il numero AVS (dato che viene utilizzato come chiave universale da tutti i Cantoni) quale numero d'identificazione fiscale internazionale. Altre soluzioni comporterebbero un onere amministrativo sproporzionato per i Cantoni. Siamo coscienti che la Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale (CET-N) ha rifiutato di iscrivere nella legge che il numero AVS debba essere utilizzato, allo scopo di sgravare il carico amministrativo, come numero d'identificazione fiscale per le informazioni trasmesse all'estero¹⁶. Nel caso in cui per ragioni diverse, quali per esempio la protezione dati (come rilevato dalla CET-N), si dovesse decidere di non far riferimento al numero AVS, si chiede che la Confederazione si assuma i costi per l'implementazione di un numero d'identificazione per le persone fisiche universale. La CET-N ha altresì evidenziato che occorre introdurre la possibilità di contestare davanti ad un giudice la trasmissione dati, nel caso in cui tale trasmissione comporti a una persona svantaggi considerati insostenibili a causa della mancanza nello Stato ricevente di garanzie dello Stato di diritto. Lo scrivente esecutivo è del medesimo avviso, d'altronde già nel 2013 si era posto l'accento sulla garanzia costituzionale del diritto di essere sentito¹⁷. La dottrina stessa è della stessa opinione e pone l'accento sul fatto che ci possano essere conseguenze per i conti che già esistevano precedentemente all'adozione dello scambio automatico d'informazioni. Di conseguenza per motivi di *fairness*, lo scambio automatico di informazioni su conti esistenti può avvenire unicamente se il cliente dà il suo consenso oppure se lo Stato di residenza del cliente concede la possibilità al cliente/contribuente di regolarizzarsi a condizioni penali agevolate¹⁸. Si chiede quindi che si tenga conto di questi principi nelle leggi federali di applicazione.

Come già nelle prese di posizioni precedenti si pone l'accento sulla necessità di chinarsi sulla possibilità di introdurre un'amnistia fiscale federale¹⁹. Dottrina autorevole si pone la questione, come già evidenziato dallo scrivente Consiglio, se nel contesto di quest'evoluzione internazionale, l'autodenuncia esente da pena, conosciuta oggi dalla nostra legislazione tributaria, sia sufficiente²⁰.

¹⁵ Messaggio del Consiglio federale del 5 giugno 20015 che approva l'Accordo multilaterale tra Autorità Competenti concernenti lo scambio automatico di informazioni relative a Conti Finanziari e la sua attuazione, p.26.

¹⁶ Comunicato stampa CET-N del 18 agosto 2015, Scambio automatico d'informazione in materia fiscale, La Commissione approva l'introduzione dello scambio automatico d'informazione.

¹⁷ Presa di posizione del Consiglio di Stato dell'11 settembre 2013 sulla Procedura di consultazione abbreviata concernente la modifica della LAAF.

¹⁸ René Matteotti, *Fairness im Steuerrecht*, in *Sondernummer 100 Jahre ESTV, Steuern: Anspruch und Wirklichkeit*, ASA 84 1-2, Juli-August 2015, p. 51 (p. 76), Philip Baker/Pasquale Pistone, *Practical protection of taxpayers' rights General Report IFA Congress 2015, Basel*, p. 17 (p. 71-73).

¹⁹ Presa di posizione del Consiglio di Stato del 21 gennaio 2015 sulla Legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sulla scambio di informazioni (LASSI); procedura di consultazione; Presa di posizione del Consiglio di Stato del 15 aprile 2015 sulla procedura di consultazione concernente l'approvazione e l'attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale e Procedura di consultazione concernente l'approvazione dell'accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari nonché della legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale.

²⁰ René Matteotti, loc. cit., pag. 75.

Commenti ad alcuni singoli disposti dell'Accordo con l'UE

Ad art. 5 Scambio di informazioni su richiesta

Dal rapporto esplicativo si evidenzia che il contenuto e l'entità dello scambio di informazioni su richiesta stabilito nell'Accordo con l'UE corrisponde allo standard globale così come determinato in particolare nell'articolo 26 del Modello di convenzione dell'OCSE e nel relativo Commento. Di conseguenza oltre a comprendere domande raggruppate possono essere scambiate informazioni per l'applicazione di tutte le imposte²¹. In considerazione del fatto che detto disposto comporta per determinati Stati membri dell'UE anche un'estensione dello scambio di informazioni su richiesta, poiché definisce nell'ambito delle imposte un campo di applicazione più ampio rispetto alla CDI (per esempio scambio di informazioni in materia di imposte di successione e donazione o di IVA), si chiede che questa norma venga limitata alle imposte considerate nelle singole CDI. Questo, perlomeno fintanto che non vengono rinegoziate tutte le CDI, in particolare quella con l'Italia.

Ad art. 9 Pagamenti di dividendi, interessi e canoni di imprese

L'art. 9 riprende senza modifiche l'art. 15 dell'Accordo sulla fiscalità del risparmio, sennonché come evidenziato nella premessa le condizioni per l'esenzione dei dividendi a livello europeo è regolata dalla Direttiva madre-figlia e l'esenzione dei pagamenti di interessi e canoni dalla Direttiva concernente il regime fiscale comune applicabile ai pagamenti di interessi e di canoni fra società consociate di Stati Membri diversi. Queste Direttive pongono, oggi, delle condizioni meno restrittive di quanto previsto nel passato e ripreso dal nuovo Accordo tra il nostro Paese e l'UE. Segnatamente si osserva che per quanto attiene i pagamenti di dividendi, interessi e canoni tra imprese l'art. 9 dell'Accordo posto in consultazione (vecchio art. 15) prevede che i dividendi corrisposti dalle società figlie alle società madri non sono soggetti a imposizione fiscale nello Stato di origine allorché (tra le altre condizioni), la società madre detiene direttamente almeno il 25% del capitale della società figlia per un minimo di due anni. La corrispondente direttiva europea²² prevede una partecipazione minima del 10% (e non del 25%) senza nessun periodo di attesa. Per quanto concerne, invece, il non assoggettamento dei pagamenti di interessi e di canoni effettuati tra società consociate o le loro stabili organizzazioni si pone, tra le altre condizioni, che tali società siano collegate da una partecipazione diretta minima pari al 25% per almeno due anni o siano entrambe detenute da una terza società che detiene direttamente almeno il 25% del capitale tanto della prima come della seconda società per un minimo di due anni. La corrispettiva Direttiva europea²³ prescrive analogamente una partecipazione minima del 25% senza però prevedere un termine di attesa minimo di due anni.

²¹ Rapporto esplicativo concernente un Protocollo che modifica l'Accordo sulla fiscalità del risparmio tra la Svizzera e l'UE del Consiglio federale del 27 maggio 2015, p. 14.

²² Art. 3 della Direttiva 2011/96/UE del Consiglio del 30 del 30 novembre 2011 concernente i regime fiscale comune applicabile alle società madri e figlie di Stati membri diversi (rifusione).

²³ Art. 3 b della Direttiva 2003/49/CE del Consiglio del 3 giugno 2003 concernente il regime fiscale comune applicabile ai pagamenti di interessi e di canoni fra società consociate di Stati membri diversi, L 157/49 del 26 giugno 2003.

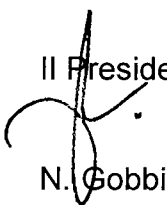
Si ribadisce che l'art. 9 è molto importante per un libero mercato privo di distorsioni fiscali. Infatti è il motivo per il quale l'UE si è dotata di un sistema che permettesse la massima libertà di localizzazione in relazione a dividendi, interessi e canoni. Negli anni l'Europa ha voluto rafforzare questa libertà fondamentale, alleggerendo i requisiti giuridici per poter beneficiare degli sgravi fiscali. Lo scrivente esecutivo critica fortemente il mancato recepimento/aggiornamento delle condizioni poste dalle Direttive europee, che nel lungo periodo potrebbe avere quale conseguenza una delocalizzazione delle imprese dalla Svizzera. Consideriamo una grave mancanza non aver approfittato dell'aggiornamento dell'Accordo sulla fiscalità del risparmio per implementare le migliori condizioni delle due Direttive europee. Non si comprende come mai si debba riprendere il diritto europeo in settori molto sensibili per la Svizzera, quali lo scambio di informazioni automatico, mentre non debba essere ripreso su una questione cruciale come la libertà economica. Tanto più che nell'ambito di questo negoziato non si è potuto trovare un accordo per la salvaguardia e il miglioramento dell'accesso al mercato per gli intermediari finanziari svizzeri nell'area dell'UE.

Il nostro Cantone chiede che venga modificato l'articolo 9 tenendo conto delle migliorate condizioni della Direttiva europea madre-figlia e della Direttiva inerente il pagamento dei interessi e dei canoni fra società consociate. Se questa attualizzazione non dovesse essere finalizzata questo Accordo non trova il nostro consenso.

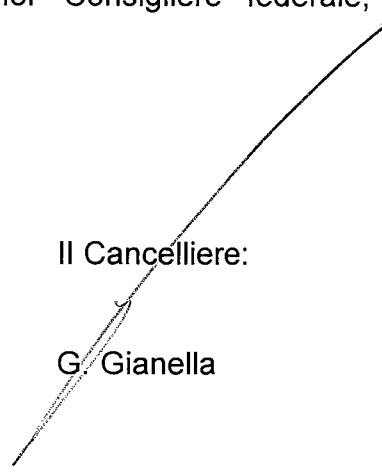
Vogliate gradire, Signora Consigliera federale e Signor Consigliere federale, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO:

Il Presidente:


N. Gobbi

Il Cancelliere:


G. Gianella

Copia per conoscenza a:

Divisione delle contribuzioni, Residenza

Deputazione ticinese alle Camere federali (joerg.debernardi@ti.ch;
nicolo.parente@ti.ch; renata.gottardi@ti.ch; sara.guerra@ti.ch)

Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 27. Mai 2015 zur Vernehmlassung zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU eingeladen. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen.

Mit dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU wird der reibungslose Übergang vom Zinsbesteuerungssystem zum automatischen Informationsaustausch (AIA) gewährleistet. Der Regierungsrat nimmt die Vernehmlassungsvorlage, mit der die bisher eingeschlagene Strategie konsequent weiterverfolgt wird, zustimmend zur Kenntnis.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vom 3. Juli 2015 und schliesst sich den darin geäusserten Vorbehalten ausdrücklich an.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme und grüssen freundlich.

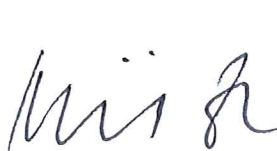
Altdorf, 8. September 2015



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor



Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Monsieur le Conseiller fédéral
Didier Burkhalter
Chef du Département des affaires étrangères
Palais fédéral
3003 Berne

Réf. : MFP/15018864

Lausanne, le 9 septembre 2015

Approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE : procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale, Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du projet sous rubrique.

Il n'a pas de remarque particulière concernant ce projet et renvoie aux observations faites par courriers du 1^{er} avril 2015 dans le cadre des consultations sur la Convention du Conseil de l'Europe et de l'OCDE concernant l'assistance mutuelle en matière fiscale et sur l'accord multilatéral concernant l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers ainsi que sur une loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale. Vous trouverez copie de ces courriers en annexe.

Il insiste cependant sur le point suivant : l'utilisation efficace de la gigantesque masse d'informations internationales présuppose que les informations sur les comptes qu'un particulier résidant en Suisse détient à l'étranger puissent se faire automatiquement et soient attribuées à la bonne personne sans risque d'erreur. Pour le Conseil d'Etat, il est tout simplement impensable qu'un autre identifiant que le numéro AVS soit utilisé. Toute autre solution entraînerait de grandes complications et d'importants coûts pour les cantons. En cas de décision contraire, les coûts devraient être mis exclusivement à la charge de la Confédération.

Nous vous remercions d'avoir consulté le Canton de Vaud sur ce projet et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER



Pierre-Yves Maillard

Vincent Grandjean

Annexes mentionnées

Courrier envoyé sous forme électronique à vernehmlassungen@sif.admin.ch

Copies

- ACI
- OAE



CONSEIL D'ETAT

REÇU 14 AVR. 2015

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du Département fédéral des
finances
Palais fédéral
3003 Berne

Réf. : PM/15017924

Lausanne, le 1^{er} avril 2015

Consultation fédérale sur l'approbation et la mise en œuvre de la Convention du Conseil de l'Europe et de l'OCDE concernant l'assistance mutuelle en matière fiscale

Madame la Conseillère fédérale,

La signature de la Convention du Conseil de l'Europe par le Conseil fédéral en octobre 2013 fait suite à la pression internationale sur notre pays, comme notamment son inscription sur la « liste grise » de l'OCDE avec pour corollaire un grave déficit d'image. Elle devrait ainsi contribuer à améliorer les relations avec nos principaux partenaires étrangers, ce que le Conseil d'Etat voit d'un œil favorable.

La Convention présente la particularité d'offrir la possibilité aux états signataires de procéder à certaines réserves.

Ainsi, le Conseil fédéral propose de limiter le champ d'application de la Convention à l'impôt sur le revenu et sur la fortune mais d'exclure l'impôt sur les donations et sur les successions ainsi que les contributions aux assurances sociales.

Sur le plan de la perception de l'impôt, le projet propose de ne pas accorder d'assistance pour le recouvrement forcé de créances mais de permettre la notification postale directe dans les Etats étrangers ayant signé la Convention.

En ce qui concerne les contrôles fiscaux, il est proposé de ne pas autoriser les autorités fiscales étrangères à y assister.

Enfin, une réserve est formulée en ce qui concerne le droit transitoire : l'assistance est limitée à 3 ans avant la signature de la convention.

Le Conseil d'Etat estime que ces différentes propositions sont judicieuses. Il relève tout particulièrement qu'une attitude restrictive en matière d'impôt sur les successions est justifiée en raison de la tendance de certains Etats à vouloir imposer leurs propres règles, même si elles vont au-delà des conventions modèles.

CONSEIL D'ETAT
www.vd.ch – T 41 21 316 41 59 – F 41 21 316 40 33

Les points suivants nécessitent quelques remarques :

a) *Echange spontané d'informations*

L'art. 7 de la Convention instaure, dans certains cas de figure, un échange automatique d'informations. Tel est le cas, par exemple, si un contribuable obtient, dans un Etat, une réduction d'impôt qui devrait engendrer une augmentation d'impôt dans l'autre Etat.

Il s'agit d'une nouveauté pour notre pays, laquelle devra donner lieu à des concrétisations. Par exemple, l'art. 7 ne prévoit pas de montant minimum. On ne connaît pas non plus l'application qui sera faite par les Etats étrangers. Il est dès lors important que les cantons soient associés pour la mise en place des nouvelles règles.

b) *Utilisation des informations fournies par l'étranger pour des renseignements fiscaux à des autorités tierces*

Selon l'art. 22 al. 2 de la Convention, les renseignements ne peuvent être fournis qu'aux personnes ou autorités chargées de la perception et du recouvrement des impôts ainsi qu'aux autorités pénales et judiciaires pour ce qui concerne ces impôts.

La question de savoir si ces renseignements peuvent éventuellement être fournis à d'autres autorités devra être examinée par la Confédération, qui devra demander l'accord de l'Etat partenaire. Compte tenu du nombre élevé d'informations fiscales fournies à d'autres autorités aujourd'hui déjà, cette procédure risque d'être lourde, voire impraticable pour l'AFC. Il faudrait donc essayer de simplifier cette problématique en prévoyant dans la convention applicable qu'une telle transmission est possible (si une base légale existe en droit suisse). Ainsi, les autorités cantonales pourront continuer à fournir aux autres autorités les informations prévues par la loi (art. 110 al. 2 LIFD). Si cette manière de faire n'était pas acceptable, alors cela aboutirait à favoriser les personnes bénéficiaires de comptes à l'étranger comme, par exemple, une bourse d'études indument octroyée parce que les services sociaux ne peuvent pas avoir connaissance de ce compte. Il est donc essentiel de trouver une solution à ce problème.

c) *Possibilité de procéder à des demandes complémentaires concernant des informations fournies spontanément de l'étranger*

Les informations fournies spontanément de l'étranger peuvent être utilisées pour l'application du droit suisse, ce qui est justifié. Toutefois, il n'est pas possible de demander à l'étranger des informations sur des données bancaires, à l'exception des soupçons de fraude fiscale. Lors de la consultation sur l'ordonnance fédérale sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale puis de la loi sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (LAAF), le Conseil d'Etat s'était déjà prononcé contre une telle restriction. Avec l'introduction d'un échange automatique d'informations, une telle règle (prévue à l'art. 22 al. 6 LAAF) se justifie encore moins qu'au moment de son introduction. Il ne s'agit pas ici de lever le



CONSEIL D'ETAT

secret bancaire suisse, mais de vérifier des informations livrées par un pays partenaire ou un institut financier étranger, sans action de la Suisse.

d) *Utilisation en Suisse d'informations transmises à l'étranger*

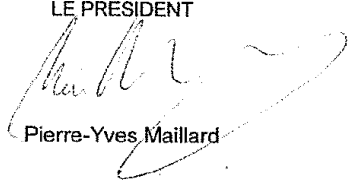
L'impossibilité d'utiliser des informations bancaires fournies à l'étranger à moins qu'elles n'aient pu être obtenues sur la base du droit suisse, a pour effet de placer les autorités fiscales suisses dans une situation défavorable par rapport aux autorités étrangères. Sur ce point également, le Conseil d'Etat avait manifesté son opposition. Il convient donc de modifier la LAAF en biffant son art. 21 al. 2.

Nous vous remercions de nous avoir donné l'occasion de nous déterminer sur cet important projet et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER


Pierre-Yves Maillard


Vincent Grandjean

Copies

- DGF
- OAE

CONSEIL D'ETAT

www.vd.ch – T 41 21 316 41 59 – F 41 21 316 40 33



REQU 14 AVR. 2015

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du Département fédéral des
finances
Palais fédéral
3003 Berne

Réf. : PM/15017925

Lausanne, le 1^{er} avril 2015

Consultation fédérale sur l'approbation de l'accord multilatéral concernant l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers et d'une loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements matière fiscale

Madame la Conseillère fédérale,

L'OCDE a adopté le 15 juillet 2014 le nouveau standard global pour l'échange automatique d'informations en matière fiscale. Il prévoit que les Etats échangent entre eux de manière automatique les données de comptes financiers que le résident d'un Etat possède dans un autre Etat. Presque 100 Etats ont déjà déclaré vouloir introduire ce standard.

Sur le plan international, l'échange automatique de renseignements est mis en place au moyen d'une convention multilatérale des autorités compétentes sur l'échange automatique d'informations sur les comptes financiers. La Suisse a signé cette convention le 19 novembre 2014.

Cette convention n'est toutefois pas directement applicable en Suisse, c'est pourquoi l'élaboration d'une loi d'application (loi fédérale sur l'échange international automatique d'informations) est nécessaire. Elle contient des dispositions sur l'organisation, la procédure, les voies de droit et les dispositions pénales applicables.

L'introduction d'un échange automatique d'informations est appréciée positivement par le Conseil d'Etat. Tout d'abord, il apparaissait impossible de poursuivre dans la voie des accords sectoriels passés avec deux pays (Angleterre et Autriche). Ensuite, le modèle d'échange automatique s'est imposé y compris aux principaux pays concurrents de la Suisse en matière financière. Enfin, le résultat de l'échange automatique d'informations devrait être une diminution de la matière fiscale échappant à l'impôt.

Pour que cet échange d'informations fonctionne, il est essentiel que les données fournies puissent être exploitées facilement.

L'utilisation efficace de la gigantesque masse d'informations internationales présuppose que les informations sur les comptes qu'un particulier résidant en Suisse détient à l'étranger puissent se faire automatiquement et soient attribuées à la bonne personne sans risque d'erreur. Font ainsi partie des informations à fournir le nom, l'adresse, la date et le lieu de naissance, mais surtout le **numéro d'identification fiscale**.

Selon le projet de loi, ce sera, pour les entreprises, le numéro d'identification des entreprises (IDE). Toutefois, pour les personnes physiques, il devra être déterminé par le Conseil fédéral. Selon le rapport explicatif, le Conseil fédéral prépare un projet de loi distinct sur cet identifiant. Pour le Conseil d'Etat, il **est tout simplement impensable qu'un autre identifiant que le numéro AVS soit utilisé**. Toute autre solution entraînerait de grandes complications et d'importants coûts pour les cantons. En cas de décision contraire, les coûts devraient être mis exclusivement à la charge de la Confédération.

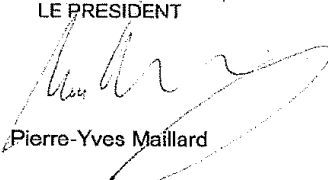
Pour le reste, le Conseil d'Etat se réfère aux remarques faites dans sa lettre relative à la Convention du Conseil de l'Europe concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale, en tant qu'elles concernent l'utilisation de données fournies par l'étranger pour des renseignements à des tiers, la possibilité de faire des demandes complémentaires sur des informations fournies spontanément de l'étranger, ainsi que l'utilisation en Suisse des données fournies par des instituts bancaires suisses à l'étranger.

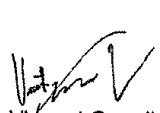
Nous vous remercions de nous avoir donné l'occasion de nous déterminer sur cet important projet et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER


Pierre-Yves Maillard


Vincent Grandjean

Copies

- DGF
- OAE



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

GS / EFD		
+	14. Sep. 2015	+
Reg.-Nr.		



2015.03363

SIF

Madame
Eveline Widmer-Schlumpf
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Date = 9 SEP. 2015

Consultation : approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE

Madame la Conseillère fédérale,

Nous faisons suite à votre lettre du 27 mai 2015 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

L'approbation du protocole visant à transformer l'accord sur la fiscalité de l'épargne en accord sur l'échange automatique de renseignements (EAR) avec l'Union Européenne s'inscrit dans la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive, stable et intègre, qui participe à la lutte internationale contre l'évasion fiscale. De ce fait, le Conseil d'Etat émet un avis favorable à l'approbation dudit protocole.

Toutefois, le Conseil d'Etat réitère les réserves émises dans sa prise de position du 15 avril 2014 sur l'approbation de l'accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (MCAA) et de la loi fédérale sur l'échange automatique de renseignements en matières fiscale (LEAR).

Cela vaut d'abord pour l'utilisation du numéro AVS comme numéro d'identification fiscale (NIF) pour les personnes physiques, puisque ce numéro est déjà en usage dans tous les cantons. Ensuite, cela vaut pour la réserve exprimée sur l'article 22 al. 6 de la loi sur l'assistance administrative et fiscale (LAAF) selon lequel les demandes d'assistance administrative suisse portant sur des renseignements bancaires ne peuvent être présentées que si ces renseignements peuvent être obtenus conformément au droit suisse. Aussi, nous nous opposons à cette autolimitation et demandons à nouveau sa suppression ou à défaut qu'elle ne s'applique pas aux pays avec lesquels la Suisse pratique l'échange automatique de renseignements.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Jacques Melly



Le chancelier

Philippe Spörri



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

A-Post

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Zug, 8. September 2015 hs

Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU; Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU eröffnet und die Kantonsregierungen zur Einreichung einer Stellungnahme bis 17. September 2015 eingeladen.

Zum geplanten Bundesbeschluss stellen wir folgende

Anträge:

1. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Bundesbeschluss sei den Eidgenössischen Räten unter Berücksichtigung der nachfolgenden Anträge zur Genehmigung zu übermitteln.
2. Für die Weiterleitung der AIA-Daten an die kantonalen Steuerbehörden sei bei den natürlichen Personen die geltende AHV-Nummer zu verwenden. Falls für die landesinterne Weiterleitung nicht auf diesen gemeinsamen Schlüssel abgestellt werden soll, wird die volle Kostenübernahme für sämtliche Informatik- und Betriebskosten in den Kantonen (inklusive zusätzlichem Personalbedarf) durch den Bund verlangt.
3. Die AIA-Daten seien vom Bund zentral aufzubereiten und in einem von den kantonalen EDV-Systemen verwendeten Dateiformat zusammen mit den in Schweizer Franken umgerechneten Beträgen weiterzuleiten.

Begründung:

Am 27. Mai 2015 haben die Schweiz und die EU in Brüssel ein Protokoll zur Änderung des geltenden Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU unterzeichnet. Damit wird das geltende Zinsbesteuerungssystem voraussichtlich per 1. Januar 2017 materiell durch den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) mit der EU ersetzt.

Die Vernehmlassungsvorlage enthält kein Umsetzungsgesetz. Vielmehr soll für den AIA mit der EU das am 14. Januar 2015 in die Vernehmlassung gegebene Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zur Anwendung gelangen, für den Informationsaustausch auf Ersuchen das Steueramtshilfegesetz (StAhiG, SR 672.5).

Der Regierungsrat hat sich bereits in früheren Vernehmlassungen zu verschiedenen Fragen rund um die Einführung des AIA geäußert, konkret im Schreiben vom 31. März 2015 betreffend Übereinkommen des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, zur multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Multilateral Competent Authority Agreement; MCAA) sowie zum Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) und im Schreiben vom 11. August 2015 zur Einführung des AIA mit Australien. Die eingangs genannten Anträge zur Einführung des AIA mit der EU bauen materiell auf den bereits in den früheren Vernehmlassungen eingebrachten Anträgen und Begründungen auf, soweit die damals offenen Fragen in der Zwischenzeit noch nicht geklärt wurden.

Zu 1: Grundsätzliche Zustimmung

Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene Einführung des AIA mit der EU entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz. Die EU-Staaten gehören zu den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnern der Schweiz. Daher ist der Bundesbeschluss grundsätzlich zu unterstützen.

Positiv zu vermerken ist, dass

- sowohl beim automatischen als auch beim Informationsaustausch auf Ersuchen nicht von den Standards der OECD abgewichen wird;
- klar festgehalten wird, dass Art. 6 Abs. 3 des Abkommens nicht greift, wenn die Berechnungsgrundlagen, nicht aber die erhaltenen Informationen selbst, an andere als Steuerbehörden weitergegeben werden;
- die Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen wird.

Zu bedauern ist, dass bezüglich des EU-Marktzugangs für Finanzdienstleister keine Ergebnisse erzielt werden konnten, die über die Eröffnung exploratorischer Gespräche hinausgehen.

Wichtigstes Anliegen des Kantons Zug und wohl aller Kantone ist, dass die vom Ausland gelieferten Daten sowohl in rechtlicher wie in betrieblich-organisatorischer Hinsicht (Stichwort Datenflut) tatsächlich verwertbar sind. Daraus ergeben sich die Anträge 2 und 3.

Zu 2: AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer

Die Verwertung der gigantischen internationalen Datenströme setzt voraus, dass die Kontoinformation eines ausländischen Partnerstaates der jeweiligen inländischen steuerpflichtigen Person (natürliche Person oder Rechtsträger) zweifelsfrei und automatisiert zugeordnet werden kann. Zu den auszutauschenden Informationen gehört deshalb neben dem Namen, der Anschrift, dem Geburtsdatum und Geburtsort jeder meldepflichtigen natürlichen Person auch deren Steueridentifikationsnummer. Gemäss AIA-Gesetz ist aktuell eine separate, neu zu schaffende Steueridentifikationsnummer vorgesehen. Der Zuger Regierungsrat weist dieses Ansinnen mit Nachdruck zurück.

Der Regierungsrat fordert das Bundesparlament auf, in Übereinstimmung mit sämtlichen Kantonen, die Verwendung der AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen zu verankern. Lage und Perspektiven der öffentlichen Haushalte erfordern den Verzicht auf von Partikularinteressen getriebene Luxuslösungen und unnötige Bürokratie. Die Kantone werden allein mit Umsetzung und Vollzug der absehbaren Reformen im Steuerbereich (z. B. spontaner Informationsaustausch, namentlich von steuerlichen Vorbescheiden, Unternehmenssteuerreform III, Reform der Quellenbesteuerung) finanziell, personell und informatikmässig in einem Ausmass gefordert sein, dass jegliche hausgemachte Mehrbelastung zu unterlassen ist. Art. 2 Abs. 1 Bst. f E-AIAG hat daher neu wie folgt zu lauten: «f. schweizerische Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen: die AHV- Versichertennummer nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung».

Alle anderen Lösungen wären für die Kantone mit einem unverhältnismässigen Aufwand und bisher noch nicht budgetierten substanziellen Kosten verbunden, alleine für den Kanton Zug in sechstelliger Höhe alleine für Informatikanpassungen. Falls für die landesinterne Weiterleitung nicht auf die AHV-Nummer abgestellt werden soll, wird die volle Übernahme sämtlicher Informatik- und Betriebskosten der Kantone (inklusive zusätzlichem Personalbedarf) durch den Bund verlangt.

Zu 3: Zentrale Aufbereitung der AIA-Daten zwecks automatisierter Weiterverarbeitung in den Kantonen

Für eine effiziente automatisierte Zuweisung der ausländischen Meldungen an die einzelnen Steuersubjekte ist es notwendig, dass die in Fremdwährung gemeldeten AIA-Daten bereits auf Stufe Bund vor ihrer Weiterleitung an die kantonalen Steuerbehörden zusätzlich einheitlich in

Schweizer Franken umgerechnet und diese Beträge ebenfalls gemeldet werden. Wichtig ist zudem, dass der Bund die Meldungen in jenem Datei-Format und auf jenem Meldekanal vornimmt, die von den Kantonen bereits für interkantonale Meldungen verwendet werden. Insbesondere müssen diese Meldungen in den Kantonen ohne weiteres visualisierbar gemacht werden können. Eine zentrale Investition auf Stufe Bund ermöglicht diese Aufbereitung und ist Voraussetzung dafür, dass die Kantone nebst dem ihnen ohnehin entstehenden jährlich wiederkehrenden hohen Personalmehraufwand wenigstens den finanziellen bzw. technischen Zusatzaufwand so gering wie möglich halten können.

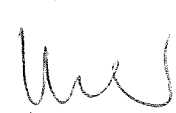
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Zug, 8. September 2015

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Heinz Tännler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch (Word und PDF)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Finanzdirektion
- Kantonale Steuerverwaltung



Kanton Zürich
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

ESTV

25. Aug. 2015

19. August 2015 (RRB Nr. 796/2015)

**Genehmigung eines Protokolls zur Änderung
des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 27. Mai 2015, mit dem Sie uns ein Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU zur Vernehmlassung unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit der EU entspricht der Strategie des Bundesrates, die auf einen wettbewerbsfähigen, stabilen und integren Finanzplatz mit international akzeptierten Rahmenbedingungen abzielt. Mit Blick auf die globale Einführung des AIA liegt der Abschluss des vorliegenden Abkommens mit der EU als wichtigstem Handelspartner im Interesse der Schweiz. Wir stimmen deshalb dem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU zu. Zu bedauern ist allerdings, dass bezüglich des Marktzugangs für Finanzdienstleister keine Ergebnisse erzielt werden konnten, die über die Eröffnung exploratorischer Gespräche zur Wahrung und Verbesserung des Marktzutritts für Schweizer Finanzintermediäre hinausgehen.

Schliesslich erneuern wir unsere Forderung, dass für die Durchführung des automatischen Informationsaustausches die AHV-Nummer (AHVN13) verwendet und davon abgesehen wird, eine neue Steueridentifikationsnummer zu schaffen. Der riesige administrative Aufwand von mehreren Millionen Franken, der durch eine neue Steueridentifikationsnummer verursacht würde, steht in keinem Verhältnis zu einem privaten Interesse von hier ansässigen natürlichen Personen, ihre AHV-Nummer ihren ausländischen Banken nicht mitteilen



zu müssen. Wir verweisen hierzu auf unsere Stellungnahme zum Bundesbeschluss über die Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Multilateral Competent Authority Agreement, MCAA) und den Entwurf eines Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) vom 8. April 2015.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:



KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 3. Juli 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Vernehmlassungsstellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen vom 27. Mai 2015 zu randvermerkter Vorlage. Der Vorstand FDK nimmt dazu wie folgt Stellung.

Mit Brief vom 27. August 2014 nahmen wir zu den Mandatsentwürfen zu Verhandlungen mit den USA über einen Wechsel zu Modell 1 der FATCA-Abkommen und mit weiteren Staaten sowie mit der EU über den automatischen Informationsaustausch (AIA) Stellung. Wir stimmten damals den drei Verhandlungsrichtlinien zu und formulierten Anträge zur Umsetzung des AIA. Diese zielten insbesondere auf die Aufhebung der Selbstbindungen des geltenden Steueramtshilfegesetzes (StAhiG) bezüglich Weiterverwendung erhaltener Bankinformationen durch schweizerische Steuerbehörden (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und Ersuchen nach im Ausland gelegenen Bankinformationen (Art. 22 Abs. 6 StAhiG).

Die Einführung des AIA zwischen der Schweiz und der EU liegt im Rahmen der Kriterien, welche die erwähnten Verhandlungsrichtlinien aufstellten. Indessen stellen wir fest, dass die **Kantone in die Verhandlungen mit der EU entgegen ihrem ausdrücklichen Wunsch weder in die Verhandlungsdelegation aufgenommen noch anderweitig einbezogen** wurden.¹ Dies ist umso befremdlicher, als die Kantone eng in die Aushandlung des Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU einbezogen worden waren sowie ihres Anteils am Steuerrückbehalt aus dem Zinsbesteuerungsabkommen verlustig gehen und sie von der Aufhebung der Abgeltungssteuerabkommen mit dem Vereinigten Königreich und Österreich finanziell betroffen sind.

¹ Vgl. Stellungnahme KdK vom 26.09.2014, Rz 10f, S. 3.

Positiv hervorzuheben ist, dass

- die Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen wird;
- sowohl beim automatischen als auch beim Informationsaustausch auf Ersuchen nicht von den Standards der OECD abgewichen wird;
- klar festgehalten wird, dass Art. 6 Abs. 3 des Abkommens nicht greift, wenn die Berechnungsgrundlagen, nicht aber die erhaltenen Informationen selbst, an andere als Steuerbehörden weitergegeben werden.²

Zu bedauern ist, dass bezüglich des Marktzugangs für Finanzdienstleister keine Ergebnisse erzielt werden konnten, die über die Eröffnung exploratorischer Gespräche hinausgehen.

Die Einführung des AIA mit der EU steht natürlich unter dem Vorbehalt der Genehmigungsprozesse in der Schweiz und der EU.

Ausserdem **fordern** wir einmal mehr mit Nachdruck:

1. Das Parlament beschliesst in der anstehenden Revision des StAhiG die von uns und den Kantonen geforderte **Aufhebung der Selbstbeschränkung bezüglich schweizerischer Ersuchen an das Ausland um Bankinformationen** (Art. 22 Abs. 6 StAhiG), zumindest im Verkehr mit Staaten, von denen die Schweiz ohne vorgängiges Ersuchen Informationen erhalten kann (Art. 22 Abs. 7 E-StAhiG).
2. Das Parlament stimmt der von uns und den Kantonen geforderten **Verwendung von automatisch erhaltenen Informationen durch schweizerische Steuerbehörden** zu (Art. 20 E-AIAG).
3. Das Parlament beschliesst entgegen dem Bundesrat und in Übereinstimmung mit uns und sämtlichen Kantonen die Verwendung der **AHV-Nummer als Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen**.³ Lage und Perspektiven der öffentlichen Haushalte erfordern den Verzicht auf unnötige Bürokratie. Die Kantone werden allein mit Umsetzung und Vollzug der absehbaren Reformen im Steuerbereich (z.B. spontaner Informationsaustausch, namentlich von Rulings, USR III, Reform der Quellenbesteuerung) finanziell, personell und informatikmässig in einem Ausmass gefordert sein, dass jegliche hausgemachte Mehrbelastung zu unterlassen ist. Art. 2 Abs. 1 Bst. f E-AIAG lautete neu demgemäss wie folgt:

(...) f. *schweizerische Steueridentifikationsnummer für natürliche Personen*: die AHV-Versichertennummer nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Art. 21 E-AIAG ist entsprechend anzupassen.

² Erläuternder Bericht ..., S. 15.

³ Vgl. Stellungnahme FDK v. 27.03.2015 zum MCAA und AIA, http://www.fdk-cdf.ch/150327_mcaa-aiag_vl-stn_fdkv_uz_d.pdf.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Kenntnisnahme unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Peter Hegglin

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie (Mail)

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK
- Sekretariat KdK

**CONFERENCE DES
DIRECTRICES ET DIRECTEURS
CANTONAUX DES FINANCES**

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe DFF
Bernerhof
3003 Berne

Berne, le 3 juillet 2015

Approbation d'un protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE. Prise de position

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir transmis les documents du 27 mai 2015 relatifs au projet cité en marge. Le Comité CDF prend position comme suit :

Par courrier du 27 août 2014, nous avons pris position sur les projets de mandats de négociation avec les États-Unis pour le passage au premier modèle des accords FATCA et avec d'autres États ainsi qu'avec l'UE pour l'échange automatique de renseignements (EAR). Nous avons approuvé à cette date les trois directives de négociation et formulé des propositions de mise en œuvre de l'EAR qui visaient en particulier l'abolition des auto-restrictions inscrites dans la loi sur l'assistance administrative fiscale (LAAF) relatives à l'utilisation secondaire de renseignements bancaires obtenus par les autorités fiscales suisses (art. 21, al. 2 LAAF) et aux demandes de renseignements bancaires sis à l'étranger (art. 22, al. 6 LAAF).

L'introduction de l'EAR entre la Suisse et l'UE est conforme aux critères établis dans les directives de négociation. Or, nous relevons que **les cantons, contrairement à leur souhait explicite, ne font pas partie de la délégation de négociation et n'ont été associés en aucune manière à leurs travaux.**¹ Ceci est pour le moins surprenant, vu que les cantons avaient été étroitement impliqués dans la négociation avec l'UE en vue d'un accord sur la fiscalité de l'épargne, que cet accord les prive de leur part de la retenue fiscale et qu'ils sont concernés financièrement par l'abrogation des accords sur l'impôt à la source négociés avec le Royaume-Uni et l'Autriche.

¹ Voir prise de position CdC du 26 septembre 2014, ch. 10f, p. 3.

Il faut se féliciter que

- l'exonération de l'impôt à la source des versements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées a été reprise telle quelle de l'accord sur la fiscalité de l'épargne ;
- l'échange automatique et l'échange sur demande de renseignements obéissent aux normes de l'OCDE ;
- il est clairement établi que l'art. 6 al. 3 de l'accord ne s'applique pas lorsque les bases de calcul, mais non les informations elles-mêmes, sont transmises à d'autres autorités que les autorités fiscales.²

Il est toutefois regrettable qu'aucune avancée n'ait été obtenue, au-delà de l'ouverture de discussions exploratoires, concernant l'accès au marché des prestataires de services financiers.

L'entrée en vigueur de l'EAR avec l'UE est prévue sous réserve que les procédures d'approbation en Suisse et dans l'UE soient achevées.

Nous émettons par ailleurs les **revendications** suivantes :

1. Le Parlement arrête dans la révision de la LAAF l'**abrogation**, demandée par la CDF et par les cantons, **de l'autolimitation concernant les demandes d'informations bancaires adressées par la Suisse à l'étranger** (art. 22 al. 6 LAAF), tout au moins concernant des États dont la Suisse peut obtenir des renseignements sans demande préalable (art. 22 al. 7 P-LAAF).
2. Le Parlement approuve l'**utilisation de renseignements reçus automatiquement de l'étranger par des autorités fiscales suisses** (art. 20 P-LEAR), comme l'ont demandé la CDF et les cantons.
3. Le Parlement arrête, contrairement à l'avis du Conseil fédéral, mais en accord avec la CDF et avec tous les cantons, l'utilisation du **numéro AVS comme identifiant fiscal des personnes physiques**.³ La situation et les perspectives des finances publiques nous mettent dans la nécessité de renoncer à toute bureaucratie inutile. Il importe en effet de ne pas accroître nous-mêmes les charges administratives, sachant ce que la mise en œuvre et l'exécution des réformes fiscales (échange spontané de renseignements, notamment de *rulings*, RIE III, réforme de l'imposition à la source) signifient en termes financiers, personnels et informatiques. L'art. 2, al. 1, let. f P-LEAR est libellé comme suit :

(...) f. *identifiant fiscal suisse des personnes physiques* : le numéro d'assuré AVS selon la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants

L'art. 21 P-LEAR doit être adapté en conséquence.

² Rapport explicatif....., p. 15.

³ Voir prise de position CDF du 27 mars 2015 sur le MCAA et l'EAR, http://www.fdk-cdf.ch/150327_mcaa-aiag_vl-stn_fdkv_uz_f.pdf .

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de donner notre avis et en vous invitant à prendre acte de nos demandes, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

**CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET
DIRECTEURS CANTONAUX DES FINANCES**

Le président :

A stylized blue ink signature of Peter Hegglin.

Peter Hegglin

Le secrétaire :

A stylized black ink signature of Andreas Huber-Schlatter.

Andreas Huber-Schlatter

Copie (par courriel)

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Membres CDF
- Membres CSI
- Secrétariat CdC

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA



Geht per Mail an: Vernehmlassungen@sif.admin.ch

16.09.2015

**Vernehmlassung: Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des
Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich bei Ihnen für die Gelegenheit zur
Stellungnahme zu obgenannter Vernehmlassung.

Grundsätzliche Haltung der BDP

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) hat sich als erste bürgerliche Partei schon vor zwei Jahren für die Einführung und Umsetzung des AIA als globalen Standard eingesetzt. Sie hat den Bundesrat von Anfang an in seiner Strategie für einen steuerlich konformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz („Weissgeldstrategie“) unterstützt, denn die Missachtung von globalen Standards ist kein Geschäftsmodell für die Zukunft. Im vorliegenden Änderungsprotokoll sieht die BDP einen zentralen Bestandteil der Strategie für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz durch die Einhaltung international geltender Standards. Es liegt im Interesse der Schweiz, ein solches Abkommen mit der EU als wichtigstem Handels- und Investitionspartner termingerecht abzuschliessen. Demgemäss stimmt die BDP der Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU zu.

Würdigung des Verhandlungsergebnisses

Die BDP begrüsst das revidierte Abkommen mit der EU aus folgenden Gründen:
Mit der Umsetzung des globalen Standards für den AIA, zu dem sich bisher fast hundert Staaten bekannt haben, gelingt der Schweiz grundsätzlich der Durchbruch zur Erreichung eines sauberen und wettbewerbsfähigen Finanzplatzes Schweiz. Da sich mit Singapur oder Luxemburg auch mit der Schweiz konkurrierende Finanzplätze zum Austausch von Informationen nach dem AIA-Standard verpflichtet haben, sind keine massiven Vermögensverlagerungen zu erwarten. Dank der Gewährleistung eines „Level Playing Field“ können relative Wettbewerbsnachteile für den Schweizer Finanzplatz vermieden werden. Gleichzeitig wird die Rechtssicherheit für international tätige Schweizer Finanzinstitute gestärkt.

Positiv zu würdigen gilt es insbesondere auch die Tatsache, dass der AIA-Standard der OECD ohne Abweichungen und einschliesslich der Wahlmöglichkeiten für den umsetzenden Staat in das

Abkommen aufgenommen werden konnte – dies unter Vermeidung von seitens der EU verlangten spezifischen Abweichungen. Die Etablierung des Informationsaustausches auf Ersuchen gemäss geltendem OECD-Standard (Art. 26 des OECD Musterabkommens) bildet ebenfalls einen wichtigen Baustein für die mit internationalen Regeln konforme Ausgestaltung des Schweizer Finanzplatzes. Ferner wurden die Interessen des Schweizer Wirtschaftsstandortes gewahrt, indem die Bestimmung betreffend die Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen werden konnte. Das Änderungsprotokoll enthält zudem die nötigen Bestimmungen, um einen reibungslosen Übergang vom Zinsbesteuerungssystem zum AIA zu gewährleisten.

BDP will Lösung wichtiger bilateraler Fragen mit der EU in naher Zukunft

Der BDP ist es ein zentrales Anliegen, dass in naher Zukunft mit der EU weiter über ein umfassendes Marktzutritts-Abkommen bezüglich der Erbringung grenzüberschreitender Finanzdienstleistungen weiterverhandelt und in diesem Dossier eine befriedigende Lösung erreicht wird. Leider war es angesichts aktueller mit der EU ungelöster Fragen, wie der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) oder den institutionellen Fragen, nicht möglich, die Diskussion über einen verbesserten Marktzutritt mit jener zur Einführung des AIA vollständig zu verknüpfen. Dies unterstreicht einmal mehr die Wichtigkeit einer mit den bilateralen Verträgen konformen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, wie es die BDP seit Langem fordert.

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

Bern, im September 2015

Vernehmlassung: Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zu den obengenannten Geschäften Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens. Die CVP nimmt in diesem Dokument zu beiden Geschäften gleichzeitig Stellung.

Vorbehaltlich untenstehender Bemerkungen befürwortet die CVP die Genehmigung des Protokolls.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP verfolgt bei der AIA-Einführung den Grundsatz, dass das, was internationaler Standard ist, übernommen werden sollte. Allerdings darf die Schweiz keinen Schritt weitergehen. Einen Swiss Finish bzw. Massnahmen, die international gar nicht gefordert sind und den Finanzplatz unnötigerweise einschränken, lehnt die CVP ab.

Zum Protokoll

Das Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens ersetzt das geltende Zinsbesteuerungssystem durch den AIA. Es entspricht dem vom Bundesrat verabschiedeten Verhandlungsmandat.

Art. 6 Abs. 2 Spezialitätsprinzip

Die CVP setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass ausgetauschte Informationen im ersuchenden Staat nur für den klar definierten Zweck verwendet werden. Bricht ein Staat diesen Grundsatz, könnte die Schweiz nur im Nachhinein den Austausch verweigern. Der Schaden bspw. beim Steuerpflichtigen des ersuchenden Staates wäre aber bereits erfolgt. Die CVP fragt sich, ob es nebst Art. 7 Abs. 2 (Aussetzung des Abkommens) keine griffigeren Mechanismen gibt, die eine solche Nichteinhaltung verhindern bzw. sanktionieren könnten.

Art. 6 Abs. 1 Datenschutz

Gleiches gilt bezüglich Datenschutz. Gemäss erläuterndem Bericht wird der Datenschutz in der EU und in der Schweiz grundsätzlich als gleichwertig angesehen, weshalb gegenwärtig keine zusätzlichen Vereinbarungen vorgesehen sind. Nichtsdestotrotz fordert die CVP, dass die Vertragsstaaten beim Informationsaustausch grössten Wert auf moderne, sichere (IT-)Lösungen legen, damit dem Rechtsschutz des Steuerpflichtigen Rechnung getragen wird.

Reziprozität

Ein AIA funktioniert nur mit absoluter Reziprozität. Dies scheint mit Übernahme des AIA nach dem globalen Standard der OECD (ohne Abweichungen) erfüllt zu sein. Sollte die Schweiz von anderen Staaten unberechtigtweise die gewünschten Daten nicht erhalten, muss sie bei der EU sofort intervenieren und fordern, dass diese Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen.

Unter Berücksichtigung der drei letztgenannten Bemerkungen setzt sich die CVP dafür ein, dass die Schweiz den bilateralen AIA vorerst nur mit vertrauenswürdigen Staaten aktiviert, dazu zählt die EU. Trotzdem vertritt die CVP hier eine äusserst restriktive Aktivierung. Ausserdem verlangt die CVP, dass bei jeder weiteren AIA-Einführung, auch der Vorliegenden, oben genannte Punkte explizit geprüft und entsprechend der Bundesversammlung dargelegt werden.

Koordination und Verknüpfung mit anderen Geschäften

Die CVP setzt sich dafür ein, dass eine Koordination mit anderen laufenden Gesetzgebungsverfahren sichergestellt wird (Finanzmarktregulierungen, Unternehmenssteuerreform III, BEPS, etc.). Die betroffene Branche muss stets informiert und angemessen einbezogen werden.

Vergangenheitsregularisierung

Mit ihrem starken Finanzplatz und als aktives Mitglied internationaler Gremien muss die Schweiz den neuen globalen Standard übernehmen. Nicht nur die weitere positive Entwicklung unseres Finanzplatzes und wertvolle neue Marktzugänge hängen davon ab. Die CVP erwartet, dass damit auch die Fragen der Vergangenheitsregularisierung ein für allemal geklärt werden. Der erläuternde Bericht bestätigt dies zumindest bezüglich unserer Nachbarstaaten. Die CVP verlangt aber, dass die Vergangenheitsfragen mit allen 28 EU-Mitgliedstaaten gelöst werden.

Marktzutritt

Der Bundesrat hat im Rahmen der Verhandlungen ihre Anliegen für die Wahrung und Verbesserung des Marktzutritts für Schweizer Finanzintermediäre in den EU-Raum und für grenzüberschreitende Erbringung von Finanzdienstleistungen eingebracht, allerdings ohne konkrete Resultate.

Die CVP findet es falsch, gewisse Dossiers nicht zu verknüpfen und daraus keinen Vorteil für die Schweiz zu ziehen. Der Bundesrat hat sowohl bei der Unternehmenssteuerreform III sowie beim AIA anscheinend die Chance verstreichen lassen, einen für die Schweiz favorablen Handel abzuschliessen. Die nächste Gelegenheit bietet das kommende BEPS-Projekt. Die CVP verlangt mit Nachdruck vom Bundesrat, dass er nicht nur bedingungslos umsetzt, sondern auch ganz klare Forderungen stellt.

Weitere Bemerkungen

Personalaufwand

Die CVP verlangt, dass während des gesamten Prozesses der AIA-Einführung klare Auskünfte über die benötigten Sachmittel (insbesondere EDV-Ausgaben) und vor allem über die neu anfallenden Personalausgaben gemacht werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz

FDP.Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern

Eidgenössische Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für Finanzfragen
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 10. September 2015 / AG
VL AIA EU

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Anhörung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Das bestehende Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU wird durch das vorliegende Änderungsprotokoll zu einem Abkommen über den automatischen Informationsaustausch (AIA). Die *FDP.Die Liberalen* stimmt der Einführung des AIA gemäss OECD Standard mit der EU grundsätzlich zu. Es ist für die FDP zentral, dass die Schweiz den international akzeptierten Standard umsetzt, damit der Standort Schweiz wettbewerbsfähig bleibt.

Die EU als wichtigster Handelspartner der Schweiz gehört zu den zentralen AIA-Partnern der Schweiz. Zudem umfasst die EU auch fast alle unmittelbaren Nachbarstaaten der Schweiz; dies macht eine grenzüberschreitende Bankbeziehung wahrscheinlich.

Die FDP fordert für AIA-Abkommen, dass diese reziprok ausgestaltet sind – dies auch für die Qualität der gelieferten Daten. Zudem müssen das Spezialitätenprinzip und der Datenschutz streng eingehalten werden. Des Weiteren sollten genügend Regularisierungsmöglichkeiten im Partnerstaat bestehen, damit Bankkunden ihre finanziellen Verhältnisse angemessen regeln können. Einen verbesserten Marktzutritt für Finanzdienstleister im jeweiligen AIA-Partnerstaat zu erreichen ist bei den Verhandlungen immer in den Vordergrund zu stellen.

Bezüglich dem Abkommen mit der EU ist, gemessen an diesen Forderungen, vor allem ein Mangel erkennbar: Die Regularisierungsmöglichkeiten in den meisten EU-Staaten sind zwar angemessen vorhanden, dies wird jedoch für Griechenland bisher als nicht zufriedenstellend eingeschätzt. Dies muss sich schnellstmöglich ändern.

Eine Verbesserung des Marktzugangs konnte zudem bisher nicht erreicht werden. Uns ist jedoch bewusst, dass die Verhandlungen in diesem Bereich von den Entwicklungen im Bereich des Personenfreizügigkeitsdossiers abhängen. Es muss weiterhin alles daran gesetzt werden, um Verhandlungen anzugehen.

Das Spezialitätenprinzip und der Datenschutz müssen höchste Priorität geniessen. Die FDP fordert den Bundesrat auf, das Abkommen auszusetzen, falls diese Prinzipien vom Partnerstaat nicht genügend beachtet werden sollten. Selbiges gilt auch, falls die Qualität der gelieferten Daten nicht dem Standard entsprechen sollte.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Philipp Müller
Nationalrat

Der Generalsekretär



Samuel Lanz



T +41 31 3126660
F +41 31 3126662
E gruene@gruene.ch

Eidg. Finanzdepartement EFD
Eidg. Departement für auswärtige
Angelegenheiten EDA
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, den 11. September 2015

VERNEHMLASSUNGSANTWORT ZUR ÄNDERUNG DES ZINSBESTEUERUNGSABKOMMENS ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf
Sehr geehrter Herr Burkhalter
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung bedanken wir uns sehr. Die Grünen begrüßen die Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU, um den automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen einzuführen. Das überarbeitete Abkommen ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung und einen sauberen Finanzplatz Schweiz, wofür sich die Grünen seit langem einsetzen.

Das überarbeitete Abkommen zwischen der Schweiz und der EU basiert auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und folgt den internationalen Standards, welche im Rahmen der OECD für den AIA erarbeitet wurden und welche die Grünen bereits befürwortet haben. Die Umsetzung in der Schweiz soll über das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) erfolgen, welches bis zum 21. April 2015 in der Vernehmlassung war und zu welchem die Grünen ebenfalls positiv [Stellung](#) genommen haben.

Für die Grünen steht bei der Umsetzung im Vordergrund, dass hohe Datenschutzstandards eingehalten werden und keine neuen Steuerschlupflöcher entstehen. Die Grünen fordern ausserdem, dass künftig die gleichen Regeln, die im Austausch mit ausländischen Steuerbehörden gelten, auch im Inland zum Tragen kommen. Des Weiteren sollte die Schweiz nicht nur mit den USA und der EU sondern auch mit Schwellen- und Entwicklungsländern Abkommen über einen besseren Austausch über Steuerinformationen anstreben.

Mit freundlichen Grüssen,

Regula Rytz
Co-Präsidentin Grüne Schweiz

Pascal Renaud
Politischer Sekretär Grüne Schweiz



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für int. Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 17. September 2015

**Stellungnahme zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung
des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen.
Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz begrüsst die Einführung des AIA-Standards mit der EU. Diese ist eingebettet in die Weissgeldstrategie des Bundesrats, die von der SP konsequent während Jahrzehnten gefordert wurde und auf einen wettbewerbsfähigen, stabilen und integren Finanzplatz mit international akzeptierten Rahmenbedingungen abzielt. In diesem Sinne hat die SP Schweiz bereits das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) befürwortet sowie die Einführung des AIA mit Australien, die sich wiederum auf die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Multilateral Competent Authority Agreement, MCCA) sowie Artikel 6 des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die Amtshilfe in Steuersachen (Amtshilfeübereinkommen) stützt. Mit dem Änderungsprotokoll zum bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vom 26. Oktober 2004 (es ist Teil der „Bilateralen Abkommen II“), wird das Zinsbesteuerungsabkommen nun materiell zu einem AIA-Abkommen mit der EU. Ein Abschluss von AIA-Abkommen mit den einzelnen 28 EU-Mitgliedsländern (darunter den wichtigen Nachbar- und

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Partnerstaaten) erübrigt sich. Das Abkommen enthält drei Elemente: Die Einführung des reziproken AIA nach dem globalen Standard der OECD, den Informationsaustausch auf Ersuchen gemäss geltendem OECD-Standard nach Artikel 26 des OECD-Musterabkommens sowie eine Bestimmung betreffend die Quellensteuerbefreiung grenzüberschreitender Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen. Letztere Bestimmung wurde unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen und ist im Interesse des Schweizer Wirtschaftsstandorts.

Mit der Umsetzung des AIA-Standards erübrigen sich die Quellenbesteuerungsabkommen, welche die Schweiz 2012 bilateral mit dem Vereinigten Königreich und mit Österreich abgeschlossen hat. Die Schweiz wird mit den beiden Ländern entsprechend eine Aufhebung der Quellensteuerabkommen vereinbaren. Das AIA-Abkommen tangiert hingegen nicht das Betrugsbekämpfungsabkommen mit der EU, das die Amts- und Rechtshilfe bei Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen im Bereich der indirekten Steuern (Zollabgaben, Mehrwertsteuern, besondere Verbrauchssteuern auf Alkohol, Tabak, Mineralöl etc.), der Subventionen und des öffentlichen Beschaffungswesens regelt. Einzig im Bereich der Amtshilfe auf Ersuchen gestützt auf Artikel 5 des AIA-Abkommens mit der EU, der auf direkte und indirekte Steuern anwendbar ist, gibt es eine Überschneidung. Beide Abkommen bilden eine mögliche Grundlage für Amtshilfeersuchen bezüglich indirekter Steuern.

Die SP unterstützt den Bundesrat in seinem Bestreben, das Abkommen per 1. Januar 2017 in Kraft zu setzen, damit die Schweiz die gegenüber dem Global Forum 2014 gemachten Ankündigungen erfüllen kann. Beizupflichten ist dem Bundesrat auch in seiner Einschätzung, dass der hauptsächliche Nutzen für die Schweiz bei der Einführung des AIA-Standards mit der EU die Verbesserung der Reputation ihres Finanzplatzes sein dürfte. Der einheitliche globale AIA-Standard gegenüber der EU stärkt zudem die Rechtssicherheit für die im internationalen Geschäft tätigen Finanzinstitute. Immerhin haben sich insgesamt 93 Staaten (darunter wichtige konkurrierende Finanzplätze der Schweiz wie Luxemburg und Singapur) zum Austausch von Informationen nach dem AIA-Standard verpflichtet (58 Länder ab 2017, 35 Länder – darunter auch die Schweiz – ab 2018). Damit sind zwischen diesen Staaten keine massiven Vermögensverlagerungen zu erwarten. Die Gewährleistung eines Level Playing Field, d.h. gleicher Voraussetzungen für alle Partnerstaaten, und die zeitlich abgestimmte Einführung des AIA-Standards sind zentrale Voraussetzungen, um sicherzustellen, dass es kurz- bis mittelfristig nicht zu Vermögensverschiebungen in Staaten ohne AIA kommen wird. Damit gewinnen zugleich wichtige positive Wettbewerbsfaktoren der Schweiz, wie z.B. die politische Stabilität, das Humankapital und die Infrastruktur, in Zukunft an Bedeutung. Kurzfristig kann die Umsetzung des AIA in der Schweiz relativ hohe Umsetzungskosten für die betroffenen Finanzinstitute mit sich bringen. Die anfallenden Kosten des AIA sind letztlich ab-

zuwägen gegen eine dauerhaft zu erwartende Stärkung der Standortfaktoren (u.a. Reputation, Rechtssicherheit).

In diesem Zusammenhang fordert die SP Schweiz, dass der Bundesrat auch unbesteuerter Gelder aus Schwellen- und Entwicklungsländern seiner Weissgeldstrategie unterstellt und durch zusätzliche Instrumente wie einer Quellensteuer den entsprechenden Herkunftsländern entgegenkommt. Schliesslich soll der AIA auch im Inland eingeführt werden.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben
mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

A stylized, handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat'.

Christian Levrat
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Ferrari'.

Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Frau Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 17. September 2015

**Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens
zwischen der Schweiz und der EU**

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Die Schweiz soll und darf den automatischen Informationsaustausch (AIA) nach dem Grundsatz der Reziprozität nur mit Ländern vereinbaren, welche den AIA gleichzeitig und vollständig in gleicher Qualität wie die Schweiz realisieren können und dies auch wollen. Wir bezweifeln zum heutigen Zeitpunkt jedoch, dass alle EU-Staaten diesen Grundsatz werden befolgen können. Der Abschluss der AIA-Vereinbarung mit der EU als Ganzes hat für die Schweiz aber auch andere gewichtige Nachteile gegenüber einer bilateralen Aktivierung mit den einzelnen EU-Staaten. Verträge mit einzelnen Ländern bieten wesentliche Verhandlungsoptionen (bspw. bezüglich Marktzugang), welche der Schweiz mit einem Gesamtvertrag mit der EU verschlossen bleiben würden. Die SVP lehnt den vorliegenden Vorschlag des Bundesrats, den AIA mit den Ländern in der EU in globo in der Form eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens einzuführen, deshalb klar ab und fordert stattdessen, diesen via bilateralem Verfahren mit den einzelnen Staaten zu aktivieren.

Wir haben uns bereits in unserer Stellungnahme «Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen sowie zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und eines Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen» dahingehend vernehmen lassen, dass wir bei einer Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) darauf beharren werden, dass:

- die Schweiz sich mit anderen Ländern dafür einsetzt, dass sich alle wichtigen Finanzplätze zu einem gegenseitigen Informationsaustausch verpflichten und diesen auch umsetzen
- die Schweiz nicht vorseilend den AIA einführt bzw. die Einführung mindestens gleichzeitig mit anderen Ländern erfolgen wird
- Vertraulichkeit und Datenschutz sichergestellt sind
- die Schweiz bei Verhandlungen mit einzelnen Ländern den AIA nur gewährt, wenn als Gegenleistung der Marktzugang zu deren Finanzmärkten nachhaltig gesichert wird
- AIA-Abkommen grundsätzlich nur dann mit anderen Ländern abgeschlossen werden, wenn:
 - I. die ausgetauschten Daten gemäss dem Spezialitätenprinzip nur für Steuerzwecke verwendet werden
 - II. alle wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen (inkl. z.B. Trusts, Stiftungen, British Virgin Islands oder Delaware-Konstrukte) identifiziert werden
 - III. die Partnerstaaten angemessene Möglichkeiten für die Regularisierung der steuerlichen Vergangenheit zur Verfügung stellen.

Für den Schweizer Finanzplatz ist es zentral, dass diese Kriterien bei AIA-Aktivierungen mit Partnerstaaten eingehalten werden. Wie bereits einleitend bemerkt, haben wir jedoch Vorbehalte, dass alle beim vorliegenden Abkommen beteiligten Staaten den Grundsatz der Reziprozität auch einhalten werden können. Vor diesem Hintergrund steht für die SVP eine Aktivierung über ein abgeändertes Zinsbesteuerungsabkommen mit allen Ländern der EU nicht zur Diskussion, da die Schweiz in diesem Fall gegenüber anderen Nicht-EU-Konkurrenzländern massiv benachteiligt würde. Stattdessen verlangen wir, dass der AIA mit jedem Land einzeln über ein bilaterales Abkommen eingeführt werden muss. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass den unterschiedlichen Voraussetzungen bezüglich der Reziprozität und den anderen Beurteilungskriterien in den verschiedenen EU-Ländern Rechnung getragen werden kann, wobei die einzelnen Vertragsverhandlungen zeitlich gestaffelt und priorisiert erfolgen können.

Grundsätzlich ist die SVP der Auffassung, dass die Aktivierung des AIA immer über den Weg eines bilateralen Staatsvertrags zwischen der Schweiz und einem Partnerstaat zu erfolgen hat, weil nur auf diese Weise den unterschiedlichen Ausgangslagen in den jeweiligen Ländern entsprochen werden kann und sich darüber hinaus erst dadurch wesentliche Verhandlungsoptionen (bspw. bezüglich Marktzugang) für die Schweiz eröffnen werden. Die einzelnen Staatsverträge sind gezielt auf die Einhaltung der genannten Beurteilungskriterien auszurichten.

Bezüglich der Regularisierung der Vergangenheit bietet Griechenland bis heute keine akzeptable Lösung. Ein AIA-Abkommen mit Griechenland ist für die SVP damit nicht vertretbar. Auch das Kurzgutachten von Prof. Dr. iur. Matteotti („Verfassungskonformität des automatischen Informationsaustauschs“, vom 13. August 2015) kommt zum Schluss, dass bei der Einführung des AIA den vom AIA erfassten Personen faire Regularisierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen müssen, da ansonsten das Verhältnismässigkeitsprinzip verletzt würde. Zudem ist es diskutabel, ob Griechenland die rechtlichen und politischen Voraussetzungen – insbesondere bezüglich Vertraulichkeit der Daten – für den AIA zum Zeitpunkt seiner Aktivierung überhaupt erfüllen wird.

Weiter sind wir der Auffassung, dass die unabhängigen Vermögensverwalter (UVV) nicht dem AIA unterstellt werden dürfen. Im AIA-Gesetz wird festgehalten, dass Anlageberater und Vermögensverwalter keine Konten führen können, weshalb sie nicht in den Anwendungsbereich der Beilage zum MCAA fallen. Der erläuternde Bericht der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage äussert sich aber nicht zum Begriff der meldepflichtigen Finanzinstitute. Wir fordern den Bundesrat deshalb dazu auf, in diesem Bereich eine klare Präzisierung vorzunehmen und die UVV vom vorliegenden Abkommen mit der EU auszunehmen.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Toni Brunner
Nationalrat

Der Generalsekretär



Martin Baltisser

Frau Eveline Widmer-Schlumpf
Bundesrätin, Vorsteherin Eidg.
Finanzdepartement EFD
Bernerhof, Bundesgasse 3
3003 Bern

Nur per E-Mail an vernehmlassungen@sif.admin.ch

17. September 2015

Stellungnahme: Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben Sie uns zu oben angeführter Stellungnahme eingeladen. Wir danken für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung und nehmen diese gerne wahr.

economiesuisse unterstützt die Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Es ist für den Standort Schweiz (zu) wichtig, auch wenn es nicht in allen Punkten restlos überzeugt bzw. damit verknüpfte Fragen noch nicht zur Zufriedenstellung gelöst werden konnten.

1 Ausgangslage: Akzeptanz des globalen Standards für Informationsaustausch

Die Schweiz kann sich im Eigeninteresse der Standardsetzung beim Informationsaustausch und der Amtshilfe im internationalen Kontext nicht entziehen. Der Unternehmensstandort generell und insbesondere der bedeutende Schweizer Finanzplatz sind auf internationale Akzeptanz angewiesen. Aus diesen Gründen anerkennt economiesuisse den automatischen Informationsaustausch nach dem globalen Standard der OECD (AIA-Standard) als neuen internationalen Standard – den die Schweiz ausserdem aktiv mitgestaltet hat. Dem Bundesparlament haben wir die Ratifizierung der dafür vorgesehenen völkerrechtlichen Verträge und die für die Umsetzung in der Schweiz nötigen Regeln zur Annahme empfohlen.

2 Grundprinzipien bei der Auswahl der Partnerstaaten einhalten

Der Entscheid, mit welchen Staaten die Schweiz den AIA einführen will, ist nicht Gegenstand erwähnter Vorlagen, sondern wird für jedes Land separat gefällt bzw. mit jedem Land bilateral vereinbart. Es ist deshalb wichtig – und auch eine Chance –, dass die Schweiz bei jedem Land sehr sorgfältig prüft, ob dieses, die von der Schweiz bei der Erarbeitung des globalen Standards geforderten Grundprinzipien einhält (hohe Ansprüche an die Einhaltung des Datenschutzes und des Spezialitätsprinzips, garantierte Reziprozität, zuverlässige Regeln zur Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten bei allen Rechtsformen). Werden hier Mängel festgestellt, muss nachverhandelt oder bei der späteren Umsetzung beispielsweise der Informationsaustausch umgehend ausgesetzt werden.

Es wäre wünschenswert, dass spätestens vor der praktischen Umsetzung von Vereinbarungen mit dem betreffenden Partnerstaat Fragen des Marktzugangs und der Regularisierung der Vergangenheit geklärt werden. Der Bundesrat hat signalisiert, dass er diese Punkte ebenfalls für wichtig hält. In Anbetracht der Tatsache, dass der automatische Informationsaustausch international zum Standard geworden ist, sehen wir die Möglichkeit, durch diese Forderungen Druck auszuüben, inzwischen als relativiert. Nichts desto trotz sollte der Bundesrat alles daran setzen, diesen wichtigen Kriterien mit einem pragmatischen Vorgehen baldmöglichst zum Erfolg zu verhelfen.

3 Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU

Wir begrüssen grundsätzlich, dass das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU in ein AIA-Abkommen umgewandelt und damit der Informationsaustausch mit allen 28 EU-Staaten gleichzeitig und einheitlich gemäss dem internationalen Standard geregelt wird. Richtig und wichtig ist ferner, dass aus dem Zinsbesteuerungsabkommen die Bestimmungen betreffend die Quellensteuerbefreiung grenzüberschreitender Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen übernommen werden. Das entspricht einer zentralen Forderung der Wirtschaft.

Skeptisch beurteilen wir die Einhaltung der unter Punkt zwei erwähnten Grundprinzipien und Kriterien durch einzelne EU-Länder. Zwar mag beispielsweise die Datenschutzgesetzgebung in der EU den hohen Anforderungen genügen, fraglich scheint jedoch die praktische Umsetzung in einzelnen Ländern. Ähnliche Bedenken haben wir hinsichtlich der Einhaltung des Spezialitätsprinzips. Wird das Abkommen in Kraft gesetzt, muss die Einhaltung der Prinzipien durch das betroffene Land deshalb sehr sorgfältig überwacht und deren nachweisliche Verletzung mit einer sofortigen Aussetzung des Informationsaustausches sanktioniert werden. Die Schweiz tut gut daran, sich bei der Umsetzung an der international gelebten Praxis zu orientieren.

Nach wie vor ungelöst sind die Fragen des Zutritts der Finanzdienstleister zum EU-Markt. Wir können nur wiederholen, was wir seit Beginn der Verhandlungen fordern: diesen Verhandlungen ist Priorität einzuräumen. Dasselbe gilt mit Blick auf die Regularisierung der Vergangenheit in einzelnen Ländern. Ausserdem ist es wichtig, dass die Schweiz androhende neue Zutrittsschranken von Vornherein entschieden abwehrt.

4 Fazit

economiesuisse unterstützt die Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Es ist für den Standort Schweiz (zu) wichtig – auch wenn es nicht in allen Punkten restlos überzeugt bzw. damit verknüpfte Fragen noch nicht zur Zufriedenstellung gelöst werden konnten.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse
economiesuisse



Dr. Frank Marty
Mitglied der Geschäftsleitung



Sandra Spieser
Stv. Leiterin Finanzen & Steuern

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Bundeshaus
3003 Bern

Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Kaufmännischer Verband Schweiz
Hans-Huber-Strasse 4
Postfach 1853
CH-8027 Zürich

Telefon +41 44 283 45 45
Fax +41 44 283 45 65
info@kfmv.ch
kfmv.ch

Zürich, 16. September 2015

**Vernehmlassung zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des
Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zu dieser Vorlage äussern zu können. Das am 27.5.2015 unterzeichnete Protokoll soll das derzeit geltende Zinsbesteuerungsabkommen durch den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) ersetzen. Das Abkommen enthält die drei Elemente (1) reziproker AIA nach dem globalen Standard der OECD, (2) Informationsaustausch auf Ersuchen gemäss geltendem OECD-Standard (Art. 26 Musterabkommen) und (3) Bestimmung betreffend Quellenbesteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen.

Der letzterwähnte Punkt (3) wurde unverändert vom bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen, zu den beiden ersteren hat sich unser Verband bereits früher befürwortend ausgesprochen. Wir unterstützen daher Ihren Vorschlag zur Änderungsratifikation. Das Vorhaben ermöglicht es dem Finanzplatz Schweiz und seinen Angestellten sich wieder in einem klar definierten und international akzeptierten Rahmen zu bewegen und die Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum stellen zu können.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Ausführungen schenken.

Freundliche Grüsse
Kaufmännischer Verband Schweiz



lic. iur. Peter Kyburz
CEO



Manuel Keller
Leiter Beruf und Beratung

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern
Per E-Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 17. Juli 2015
St. 01/UKA/ISP

Stellungnahme der SBVg:

- **Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU**
- **Genehmigung des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Australien**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Einladungen vom 30. April und vom 27. Mai 2015 zur Stellungnahme betreffend die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit der EU sowie mit Australien.

Wir möchten uns bestens für die Konsultation in dieser für die Finanzbranche sehr wichtigen Angelegenheit bedanken. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Anliegen.

Executive Summary

Die Abkommenspolitik zur Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten sollte sich an den folgenden drei Kriterien orientieren:

- 1) Eine akzeptable Möglichkeit zur Regularisierung der Vergangenheit für Bankkunden**
- 2) Das Marktpotential**
- 3) Eine adäquate Positionierung mit Blick auf Konkurrenzfinanzplätze**

Unsere Vereinigung unterstützt zudem die vom Bundesrat festgelegten Kriterien (i) ein Standard, (ii) Reziprozität, (iii) Spezialität, (iv) Datenschutz und (v) level playing field bei der Kundenidentifikation.

Wir begrüssen das Abkommen mit der EU und die Ablösung der EU-Zinsbesteuerung durch den Standard der OECD. Dabei ist es wichtig, dass die Diskussionen zur Verbesserung des Marktzugangs unbedingt vorangetrieben werden. Gleichzeitig ist strikte auf die Einhaltung des Spezialitätsprinzips und des Datenschutzes in der Praxis zu achten.

Im Prinzip sind wir auch mit einer Vereinbarung mit Australien zum AIA einverstanden.

1. Einleitung – Grundsätzliches zur Abkommenspolitik

Der Einfachheit halber nehmen wir in dieser Eingabe sowohl zum Abkommen mit der EU als auch zum Bundesbeschluss betreffend Australien Stellung. Zuerst möchten wir einige grundsätzliche Aspekte zur schweizerischen Abkommenspolitik aus Sicht der Branche erläutern.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz auf globaler Ebene zu gewährleisten, stehen bei den Verhandlungen zum AIA aus der Perspektive der Banken drei Kriterien im Vordergrund. Bei der Priorisierung der Verhandlungspartner sollte diesen Kriterien gebührende Beachtung geschenkt werden:

- 1) Eine akzeptable Möglichkeit zur Regularisierung der Vergangenheit für Bankkunden
- 2) Das Marktpotential
- 3) Eine adäquate Positionierung mit Blick auf Konkurrenzfinanzplätze

Nachfolgend werden diese Kriterien kurz erläutert:

Möglichkeiten zur Regularisierung

Ist das Crossborder-Geschäft mit einem betreffenden Land wichtig und bestehen gleichzeitig nicht-steuerkonforme, in der Schweiz gebuchte Vermögen, liegt es im Interesse der Partnerstaaten und des Finanzplatzes, dass diese Kunden eine **akzeptable Lösung der Vergangenheit** erhalten, bevor zu einem AIA übergegangen wird. Solche Möglichkeiten – wie beispielsweise strafbefreiende Selbstanzeigen oder Amnestien – liegen auch im Interesse der Partnerländer, da ein Abwandern der Kunden vor der Einführung des AIA zum Verlust des Steuersubstrates führen würde.

Marktpotential

Für die Banken spielt in erster Linie die **Bedeutung des Landes als Markt** eine Rolle für die Auswahl der künftigen Verhandlungspartner. Dabei geht es einerseits um das existierende und potentielle **Ausmass des Crossborder-Geschäfts** sowie um die **Bereitschaft zu Erleichterungen oder Garantien beim Marktzugang** für Schweizer Finanzdienstleister.

Adäquate Positionierung mit Blick auf Konkurrenzfinanzplätze

Die Schweiz ist darauf angewiesen, mit wichtigen Konkurrenzfinanzplätzen wie Singapur, Hong Kong aber auch Liechtenstein, Kanalinseln etc. den AIA umzusetzen. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes sicherzustellen, wäre es wichtig, wenn der AIA auf internationaler Ebene möglichst flächendeckend umgesetzt würde und, dass alle Offshore-Destinationen in dieses Netz des AIA miteinbezogen würden.

Gleichzeitig aber muss die Schweiz die globalen politischen Entwicklungen mit Blick auf die Einführung des AIA beobachten. Es sollte vermieden werden, dass die Schweiz den AIA mit Staaten einführt, mit welchen die Konkurrenzfinanzplätze keinen AIA vereinbart haben. Somit sollte eine **Bereitschaft des entsprechenden Landes bestehen, auch mit unseren Konkurrenzfinanzplätzen** den AIA einzuführen.

Kriterien des Bundesrates

Zudem unterstützt unsere Vereinigung die vom Bundesrat festgelegten Kriterien (i) ein Standard, (ii) Reziprozität, (iii) Spezialität, (iv) Datenschutz und (v) level playing field bei der Kundenidentifikation.

2. Abkommen mit der EU

Grundsätzlich begrüssen wir den Abschluss des Abkommens mit der EU bzw. die vorgeschlagene Ersetzung des Regelwerks der EU-Zinsbesteuerung mit dem gemeinsamen Meldestandard der OECD. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Finanzbranche in Bezug auf die EU-Mitgliedstaaten nur einen Standard anwenden muss.

Bezüglich der **Regularisierung der Vergangenheit** bietet Griechenland zurzeit keine akzeptablen Lösungen an. Wir begrüssen daher die zurzeit zwischen der Schweiz und Griechenland geführten Gespräche in Bezug auf ein mögliches griechisches Offenlegungsprogramm.

Nach wie vor ungelöst und unbefriedigend ist die Situation bei der Frage des **Marktzuganges** zu den 28 EU-Staaten. Bis jetzt liegen keine greifbaren Ergebnisse vor. Es ist uns ein Anliegen, dass die Bundesverwaltung dieses Thema weiterhin mit oberster Priorität vorantreibt.

Der rechtliche Rahmen zum **Datenschutz** in der EU genügt unserer Auffassung nach für die Zwecke des AIA. Eine gewisse Skepsis hingegen herrscht bei unseren Mitgliedbanken bezüglich der praktischen Handhabung der Datenschutzregeln in den einzelnen EU-Staaten. Art. 7 des Änderungsprotokolls zum Abkommen sieht vor, dass die Schweiz bei einer erheblichen Nichteinhaltung des Abkommens durch die Vertragsstaaten den AIA aussetzen kann. Wir vertreten die Auffassung, dass eine nachweisliche künftige Nichteinhaltung der Datenschutzbestimmungen in der EU auch eine erhebliche Nichteinhaltung des Abkommens mit der EU darstellt und deshalb zu einer Aussetzung des AIA mit dem anderen Land führen muss.

Gleiches gilt in Bezug auf die praktische Einhaltung des **Spezialitätsprinzips** durch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Die mit der EU vereinbarten Bestimmungen zum

Spezialitätsprinzip entsprechen der schweizerischen Praxis zur Spezialität bei Amtshilfeersuchen auf Anfrage (OECD 26). Auch hier stellt unseres Erachtens eine nachweisliche Verletzung des Spezialitätsprinzips durch einen EU-Staat eine erhebliche Nichteinhaltung des Abkommens mit der EU dar und müsste zu einer Aussetzung des AIA mit dem entsprechenden Land führen.

3. Bundesbeschluss betreffend Australien

Australien gehört nicht zu den für die Banken prioritären Ländern.

Das australische **Regularisierungsprogramm**, das im Herbst letzten Jahres abgelaufen, d.h. zwei Jahre vor einem möglichen Inkrafttreten des AIA mit Australien.

Bezüglich des **Marktzugangs** wurde bis jetzt keine Lösung erzielt. Wir halten dennoch eine Lösung mit Australien als Präzedenzfall für weitere Abkommen für wichtig. Australien gewährt z.B. Deutschland, Grossbritannien, Singapur und Hong Kong einen erleichterten Marktzutritt. Wir denken, dass eine solche Lösung auch für die Schweiz möglich sein müsste.

Zu der Frage, ob und mit welchen weiteren Ländern Australien einen AIA einführen wird, sind zurzeit keine verlässlichen Informationen erhältlich. Wichtig wäre dies insbesondere mit Bezug auf unsere **Konkurrenzfinanzplätze**.

Im Prinzip sind wir aber mit einer Vereinbarung mit Australien zum AIA einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen für die weiteren Arbeiten. Gerne stehen wir Ihnen für ergänzende Auskünfte jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Bankiervereinigung

Urs Kapalle

Petrit Ismajli

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für int. Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 17. September 2015

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU Stellung nehmen zu können. Es ersetzt das geltende Zinsbesteuerungssystem durch den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA). Die Umsetzung des AIA-Standards kann auf zwei Wegen erfolgen: entweder über die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden (MCAA), die sich ihrerseits auf das multilaterale Übereinkommen des Europarats und der OECD (Amtshilfeübereinkommen) abstützt, oder mittels bilateralem Staatsvertrag. Die erste Variante erfordert eine bilaterale Aktivierung und wurde für die AIA-Einführung mit Australien gewählt. Die Umsetzung des AIA mit der EU erfolgt gemäss der zweiten. Ein Abschluss von AIA-Abkommen mit den einzelnen EU-Mitgliedstaaten erübrigt sich.

Das Änderungsprotokoll stellt ein zentrales Element der bundesrätlichen Strategie für einen steuerkonformen Finanzplatz Schweiz durch die Einhaltung internationaler Standards dar. Da der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) diese Strategie – wie bereits in früheren Stellungnahmen dargelegt – unterstützt, sprechen wir uns für das revidierte Abkommen (AIA-Abkommen mit der EU) aus. Es enthält grundsätzlich drei Elemente:

- den reziproken AIA nach dem globalen Standard der OECD. Wir begrüssen es, dass der AIA-Standard der OECD ohne Abweichungen in das Abkommen aufgenommen werden konnte. Dort wo der AIA-Standard der OECD dem umsetzenden Staat Wahlmöglichkeiten erteilt, sind diese auch im Abkommen enthalten, so dass die Schweiz diese Wahlmöglichkeiten gegenüber allen Partnerstaaten gleich ausüben kann. Ein erleichtertes Verfahren zur Umsetzung von künftigen Weiterentwicklungen des gemeinsamen Meldestandards im Verhältnis Schweiz-EU unterstützt ebenfalls die Anwendung eines einheitlichen AIA-Standards mit allen Partnerstaaten. Einheitliche Anforderungen gegenüber allen Ländern befürworten wir aus Kosten- und Transparenzgründen und weil dadurch die Rechtssicherheit der grenzüberschreitend tätigen Schweizer Finanzdienstleister gestärkt wird.

Da sich mit dem AIA die Besteuerung von Kapitaleinkünften gestützt auf die Quellensteuerabkommen mit dem Vereinigten Königreich und mit Österreich erübrigt, werden diese aufgehoben.

- den Informationsaustausch auf Ersuchen gemäss geltendem OECD-Standard (Art. 26 des OECD-Musterabkommens von 2014 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen). EU-Mitgliedstaaten, die dem Amtshilfeabkommen beigetreten sind und ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit einer standardkonformen Amtshilfeklausel mit der Schweiz abgeschlossen haben, verfügen nun über drei grundsätzlich gleichwertige Rechtsgrundlagen, um Informationen auf Ersuchen zu erhalten. Es können jedoch Unterschiede bestehen bezüglich der zeitlichen Anwendung und den Steuern, für die Amtshilfe geleistet wird. Während das AIA-Abkommen mit der EU auf sämtliche Steuerarten anwendbar ist, sind die Amtshilfeklauseln gewisser DBA auf bestimmte Steuern beschränkt.
- eine Bestimmung betreffend Quellensteuerbefreiung grenzüberschreitender Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen. Diese Bestimmung wurde unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen.

Im Rahmen der Verhandlungen wurden ferner Gespräche mit der EU-Kommission über die Wahrung und Verbesserung des Marktzutritts für Schweizer Finanzintermediäre in den EU-Raum eröffnet. Ebenfalls positiv ist die faktisch weitgehende Verwirklichung der Vergangenheitsregulierung. Damit dürften die mit der AIA-Einführung verbundenen Rechtsrisiken für die Finanzinstitute gering sein. Trotzdem ist zwingend sicherzustellen, dass niemals natürliche Personen, sondern nur juristische strafrechtlich verfolgt werden. Es ist die Aufgabe der Unternehmen, dafür zu sorgen, dass ihre Angestellten sich richtig verhalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom SGB

Hopfenweg 21
PF/CP 5775
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

DFF et DFAE
Mme Eveline Widmer-Schlumpf
Conseillère fédérale
Mr. Didier Burkhalter
Conseiller fédéral
Palais fédéral
Berne

Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Berne, le 19 août 2015

Approbation d'un protocole d'amendement de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE. Consultation.

Madame la Conseillère fédérale,
Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames et Messieurs,

Nous vous remercions de nous consulter sur ce projet et c'est bien volontiers que nous vous faisons parvenir notre avis.

Nous exprimons un avis favorable au protocole de modification. Il représente effectivement un élément important de la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive en mettant l'accent sur le respect des standards internationaux et la réputation de ladite place.

Ainsi le remplacement du système de retenue à la source actuel par un accord sur l'échange automatique de renseignements en matière fiscale (EAR) s'inscrit parfaitement dans ce nouveau cadre international, conformément à la norme internationale de l'OCDE. Dans la perspective de l'introduction généralisée de l'EAR, l'accord EAR avec l'UE est effectivement non seulement dans l'intérêt de la Suisse mais aussi nécessaire pour notre pays eu égard au fait que l'UE est le principal partenaire de la Suisse. L'échange de renseignements sur demande est aussi conforme à la norme de l'OCDE en vigueur.

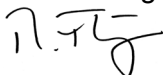
Nous n'avons pas d'objection à formuler à la disposition relative à l'exonération de l'imposition à la source des paiements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées qui a été reprise telle quelle de l'accord sur la fiscalité de l'épargne avec l'UE. En effet, il s'agit plutôt d'éviter des surimpositions et cela est conforme aux pratiques dans l'UE.

Le passage généralisé à l'EAR avec les pays de l'UE provoquera des coûts pour les institutions financières suisses en centaines de millions de francs et probablement des pertes fiscales pour la Confédération et les cantons. Mais elles devraient rester modérées.

Mais étant donné que les principales places financières concurrentes, comme celle de Singapour ou le Luxembourg, vont reprendre aussi la norme EAR, les risques de délocalisation d'activités financières et d'emplois sont amoindris. En contrepartie, la Suisse continue à modifier les conditions-cadres qui promeuvent ou restaurent la réputation de sa place financière. Enfin, dans une perspective à plus long terme, l'amendement de l'accord sur la fiscalité de l'épargne est un pré-requis pour un possible accord sur les services financiers avec l'UE qui garantirait un accès complet au marché de l'UE pour les institutions financières suisses.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, nos salutations distinguées.

Martin Flügel

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Flügel'.

Président

Denis Torche

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. Torche'.

Responsable du dossier
politique fiscale

Vorab per E-Mail an:
Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Eidg. Finanzdepartement
Rechtsdienst Generalsekretariat
Bernerhof
3003 Bern

Zollikon, den 17. September 2015

Vernehmlassung: Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

In der **alliancefinance** haben sich unabhängige Vermögensverwalter, Finanzdienstleister, Treuhänder, Rechtsanwälte sowie verschiedene Branchenorganisationen aus der gesamten Schweiz zusammengeschlossen. Hauptziel der Vereinigung ist das Engagement für einen attraktiven und wettbewerbsfähigen Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz, für Rechtssicherheit und Stabilität.

Gerne nehmen wir nachfolgend zum oben rubrizierten Entwurf Stellung. **alliancefinance lehnt den vorliegenden Vorschlag des Bundesrates ab.**

I. Grundsätzliches

- 1) Den Vorlagen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) steht **alliancefinance** grundsätzlich kritisch gegenüber. Der AIA ist ein massiver Eingriff in die Privatsphäre und damit in das Grundrecht der persönlichen Freiheit. Der AIA widerspricht dem schweizerischen Verfassungsgrundsatz, nach dem zwischen Staat und Bürger der Grundsatz von Treu und Glaube zu beachten ist¹ und ist eine Einschränkung des Grundrechts auf Schutz der Privatsphäre². Stattdessen zwingt der vorgeschlagene AIA mit der Europäischen Union (EU) die Banken in eine Parteistellung zugunsten fremder Staaten und zu Lasten ihrer Kunden.
- 2) Die Schweiz ist am AIA aus steuerlichem Eigennutz nur wenig interessiert. Sie ist aber daran interessiert, mit den meisten Mitgliedsländern der EU eine faire Lösung zu finden, da die Länder der EU zu den wichtigsten Märkten der Schweizer Banken gehören. Entsprechend ist eine faire Lösung mit der Schweiz auch für viele EU-Länder aus steuerlicher Sicht von grösserer Bedeutung als mit vielen anderen Ländern. Für die Schweiz kann das einzige Motiv zur Einführung des AIA sein, die Interessen der eigenen Wirtschaft und des Finanzplatzes zu stärken und zu wahren.
- 3) Der Bundesrat präsentiert den Vorschlag zur Einführung des AIA mit den Ländern der EU in der Form eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens, obschon dies von der

¹ Art. 9 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand 14. Juni 2015), SR 101 (BV).

² Art. 13 BV.

Sache her kaum zu rechtfertigen ist³. Damit verbunden bringt er die Schweiz vertraglich in eine Lage, in der sie gegenüber den wichtigsten Nicht-EU-Konkurrenzländern massiv benachteiligt ist. Mit allen anderen wichtigen Ländern⁴ schliessen die einzelnen EU-Länder AIA-Vereinbarungen ab, nicht die EU als Ganzes. Verträge mit einzelnen Ländern bieten wesentliche und wertvolle Verhandlungsoptionen (z.B. über Marktzutrittsfragen), welche der Schweiz mit einem Gesamtvertrag mit der EU verschlossen bleiben würden. Ganz generell kann mit einzelnen Länderabkommen auf die Besonderheiten der Länder bezüglich der nachfolgend postulierten Beurteilungskriterien eingegangen werden (siehe unten Forderung Nr. 3).

II. Beurteilungskriterien

Aus Sicht des Finanzplatzes Schweiz sind für AIA-Abkommen Kriterien zu definieren, gemäss denen über die Wünschbarkeit und die Priorisierung von AIA-Vereinbarungen zu entscheiden ist. Die Kriterien sind:

- 1) **Faire Möglichkeiten zur Regularisierung** der Vergangenheit für bestehende Bankkunden nach Abschluss der Vereinbarung. Diese Forderung wird auch vom Gutachter Prof. Matteotti aufgestellt. Dies sei erforderlich zur Gewährleistung des Verhältnismässigkeitsprinzips⁵.
- 2) **Gewährleistung der Gleichstellung des Schweizer Finanzplatzes** mit anderen Ländern, insbesondere mit solchen mit starken Finanzplätzen. Es kann nicht sein, dass die Schweiz mit Ländern AIA-Vereinbarungen trifft, welche mit den Konkurrenzplätzen keine gleichwertigen Vereinbarungen abgeschlossen haben.
- 3) Bestehen **eines substantiellen Marktpotentials** für die schweizerischen Finanzinstitute und für andere Wirtschaftszweige im entsprechenden Land.
- 4) Gleichzeitig mit der Einführung des AIA muss ein **freier oder wenigstens verbesserter Marktzugang** für Schweizer Finanzdienstleister zum inländischen Markt des Vertragspartners verbunden sein. Auch diesbezüglich muss mindestens die Gleichstellung mit konkurrierenden Finanzplätzen sichergestellt sein.
- 5) **Gewährleistung der vom Bundesrat festgelegten Kriterien** von Reziprozität, Datenschutz, Spezialitätenprinzip und Gleichbehandlung bei der Kundenidentifikation. Diese Kriterien setzen einen funktionierenden und korruptionsfreien Rechtsstaat voraus. Prof. Matteotti verlangt an verschiedenen Stellen die Einhaltung des Ordre public⁶.

III. Zusammenfassung und Forderungen von alliancefinance

- 1) **Grundsatz:** Die Erfüllung der Steuerpflicht ist eine Sache zwischen dem Staat und dem Steuerpflichtigen. Staaten verfügen über die hoheitlichen Mittel, die Steuerpflichten beim Steuersubjekt durchzusetzen. Banken und andere Finanzintermediäre können nicht verantwortlich sein für die korrekte Deklaration, Bestimmung und Bezahlung der Steuern. Sie können den Staat jedoch durch direkte Information in der Feststellung und Durchsetzung unterstützen. Die Schweiz soll in den AIA-Verträgen mit den EU-Ländern nur so weit gehen, dass diese Forderung erfüllt ist.

³ Der Bundesrat schreibt dazu selbst, dass das Zinsbesteuerungsabkommen „umgestaltet und fast vollständig geändert“ wird. Zudem gilt das Zinsbesteuerungsabkommen für Grossbritannien und Österreich seit 2013 nicht mehr, es wurde ersetzt durch individuelle Abgeltungssteuerabkommen. Dieses Vorgehen erlaubt es der EU trotz ihrer erklärten Absicht, mit der Schweiz keine weitere bilaterale Abkommen mehr abzuschliessen ohne ein neues institutionelles Rahmenabkommen, faktisch ein neues bilaterales Abkommen zu vereinbaren, weil es so in ihrem Interesse ist.

⁴ Lediglich mit den vier Zwergstaaten Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco schliesst die EU für ihre Mitgliedstaaten Abkommen ab (vgl. Erläuternder Bericht, S. 5).

⁵ René Matteotti, Verfassungskonformität des automatischen Informationsaustauschs. Kurzgutachten im Auftrag des SIF, Zürich, 13. August 2015 (Fassung vom 2. September 2015), S. 18.

⁶ René Matteotti, S. 19.

- 2) Dementsprechend fordern wir bezüglich **Zielsetzung des AIA und Datenlieferung** folgendes: Der Bundesrat nannte im Erläuternden Bericht vom 14. Januar 2015⁷ als Zielsetzung des AIA eine Transparenz, die verhindern soll, „dass Steuersubstrat im Ausland vor dem Fiskus versteckt werden kann“. Wir erachten diese Zielsetzung als sinnvoll. Für die Erfüllung dieser Zielsetzung genügt es, wenn die Vertragsstaaten im Rahmen des AIA über die Existenz von Konten und Depots ihrer Steuerpflichtigen bei Banken im Ausland informiert werden. Dies erfordert lediglich die Übermittlung der Identifikationsinformationen und der Kontoinformationen, nicht dagegen der Finanzinformationen⁸. Alle weiteren Informationen kann der Staat auf Grund dieser Information direkt von seinen Steuerpflichtigen einfordern und durchsetzen. Bei Bedarf kann der Staat im Rahmen des „Informationsaustauschs auf Ersuchen“ weitere Informationen beschaffen. Der Vorschlag des Bundesrates geht weit über diese Forderung hinaus und bringt die Banken in eine Parteilstellung zu Lasten ihrer Kunden, welche von der Sache her unnötig ist.

Wir gehen davon aus, dass die Banken und Behörden einiger EU-Länder bis 2017/18 technisch und organisatorisch nicht in der Lage wären, die Finanzinformationen gemäss Art. 2 des Abkommens⁹ zu melden. Dagegen sollte es möglich sein, dass die Banken aller EU-Vertragsländer die Identifikations- und die Kontoinformationen fristgerecht bereitstellen können. Das Gleiche dürfte gelten für die Steuerverwaltungen der liefernden und empfangenden EU-Länder. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den internationalen Regeln, welche neben dem Konstrukt „Amtshilfeübereinkommen – MCAA – bilaterale Aktivierung“ den flexibleren Weg mittels bilateralen Staatsverträgen vorsehen.

- 3) **Verträge mit einzelnen EU-Ländern:** Wir fordern, dass die Schweiz wie alle anderen wichtigen Nicht-EU-Staaten mit den einzelnen EU-Ländern AIA-Vereinbarungen abschliessen, nicht mit der EU als Ganzes. Dabei soll der Weg über bilaterale Staatsverträge (AIA Modell 1) gewählt werden. Dies hat in verschiedenen Belangen gewichtige Vorteile für die Schweiz, aber auch für einen Teil der EU-Länder. Die einzelnen Staatsverträge sind gezielt auf die Einhaltung der genannten fünf Beurteilungskriterien auszurichten.

Matteotti fordert in seinem Gutachten, dass bezüglich der Verhältnismässigkeit bei der Aktivierung des AIA mit den Vertragsstaaten auf die Situation in den einzelnen Staaten einzugehen sei¹⁰. Diese Aussage bezieht sich auf den AIA gemäss Modell 2. Beim vorgeschlagenen Abkommen (Modell 1, mit EU insgesamt) ist diese Forderung nicht erfüllbar. Das führt zwingend zu Abkommen mit den einzelnen Ländern, nicht mit der EU insgesamt. Zur gleichen Konklusion gelangt man bei der Forderung Matteotti's, dass wenn sich die Verhältnisse ändern, sodass die Verhältnismässigkeit des AIA in Bezug auf einen Staat verneint werden muss, die Schweiz nicht darum herum kommen wird, den AIA gegenüber diesem Staat zu beenden¹¹. Zudem weist Matteotti darauf hin, dass bei Nichtbefolgung seiner Empfehlung das Risiko besteht, dass „bei einer Übermittlung der Daten eine Verletzung des Ordre public droht. Es stellt sich in diesem Fall die Frage, ob sich die betroffene Person [der Bankkunde] hinreichend zur Wehr setzen kann“¹².

⁷ Erläuternder Bericht zur multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu einem Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen, 14. Januar 2015, S. 3.

⁸ Vgl. Erläuternder Bericht zu Art. 2 des Abkommens, S. 12f.

⁹ Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind, Art. 2, Abs. (2), Bst. d) bis g), S. 10.

¹⁰ René Matteotti, S. 17 – 19, 22.

¹¹ René Matteotti, S. 18.

¹² René Matteotti, S. 19.

- 4) Besonderes Gewicht ist bei den einzelnen Staatsverträgen dem Thema „**freier Marktzugang**“ zu geben. Die EU ist nicht willens und nicht in der Lage, der Schweiz für ihr Gebiet den freien Marktzugang zu gewähren. Marktzugangsfragen für die grenzüberschreitende Erbringung von Finanzdienstleistungen fallen weitgehend in die Kompetenz der einzelnen EU-Länder, insbesondere auch im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Aspekten.
- 5) Die Schweiz soll und darf den AIA nach dem **Grundsatz der Reziprozität** nur mit Ländern vereinbaren, welche den AIA gleichzeitig und vollständig in gleicher Qualität wie die Schweiz realisieren können und dies auch wollen. Zudem soll die Schweiz im Sinne der Reziprozität nur mit EU-Ländern AIA-Vereinbarungen abschliessen, welche auch mit Drittländern, mit denen die Schweiz solche Abkommen vereinbart, AIA-Verträge abschliesst. Es muss vermieden werden, dass die Schweiz den AIA mit Staaten einführt, mit welchen die Konkurrenzfinanzplätze keinen AIA vereinbart haben. Da die Voraussetzungen bezüglich der Reziprozität und der Erfüllung der Beurteilungskriterien in verschiedenen EU-Ländern sehr unterschiedlich sind, ist eine zeitliche Priorisierung der einzelnen Vertragsverhandlungen vorzunehmen. Eine zeitliche Vorleistung der Schweiz darf dabei nicht stattfinden.
- 6) Einige EU-Länder erfüllen die **rechtlichen und politischen Voraussetzungen** für den AIA nicht, insbesondere bezüglich Korruption und Geheimhaltung. Das gilt bezüglich der **Korruption** des öffentlichen Sektors insbesondere für Italien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien. Diese vier EU-Länder erreichen im Corruption Perception Index lediglich einen Wert von 43 Punkten und figurieren mit Senegal und Swasiland weltweit im 69. Rang¹³. Sie erfüllen damit die Voraussetzungen als AIA-Partner der Schweiz nicht, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass korrupte Steuerbeamte die AIA-Informationen missbrauchen.

Zur Frage der **Geheimhaltung** und des **Datenschutzes** soll die Schweiz nur mit EU-Ländern AIA-Vereinbarungen treffen, welche im Peer Review des Global Forum bezüglich Geheimhaltung die Qualifikationen „compliant“ erhalten haben. In der schweizerischen Bankbranche herrscht eine gewisse Skepsis bezüglich der praktischen Handhabung der Datenschutzregeln in einzelnen EU-Staaten. Die Banken widersprechen damit implizit der Aussage des Bundesrates, der Datenschutz werde „in der EU und in der Schweiz grundsätzlich als gleichwertig angesehen“¹⁴. Diesen Umständen ist in der Priorisierung der Abkommen Rechnung zu tragen. Zudem muss sich die Schweiz das Recht ausbedingen, bei erheblicher Verletzung der Geheimhaltungs- und Datenschutzvorschriften den AIA mit dem entsprechenden Land auszusetzen.

Auch bezüglich des **Spezialitätenprinzips** soll sich die Schweiz bei erheblichen Verstössen das Recht ausbedingen, den AIA mit dem entsprechenden Land auszusetzen.

Bezüglich der **Regularisierung der Vergangenheit** bietet Griechenland bis anhin keine akzeptable Lösung. Damit ist ein AIA-Abkommen mit Griechenland auch aus diesem Grunde derzeit nicht vertretbar.

- 7) Wir halten die vorgesehenen **Sorgfaltspflichten** der meldenden Banken für weit übertrieben. Sie führen zu hohen **Kosten** und können das Geschäft insbesondere für kleinere und mittlere Institute unrentabel machen. Damit besteht das reale Risiko, dass kleinere Institute, die ohnehin unter hohem regulatorischen Kostendruck stehen, das Bankgeschäft nicht mehr kostendeckend betreiben können. Bei den AIA-Meldungen geht es lediglich darum, dass „Steuersubstrat im Ausland vor dem Fiskus nicht versteckt werden kann“. Die Sorgfaltspflichten weisen aber darauf hin, dass die meldenden Banken praktisch für die Richtigkeit der Steuererklärung des Kunden verantwortlich

¹³ <http://www.transparency.org/research/cpi/overview>. Die Schweiz belegt 2014 mit 86 Punkten den 5. Rang.

¹⁴ Erläuternder Bericht, S. 15.

gemacht werden sollen. Dies ist weder aus praktischen noch aus ordnungspolitischen Gründen vertretbar.

- 7) **Die unabhängigen Vermögensverwalter (UVV) dürfen dem AIA nicht unterstellt werden.** Der Erläuternde Bericht äussert sich nicht zum Begriff der **meldepflichtigen Finanzinstitute**, und damit auch nicht zur Frage der Unterstellung der UVV unter das AIA-Regime. Gemäss Anhang I, Abschnitt VIII des Änderungsprotokolls¹⁵ wären die UVV den „Investmentunternehmen“ zuzurechnen, welche „gewerblich individuelle und kollektive Vermögensverwaltung“ betreiben. Damit wären UVV „meldende Finanzinstitute“. Schweizerische UVV dürfen aber weder Konten noch Depots führen. Die AIA-Meldungen ihrer Kundenkonten und –depots erfolgen zwangsweise immer durch die konto- und depotführenden Banken („Einlageninstitute“ oder „Verwahrinstitute“) und zwar sowohl im Falle der Konto- und Depotführung durch Finanzinstitute in der Schweiz, als auch solche in anderen Ländern. Bei einer Meldung durch die UVV würde die Meldung somit doppelt erfolgen. Doppelte Meldungen müssen vermieden werden. Dies kann sowohl für Bankbeziehungen in der Schweiz wie für solche bei Banken im Ausland nur dadurch sichergestellt werden, dass die Meldungen einzig von den Banken vorgenommen werden.

Im Übrigen widerspricht die Unterstellung der UVV unter den AIA dem Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), welches am 16. September 2015 vom Nationalrat behandelt wurde. In der dazugehörigen Botschaft ist festgehalten, dass - in Anlehnung an das FATCA-Abkommen- Anlageberater und Vermögensverwalter keine Konten führen können, weshalb sie nicht in den Anwendungsbereich der Beilage zum MCAA fallen¹⁶. Solche Widersprüche führen zu Rechtsunsicherheit und sind daher zu vermeiden. Wir fordern den Bundesrat dazu auf, eine klare Präzisierung vorzunehmen und die UVV vom vorliegenden Abkommen mit der EU auszunehmen.

Wir bedanken uns für die entgegengebrachte Aufmerksamkeit und die Berücksichtigung unserer Anliegen und Positionen.

Mit freundlichen Grüssen

alliancefinance



Dr. Arthur Loepfe
Präsident



Prof. Dr. Hans Geiger
Vorstandsmitglied



lic. iur. Tamara Lauber
Geschäftsführerin

¹⁵ Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind, S. 53.

¹⁶ Botschaft zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu ihrer Umsetzung (Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen), 5483.



Staatssekretariat für
internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schweizerischer Pensionskassenverband
Association suisse des Institutions de prévoyance
Associazione svizzera delle Istituzioni di previdenza
Kreuzstrasse 26
8008 Zürich

Telefon 043 243 74 15/16
Telefax 043 243 74 17
E-Mail info@asip.ch
Website www.asip.ch

Zürich, 11. September 2015

Vernehmlassung zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir nachfolgend zur Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU Stellung.

Wie bereits in unserer Vernehmlassungsantwort zum Übereinkommen der OECD und des Europarats über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zum Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz, inkl. das Multilateral Competent Authority Agreement [MCAA]) vom 20. April 2015 dargelegt, begrüsst der ASIP, dass die Schweizer Vorsorgeeinrichtungen gemäss dem Änderungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind (S. 55f., 59-61), als „nicht meldende Finanzinstitute“, d.h. als „Altersvorsorgefonds mit breiter Beteiligung“, „Altersvorsorgefonds mit geringer Beteiligung“ und „Pensionsfonds eines staatlichen Rechtsträgers“ vom automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) ausgenommen sind (Übernahme des reziproken AIA nach dem globalen Standard der OECD).

Es gilt, in Erinnerung zu rufen, dass **sämtliche schweizerischen Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, die Vorsorgeeinrichtungen, die Freizügigkeits-, Wohlfahrts-, Finanzierungs- und Anlagestiftungen, steuerbefreit sind und kein Instrument darstellen, sich der Steuerpflicht zu entziehen, da deren Steuerbefreiung an strenge gesetzliche Voraussetzungen gebunden ist** (Art. 1 Abs. 3 i.V.m. Art. 49 Abs. 2 Ziff. 1 BVG/Art. 89a Abs. 6 Ziff. 1 ZGB; Art. 1-1h BVV 2; Art. 80 Abs. 1 und 2 BVG)..

Wir danken Ihnen für die Beachtung unserer Hinweise und ersuchen Sie, unsere Position im bereinigten Gesetzesentwurf zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

ASIP

Schweizerischer Pensionskassenverband

Handwritten signature of Christoph Ryter in black ink.

Christoph Ryter
Präsident

Handwritten signature of Hanspeter Konrad in black ink.

Hanspeter Konrad
Direktor

Consultazione concernente l'Approvazione di un protocollo che modifica l'Accordo sulla fiscalità del risparmio tra la Svizzera e l'UE

Lugano, 10.09.2015

Gentili Signore, Egregi Signori,

Con la presente formuliamo entro il termine scadente il 17 settembre 2015 le nostre osservazioni nell'ambito della consultazione menzionata a margine.

Come già rilevato nell'ambito della consultazione relativa all'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e Legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale (LSAI), siamo dell'opinione che anche in questo Accordo manchi l'espressione chiara di un principio volto ad assicurare che lo scambio di informazioni automatico sia introdotto contemporaneamente anche nelle piazze finanziarie concorrenti di quella Svizzera. In effetti, nelle informazioni diffuse prima della firma dell'Accordo multilaterale, le autorità federali avevano assicurato che un'introduzione contemporanea di questo regime nelle altre piazze finanziarie avrebbe permesso di evitare uno svantaggio a detrimento del nostro paese. Questa contemporaneità impedirebbe infatti ai soggetti fiscali non in regola di spostare i propri averi in altri paesi non ancora collaborativi.

Ciò che a nostro avviso deve essere rilevante in un regime di scambio automatico non è tanto la reciprocità con uno Stato terzo, ma soprattutto che le altre piazze concorrenti al di fuori dell'UE applichino anche loro le stesse regole. Ad esempio, rilevante nel caso di fornitura di dati non è tanto la reciprocità nel senso di ricevere informazioni da uno Stato UE, quanto la certezza che un soggetto fiscale non possa eludere il sistema spostando i suoi averi dalla Svizzera in un altro Stato che non partecipa al sistema di scambio di informazioni. Una simile possibilità avrebbe evidenti effetti nefasti per la nostra piazza. Questo aspetto va quindi considerato e indicato esplicitamente nelle regole che stipuleremo con l'UE.

Con i migliori saluti,

Luca Albertoni

Direttore Cc-Ti

Telefono: 0919115111

E-mail: albertoni@cc-ti.ch

Département fédéral des finances
Madame Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Berne
Catherine.chammartin@sif.admin.ch
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Paudex, le 14 septembre 2015
SHR/emg

Concerne : Consultation fédérale – Protocole d'amendement de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'Union européenne

Madame,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur l'objet mentionné en titre et vous transmettons ci-après notre prise de position.

Depuis 2013, le groupe du G20 a décidé d'intensifier la lutte contre la soustraction d'impôts et de remplacer le standard international de l'échange à la demande par la norme EAR – l'échange automatique de renseignements. Dans ce contexte, le Conseil fédéral a franchi ce printemps une étape concrète vers la transparence fiscale, en proposant de reprendre les standards de l'OCDE et plus particulièrement de signer l'accord multilatéral entre autorités compétentes (MCAA) qui codifie les principes de l'échange automatique de renseignements (EAR).

Le Centre Patronal ne s'était alors pas opposé à cette évolution, constatant que la Suisse et sa place financière n'ont aujourd'hui pas vraiment d'autre solution que de suivre la tendance et de reprendre la norme EAR même si elle n'est pas parfaite et qu'elle coûtera entre 300 et 600 millions aux banques (soit 3 à 15 millions par institution). Parallèlement, force est de constater que le type particulier d'accord bilatéral qu'avait développé la Suisse (accord « Rubik ») pour préserver un modèle d'affaires basé sur un impôt libérateur et la confidentialité a été mis en échec.

Dans ce contexte, il paraît logique que la Suisse ait entamé des négociations avec l'UE en vue de remplacer l'accord sur la fiscalité de l'épargne par le standard OCDE, ce qui permettrait de satisfaire tous les membres de l'UE en même temps et d'éviter de mener de front 28 négociations différentes. Par ailleurs, dans la perspective de l'introduction généralisée de l'EAR, l'accord avec l'UE, partenaire commercial principal de la Suisse, est dans l'intérêt de notre pays.

L'accord EAR avec l'UE prévoit que l'échange automatique de renseignements réciproque selon la norme internationale de l'OCDE. Bien que, sur certains points, l'UE eut souhaité aller au-delà de cette norme, la Suisse a obtenu qu'elle soit reprise dans l'accord sans dérogation.

Autre point positif, la Suisse a réussi à préserver le maintien des avantages fiscaux annexes de l'accord sur la fiscalité de l'épargne, à savoir l'exonération de l'impôt à la source des versements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées. Une mesure qui est dans l'intérêt de l'économie suisse.

Néanmoins, s'il est logique que la Suisse et l'UE appliquent désormais l'échange automatique de renseignements, nous regrettons que la Suisse n'ait pas obtenu de contrepartie, en particulier que cet accord ne prévoie aucune disposition relative à l'accès au marché européen ou au règlement du passé. Seuls des entretiens exploratoires visant à établir l'opportunité et la faisabilité d'un accord sur les services financiers ont été menés. Ces efforts sont méritoires mais restent insuffisants. Il est d'importance stratégique d'améliorer l'accès au marché étranger et de bénéficier dans ce contexte d'une sécurité juridique suffisante. En effet, une grande partie des clients – notamment des banques privées – sont domiciliés à l'étranger et dans l'UE. Pour les servir, il est primordial de pouvoir les atteindre sur place. Dès lors, il importe de négocier sans plus tarder les accords avec les principaux marchés nationaux, mais à terme, seul un accord sur la libre circulation des services financiers avec l'UE offrira la sécurité juridique indispensable. Il ne sera toutefois pas possible avant la résolution, au préalable, des autres dossiers bilatéraux politiquement prioritaires que sont la libre circulation des personnes et les questions institutionnelles.

Relevons également que si l'accord avec l'UE respecte les critères minimaux définis par le Conseil fédéral (existence d'une seule et unique norme de référence ; respect du principe de la spécialité ; protection suffisante des données au plan juridique et technique ; réciprocité ; règles identiques pour tous concernant l'identification des ayants-droit économiques, y compris pour les trusts et les sociétés de domicile), force est de constater que la question de la régularisation du passé n'est pas réglée de manière satisfaisante. En effet, cette question a certes été réglée avec les principaux Etats membres de l'UE (notamment l'Allemagne et l'Italie) mais il persiste certains Etats, comme la Grèce, avec laquelle il n'y a pas encore de vraie solution. D'autres pays, comme le Luxembourg, l'Estonie ou la Croatie n'offrent aucune possibilité de régularisation.

Par ailleurs, comme le souligne le récent avis de droit du Professeur René Matteotti, une attention particulière devra être accordée à la sécurité juridique lors de la mise en œuvre de l'EAR. La Suisse devra ainsi vérifier que l'EAR n'intervient qu'avec les Etats partenaires qui satisfont aux standards minimaux en matière de protection des données à la hauteur des exigences du droit constitutionnel suisse. Si un Etat ne garantit pas ces minimas, la Suisse devra alors mettre fin à l'EAR avec cet Etat. S'agissant des 28 Etats membres de l'UE, il n'est pas impossible que certains soient jugés comme insuffisants lors de l'examen par le Forum mondial.

Enfin, il est aussi regrettable que l'accord avec l'UE reprenne le standard de l'échange à la demande, en l'étendant à tous les impôts, alors que plusieurs conventions de double imposition (CDI) avec des pays européens ainsi que la convention multilatérale du Conseil de l'Europe et de l'OCDE (MCAA) limite l'échange sur demande aux impôts sur le revenu et sur la fortune. Le seul pays qui ne bénéficie pas du standard OCDE avec la Suisse est la Lettonie, qui pourrait adhérer à la convention précitée, comme tous les autres pays de l'Union européenne.

Au vu de ce qui précède, si, sur le principe, nous pouvons entrer en matière sur la révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE, nous subordonnons notre accord à la prise en considération des remarques ci-dessus dans la poursuite des discussions et la mise en œuvre de l'accord. En particulier, les questions d'accès au marché, de la régularisation du passé et de la protection des données doivent être suivies avec attention.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Madame, à l'expression de notre considération distinguée.

Fédération patronale vaudoise



Sandrine Hanhardt Redondo

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

E-Mail Adresse: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 16. September 2015

Vernehmlassungsverfahren betreffend Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU (Frist: 17. September 2015): Stellungnahme von EXPERTsuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das Schreiben von Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Herrn Bundesrat Didier Burkhalter vom 27. Mai 2015 betreffend das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit, zum erarbeiteten Änderungsprotokoll Stellung nehmen zu können.

Die EXPERTsuisse (ehemals Treuhand-Kammer) unterstützt die Genehmigung des Änderungsprotokolls betreffend das Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Besonders zu begrüßen ist dabei, dass die Bestimmung betreffend die Quellensteuerbefreiung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen (unverändert) aus dem bestehenden Abkommen übernommen worden ist. Wir bedauern allerdings, dass die Chance zur Übernahme der (bereits vor Jahren) in der EU-Mutter-Tochter-Richtlinie vorgenommenen Erweiterung des Anwendungsbereichs, namentlich die Absenkung des Beteiligungsschwellenwerts für die Befreiung von Quellensteuern auf Dividenden, nicht wahrgenommen wurde.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen zu dienen.

Freundliche Grüsse

EXPERTsuisse



Dr. Markus R. Neuhaus

Präsident Fachgruppe Steuern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

**Secrétariat d'Etat aux questions
financières internationales SIF**
Mme Catherine Chammartin &
M. Simon Ansgar
Bundesgasse 3
3003 Berne

Genève, le 16 septembre 2015
3414/TE - FER no 40-2015

Approbation d'un protocole d'amendement de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE

Madame, Monsieur,

Nous nous permettons de vous faire parvenir ci-après notre prise de position concernant le protocole d'amendement de l'accord du 26 octobre 2004 entre la Suisse et l'Union européenne (UE) sur la fiscalité de l'épargne. Sur le plan matériel, ce protocole transforme, en le modifiant presque intégralement, l'accord existant sur la fiscalité de l'épargne en un accord relatif à l'échange automatique de renseignements en matière fiscale (norme EAR) avec l'UE.

La FER n'a pas d'opposition à formuler à ce protocole d'amendement qui permettra d'ici 3 ans à la Suisse de pratiquer l'EAR avec les 28 Etats membres de l'UE. Dans ses deux prises de position datant du 21 avril 2015, l'une relative à la Convention de l'OCDE et du Conseil de l'Europe concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale et modification de la loi sur l'assistance administrative fiscale (LAAF) et l'autre relative à l'Accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA)) et la Loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR), la FER avait validé la stratégie du Conseil fédéral concernant l'adoption de la norme EAR. Cette nouvelle norme permettra de lutter contre la soustraction d'impôt sur le plan international. Jusqu'à présent, une centaine de pays, dont tous les centres financiers majeurs, se sont déclarés prêts à reprendre cette norme.

Suite à la crise financière, la lutte contre la soustraction fiscale transfrontalière à l'échelle mondiale est devenue l'un des grands sujets de préoccupations des Etats. En juillet 2014, le Conseil de l'OCDE a adopté la norme globale d'EAR en matière fiscale au niveau international. La Suisse a activement collaboré à l'élaboration de cette norme. Celle-ci devait notamment remplir des exigences élevées en matière de protection des données, du respect du principe de spécialité et garantir la réciprocité. Il était également important qu'elle fixe des règles claires d'identification des ayant-droits économiques de toutes les structures juridiques, trusts et sociétés de domicile comprises.

Au vu des considérations qui précèdent, l'introduction de l'EAR réciproque entre la Suisse et l'UE s'inscrit en toute logique dans la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive, stable et intègre, régie par des conditions-cadres acceptées sur le plan international. L'accord EAR avec l'UE entrera en vigueur le 1er janvier 2017, sous réserves des conditions d'approbation. Les premières données pourront être échangées à partir de 2018. Ainsi la Suisse respectera les engagements qu'elle a pris au Forum mondial en 2014.

L'accord révisé prévoit l'EAR réciproque conformément à la norme internationale OCDE, mais aussi l'échange de renseignements *sur demande* (art 5.) conformément à la norme OCDE en vigueur (art 26 du Modèle de Convention fiscale OCDE). Sur ce point, l'accord contient une déclaration unilatérale de la Suisse qui précise qu'elle ne fournira pas d'assistance administrative si la requête est fondée sur des données obtenues illégalement. La FER est satisfaite de voir cet élément ancré dans une déclaration.

Relevons également que le fait que la disposition concernant l'exonération de l'imposition à la source des paiements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées ait été reprise telle quelle de l'accord sur la fiscalité de l'épargne est un élément très positif car dans l'intérêt de la place économique suisse.

Mentionnons enfin que le mandat du Conseil fédéral pour négocier cet accord comprenait également l'amélioration de l'accès des intermédiaires financiers au marché de l'espace européen. Les négociateurs de l'UE n'ont pourtant pas cédé sur cette question, faisant dépendre leur entrée en matière sur ce sujet à la résolution du problème de la libre circulation des personnes. La FER constate ici avec regret l'impact négatif engendré par l'acceptation de l'initiative contre l'immigration de masse le 9 février 2014, sur le résultat global des négociations en cours avec l'UE. Sans solution globale, en particulier sur la libre circulation des personnes, un accord sectoriel sur les services financiers paraît hélas fort compromis.

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à notre réponse, nous vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Blaise Matthey
Secrétaire général

Delphine Trunde-Jaccard
Directrice adjointe politique générale
FER Genève

A chi di dovere

Vezia, 10 settembre 2015

Egregi Signori / Gentili Signore,

in allegato vi trasmettiamo la presa di posizione da parte della Federazione Ticinese delle Associazioni di Fiduciari (FTAF), sull'approvazione del protocollo di modifica dell'Accordo sulla fiscalità del risparmio tra la Svizzera e l'UE, con preghiera di volerne prendere debita nota.

Ringraziandovi anticipatamente per l'attenzione che vorrete dare al nostro scritto vi porgiamo i nostri più cordiali saluti.

Cristina Maderni

Presidente FTAF

Fabrizio Ruscitti

Presidente Commissione Leggi (FTAF)

Consultazione FTAF relativa all'Accordo tra la Svizzera e l'Unione Europea di revisione dell'Accordo sulla fiscalità del risparmio

Premessa

La FTAF raggruppa tutte le fiduciarie attive nel Cantone Ticino: quindi, le fiduciarie attive nell'ambito della gestione patrimoniale (fiduciari finanziari secondo la legge cantonale sui fiduciari), le fiduciarie attive nell'ambito della consulenza fiscale, commerciale e amministrativa, nonché nella tenuta della contabilità, ed in attività di amministrazione e di detenzione fiduciaria di valori patrimoniali (i fiduciari commercialisti), e, infine, i fiduciari immobiliari. Il settore fiduciario costituisce, in termini di occupazione (con circa 6'000 impiegati) nonché di creazione di valore aggiunto, un ramo estremamente importante nell'economia del cantone Ticino, tale settore vanta inoltre una solida tradizione imprenditoriale in un contesto, quello della piazza finanziaria ticinese, dominato da gruppi bancari con sede fuori cantone e/o da gruppi bancari esteri. I due avamprogetti di legge posti in consultazione dal Consiglio federale avrebbero un impatto assai rilevante sul settore fiduciario nel cantone Ticino. Si chiede quindi rispettosamente al Governo federale di prendere in adeguata considerazione le osservazioni che seguono.

1. Un accordo superfluo dal profilo dell'adempimento dello standard dell'OCSE

Lo standard dell'OCSE si compone di due pilastri, il primo, quello attualmente oggetto di monitoraggio, si riferisce allo scambio di informazioni su richiesta; il secondo pilastro è invece rivolto verso il futuro, si integra con il primo, ed attiene alla norma sullo scambio automatico delle informazioni.

Quanto al primo versante di collaborazione, cioè allo scambio di informazioni su richiesta, la sottoscrizione di una nuova clausola di assistenza su richiesta con l'Unione Europea non modifica i rapporti tra la Svizzera e la più parte dei paesi membri della stessa Unione Europea con i quali la Svizzera ha sottoscritto delle convenzioni di doppia imposizione che prevedono una clausola di scambio delle informazioni su richiesta secondo il parametro dell'OCSE. In proposito, **la Svizzera ha infatti recentemente passato la prima fase di esame del Global Forum dell'OCSE. Nulla aggiunge quindi in proposito, da un profilo materiale, la sottoscrizione di un Accordo regionale con l'Unione Europea**, posto come **lo standard dell'OCSE sullo scambio di informazioni su richiesta secondo il modello dell'art. 26 del modello di convenzione dell'OCSE è comunque adempiuto da parte della Svizzera.**

Per quanto attiene l'adesione alla norma dell'OCSE sullo scambio automatico delle informazioni emanata nel 2014, **la Svizzera già ha formulato una dichiarazione di principio** volta a manifestare la volontà di implementare tale norma in modo tale da potere attuare, a partire dal 2018, uno scambio automatico. Non solo, **la Svizzera ha già messo in atto in proposito gli strumenti necessari, perseguendo quello che viene denominato il modello 2, mediante quindi la conclusione della convenzione multilaterale dell'OCSE e del Consiglio d'Europa, su cui si impernia, secondo l'art. 6 della stessa convenzione, l'accordo MCAA nonché la legge interna di esecuzione.** La FTAF già ha avuto modo, con la presa di posizione relativa all'avamprogetto sulla convenzione dell'OCSE del Consiglio d'Europa, di criticare il fatto che la stessa, nel suo protocollo più recente aggiornato al 2010, ancora non è stata ratificata da numerosi centri finanziari, così come (ancora) da molti stati (inclusi gli Stati Uniti) non è stato sottoscritto l'MCAA.

La FTAF ha quindi espresso l'opinione che la ratifica di tali strumenti internazionali è, a questo stadio, prematura. E' in ogni caso inutile in proposito la conclusione di un accordo regionale con l'Unione Europea. Se il Consiglio federale ha deciso di implementare la norma sullo scambio automatico delle informazioni attraverso il cosiddetto modello 2 (ratifica della convenzione multilaterale OCSE / Consiglio d'Europa, dell'accordo MCAA, e quindi attivazione bilaterale degli stati con cui si introduce lo scambio automatico) non si capisce perché, simultaneamente, tale norma sullo scambio automatico debba essere introdotta anche nella forma di un accordo bilaterale con l'Unione Europea. È in ogni caso innegabile che lo standard dell'OCSE non prescrive l'implementazione della norma sullo scambio automatico mediante la conclusione di un accordo con l'UE. La simultanea implementazione della norma sullo scambio automatico tanto mediante il modello 1 che il mediante il modello 2 rivela in realtà un eccesso di zelo da parte del Governo, allorquando altri Stati (tra i quali gli Stati Uniti) non si sono impegnati per il momento mediante nessuno strumento giuridico, né secondo il modello 1 e nemmeno secondo il modello 2.

Ne consegue quindi che la conclusione di un accordo unilaterale con l'Unione Europea è inutile dal profilo dell'implementazione dello standard dell'OCSE, tanto con riferimento allo scambio di informazioni su richiesta che allo scambio automatico.

2. Lesione del principio della equità della concorrenza internazionale (*level playing field*)

Il Governo federale, nel giugno 2013 ha annunciato una svolta della sua politica in materia di assistenza amministrativa aderendo allo scambio automatico delle informazioni alla condizione che tale norma venisse implementata universalmente in modo tale da non creare squilibri tra le condizioni regolamentari dei diversi centri finanziari. Questa condizione era stata sottolineata anche in precedenza dal Governo federale con riferimento alle proposte di revisione della direttiva sulla fiscalità del risparmio: in proposito, lo stesso Governo sottolineava l'esigenza di coinvolgere non solo gli stati europei (Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino) che avevano concluso accordi simili a quello sottoscritto dalla Svizzera sulla fiscalità del risparmio, ma anche di estendere l'applicazione di misure equivalenti ad altri centri finanziari internazionali, Stati Uniti, Singapore, Bahamas, Uruguay, Hong Kong, Emirati Arabi Uniti, ecc.. Tali principi, che concretizzano il criterio del *level playing field*, sono in realtà largamente riconosciuti nella comunità internazionale, e nelle stesse istituzioni dell'Unione Europea. Essi sono però completamente disattesi dalla decisione del Consiglio federale di concludere, in via solitaria, un accordo di collaborazione fiscale con l'Unione europea. La Svizzera è infatti, in proposito, completamente sola sul piano internazionale, come autentico cavaliere bianco solitario. Nessun accordo analogo viene infatti concluso, ad esempio, con Stati Uniti, Cina, Bahamas, Uruguay, Singapore, Emirati Arabi Uniti, ecc.. Perfino gli stessi microstati europei che avevano a suo tempo concluso accordi sulla fiscalità del risparmio analoghi a quelli con la Svizzera sono per il momento ai margini. **La conclusione dell'accordo con l'Unione europea in consultazione viola quindi in maniera palese il principio dell'equità della concorrenza internazionale che lo stesso Consiglio federale si era posto come obiettivo nell'ambito della sua svolta verso lo scambio automatico delle informazioni a partire dal 2013.**

3. Un accordo controproducente da un profilo negoziale e della reciprocità degli interessi in gioco

La svolta del 2013 del Consiglio federale verso lo scambio automatico delle informazioni era stata condizionata all'esigenza di ottenere, in contropartita, dei vantaggi competitivi, in particolare in termini di accesso per i prestatori di servizi finanziari svizzeri in maniera transfrontaliera al mercato interno dell'Unione europea e dei suoi singoli stati membri. La Svizzera, infatti, rinunciava alla tutela della sfera privata che aveva contraddistinto, da un profilo regolamentare, il suo modello di private banking transfrontaliero, ed otteneva, in cambio, un pieno accesso ai mercati esteri. Un simile equilibrio si giustificava non solo in termini di bilanciamento tra vantaggi e svantaggi competitivi, ma anche da un profilo più squisitamente giuridico in ottica di vigilanza bancaria. Infatti, dal momento che la prassi svizzera degli istituti finanziari in materia di trasparenza fiscale e di scambio delle informazioni andava ad adeguarsi perfettamente rispetto a quella degli altri stati membri dell'Unione europea non vi era più nessuna ragione per discriminare i prestatori di servizi finanziari svizzeri rispetto a quelli dell'Unione europea. L'esigenza dell'accesso al mercato interno dell'Unione europea si rivelava particolarmente utile per preservare opportunità di lavoro e di creazione di valore aggiunto sul territorio svizzero. Purtroppo, **nulla ha ottenuto in proposito il Consiglio federale. Le richieste dell'Unione europea di ancorare l'accesso ai mercati alle questioni sulla libera circolazione delle persone, già decise dal sovrano svizzero, sono in proposito inaccettabili.** Debole, da un profilo giuridico, è anche l'argomento a cui fa riferimento il rapporto esplicativo portato dalla Commissione europea secondo cui la conclusione di un accordo sulla revisione dell'accordo sulla fiscalità del risparmio è un passo obbligato nell'implementazione della norma dell'OCSE sullo scambio automatico delle informazioni. Come visto, **altre sono le vie percorribili, e peraltro già percorse dal Consiglio federale, in proposito, senza necessità di dovere concludere un accordo regionale con l'Unione europea.** Una prospettiva regionale è accettabile solo se la Svizzera ottiene, in contropartita, vantaggi concreti. La **prospettiva di sacrificio unilaterale** proposta dal Consiglio federale deve quindi essere recisamente rigettata.

4. Restano le lacune della norma OCSE sullo scambio automatico

La norma OCSE sullo scambio automatico delle informazioni presenta diverse lacune, che restano irrisolte anche nell'accordo con l'Unione europea. Due su tutte. **Non vengono definiti concretamente gli istituti finanziari che dovranno farsi carico dell'onere dello scambio automatico delle informazioni, con la conseguenza che il loro statuto resterà incerto. Non vengono – in contrasto con le esigenze costituzionali che tutelano il diritto all'accesso al giudice - definite le autorità giudiziali di ricorso che consentano ai contribuenti esteri toccati dallo scambio automatico di far dirimere giudizialmente dubbi relativi al loro assoggettamento,** nel caso, ad esempio, di dubbi sulla residenza di clienti degli istituti finanziari.

5. No alla messa in discussione del segreto bancario sul piano interno

L'accordo con l'Unione europea prevede **un flusso bidirezionale delle informazioni** con riferimento allo scambio automatico. E' quindi chiaro che sarebbero toccati anche contribuenti svizzeri con conti all'estero. In proposito, deve essere ultimato l'iter di discussione interna sul segreto bancario, in particolare anche mediante il voto popolare sull'iniziativa costituzionale sulla tutela della sfera privata. E' quindi inaccettabile che, prima che il popolo si sia pronunciato, per effetto di un accordo internazionale, si svuoti di sostanza il segreto bancario interno in materia fiscale per contribuenti con conti in Stati membri dell'UE.

6. Conclusione

L'accordo comporta un significativo onere per gli istituti finanziari svizzeri, ed in particolare per il settore fiduciario, senza aprire nessuna nuova prospettiva commerciale. Si chiede quindi al Consiglio federale, a salvaguardia delle esigenze di competitività del settore fiduciario svizzero e della necessità di preservare opportunità occupazionali e creazione di valore aggiunto sul territorio svizzero (ed in particolare su quello ticinese), di sospendere il processo di ratifica dell'accordo con l'Unione europea.

X

Frau Bundesrätin
 Eveline Widmer-Schlumpf
 Vorsteherin EFD
 Bernerhof
 3003 Bern

GS / EFD		
+	- 7. Juli 2015	+
Reg.-Nr.		

Bern, 6. Juli 2015

Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 27. Mai 2015 haben Sie bei den Kantonsregierungen und weiteren interessierten Kreisen das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU eröffnet.

Die Plenarversammlung der KdK hatte am 26. September 2014 zum entsprechenden Entwurf eines Verhandlungsmandats Stellung genommen. Die Kantonsregierungen stimmten dem damals vom Bundesrat vorgeschlagenen Mandat zu, brachten aber gleichzeitig ihre Erwartung zum Ausdruck, vom Bundesrat in die Verhandlungen mit der EU einbezogen zu werden.

Dem in der Folge verschiedentlich wiederholten Anliegen der Kantone auf Einbezug in die Verhandlungen wurde seitens der hierfür zuständigen Bundesstellen keine Rechnung getragen. Aus diesem Grund verzichtet die KdK darauf, eine gemeinsame Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Verhandlungsergebnis herbeizuführen.

Referenz | Référence
 BF-4433_8_6-20150706

Im Übrigen verweisen wir auf die diesbezügliche Stellungnahme des Vorstands der FDK.

Freundliche Grüsse
Konferenz der Kantonsregierungen



Staatsrat Jean-Michel Cina
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

Kopie:
– FDK

Frau Bundesrätin E. Widmer-Schlumpf
Vorsteherin des EFD
Staatssekretariat für internationalen
Finanzfragen (SIF)
Bundesgasse 3
3003 Bern

per Email versandt:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

RR/jsa

312

Bern, 4. September 2015

SAV Stellungnahme zum Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Anwaltsverband (SAV) dankt Ihnen für die Gelegenheit zu den oben genannten Vernehmlassungen Stellung nehmen zu können.

1. Allgemeines

Der Automatische Informationsaustausch (AIA) ist ein Instrument zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Offenbar wiegt die Problematik der Steuerhinterziehung derart schwer, dass sich Ende Oktober 2014 89 Staaten (darunter die wichtigsten Finanzplätze) bereit erklärt haben, den AIA ab 2015 rasch umzusetzen. Diesem Verlangen nach mehr oder vollständiger Transparenz über Finanzkonten kann und sollte sich die Schweiz nicht widersetzen. Wir unterstützen daher die Einführung des AIA.

Statt dass der AIA zwischen der Schweiz und jedem der einzelnen Staaten der EU bilateral aktiviert wird, erachten wir es als sinnvoll, den AIA mittels eines multilateralen Staatsvertrags

einzuführen. Sodann ist es richtig, dass es bei vollständiger Transparenz über Finanzkonten keines Steuerrückbehalts auf Zinszahlungen mehr bedarf. Ebenso wenig bedarf es künftig der Quellensteuerabkommen mit Grossbritannien und mit Österreich.

2. Spontaner Informationsaustausch

Wir begrüssen, dass das Änderungsprotokoll keinen spontanen Informationsaustausch vorsieht. Dies im Unterschied zum Übereinkommen der Mitgliedstaaten des Europarates und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (Amtshilfeübereinkommen). Dieses Abkommen tritt zwischen Staaten und der Schweiz lediglich dann in Kraft, wenn die Schweiz wie auch der entsprechende Vertragsstaat beim Sekretariat des Koordinierungsgremiums erklärt haben, dass zwischen ihnen das Amtshilfeübereinkommen Geltung haben soll. Wir würden es begrüssen, wenn die Schweiz das Änderungsprotokoll ratifizieren würde. Umgekehrt sehen wir aber keine Notwendigkeit, weshalb die Schweiz gegenüber EU-Staaten zusätzlich eine Erklärung abgeben sollte, wonach nebst dem Änderungsprotokoll auch das Amtshilfeübereinkommen zur Anwendung gelangen sollte.

3. Problematik von diskretionären Vermögensstrukturen

Im Zusammenhang mit diskretionären Vermögensstrukturen werden die Anwälte oft mit der Frage konfrontiert, welche der beteiligten Personen zu melden ist.

Die Antwort darauf ist unklar, und das ist höchst unbefriedigend. Deshalb erwarten wir zu diesem Punkt eine Präzisierung in einer Verordnung oder zumindest in einer Verwaltungsanweisung. Lassen Sie uns das Problem wie folgt aufzeigen:

Der gemeinsame Meldestandard als Anhang I zum Änderungsprotokoll entspricht dem Common Reporting Standard (CRS) des Amtshilfeübereinkommens. Deshalb ist davon auszugehen, dass die von der OECD herausgegebene Kommentierung zum CRS bei der Auslegung des gemeinsamen Meldestandard herangezogen wird.

Meldepflichtig unter dem AIA sind Finanzinstitute. Dazu gehören etwa Banken und Investmentunternehmen wie Anlagefonds. Auch Trusts können als meldepflichtige Finanzinstitute gelten. Als Vorfrage muss jeweils geklärt werden, unter welchem innerstaatlichen Recht die Qualifikation des Trusts vorzunehmen ist.

3.1 Trust qualifiziert als Finanzinstitut

Ist die Frage des anwendbaren Rechts geklärt, stellt sich die Frage, ob es sich beim Trust um ein Finanzinstitut handelt. Ein Trust gilt grundsätzlich als Finanzinstitut, sofern er a) professionell verwaltet wird (z.B. durch einen Corporate Trustee, der selbst als Finanzinstitut gilt) und (kumulativ) b) die Bruttoeinkünfte des Trusts vorwiegend aus dem Handel, der Anlage oder Wiederanlage von Finanzvermögen stammen (d.h. passive Einkünfte).¹ Professionelle Verwaltung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung des Trusts (bzw. die Verwaltung dessen Vermögenswerte) durch eine Gesellschaft erfolgt, welche selbst als Finanzinstitut gemäss AIA gilt. Dies wird bei Corporate Trustees regelmässig der Fall sein. Mithin ist ein Trust, dessen gesamtes Wertschriftendepot durch eine Bank oder Vermögensverwaltungsgesellschaft verwaltet wird, in aller Regel ein Finanzinstitut. Sind natürliche Personen Trustees des Vermögens, werden die obigen Erfordernisse üblicherweise nicht erfüllt sein.² Folglich kann der Trust in solchen Fällen kein Finanzinstitut darstellen.

Handelt es sich beim Trust um ein Investmentunternehmen und damit um ein meldepflichtiges Finanzinstitut, rückt die Frage in den Vordergrund, welche Personengruppen des Trusts identifiziert und gemeldet werden müssen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob und wie der Settlor und die Begünstigten gemeldet werden müssen.

Gemäss Meldestandard gelten bei Investmentunternehmen Fremd- und Eigenkapitalgeber als „Kontoinhaber“ und müssen entsprechend identifiziert und gemeldet werden.³ Fremdkapitalbeteiligungen spielen bei Trusts eine untergeordnete Rolle. Deshalb wird es in der Praxis ausschlaggebend sein, wer bei einem Trust als Eigenkapitalgeber gilt. Im Fall eines Trusts gilt eine Eigenkapitalbeteiligung als von einer Person gehalten, die als Settlor oder als Begünstigter des gesamten oder eines Teils des Trusts betrachtet wird, oder von einer sonstigen natürlichen Person, die den Trust tatsächlich beherrscht.⁴ **Als Begünstigter eines Trusts gilt, wer berechtigt ist, unmittelbar oder mittelbar (zum Beispiel durch einen Bevollmächtigten) eine Pflichtausschüttung aus dem Trust zu erhalten, oder nach dem Ermessen des Trustee unmittelbar oder mittelbar Ausschüttungen aus dem Trust erhalten kann.**⁵

Der Kommentar zum CRS gibt weiter Aufschluss darüber, inwieweit diskretionär Begünstigte in einer bestimmten Periode zu identifizieren und zu melden sind.⁶ Hierbei wird klargestellt, dass ein diskretionär Begünstigter erst in der Periode identifiziert und gemeldet werden muss, in welcher

¹ Vgl. Abschn. VIII.A.6.b gemeinsamer Meldestandard.

² CRS Komm., Abschn. VIII, Ziff. 22, Beispiel 5.

³ Abschn. VIII. C.1.a gemeinsamer Meldestandard.

⁴ Abschn. VIII.C.4 gemeinsamer Meldestandard.

⁵ Abschn. VIII.C.4 gemeinsamer Meldestandard.

⁶ CRS Komm., Abschn. VIII, Ziff. 70.

er effektiv eine Ausschüttung erhält (entweder ausbezahlt oder zahlbar).⁷ Dies lässt den Umkehrschluss zu, dass ein diskretionär Begünstigter mit einer reinen Anwartschaft für die Zwecke des Meldestandards nicht identifiziert oder gemeldet werden muss. Dies ist unser Erachtens auch die angemessene Lösung, weil dem Begünstigten (noch) keine Vermögenswerte zugerechnet werden können und deshalb das Risiko einer Steuerhinterziehung bei ihm nicht besteht. Diesem Konzept folgend, machen wir beliebt, die Klagbarkeit eines Anspruchs als Abgrenzungskriterium für zu meldende Personen beizuziehen. Dem entsprechend, wäre beispielsweise eine Person ohne einen klagbaren Anspruch auf Ausschüttungen eines Trusts, keine zu meldende „beherrschende“ Person. Dieses Verständnis, würde auch mit Ansätzen anderer Europäischer Staaten zur Abgrenzung meldepflichtiger Begünstigter korrelieren.

In Bezug auf den Settlor enthält der Kommentar zum CRS keine weiteren Erläuterungen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der AIA den Regeln des FATCA folgt und deshalb bei *Revocable Trusts*, das volle Trustvermögen dem Settlor zugerechnet wird.

3.2 Trust qualifiziert als „Non Financial Entity“

In der Praxis werden Trusts, welche vorwiegend reale Vermögenswerte (bspw. Immobilien, Schiffe, Kulturland) halten, die zweite Bedingung (Bruttoeinkünfte aus Finanzvermögen) regelmässig nicht erfüllen. Erfüllen sie die Bedingungen nicht, werden sie als „Non Financial Entity“ (NFE) gelten.

Als NFE kann der Trust entweder als "Active NFE" oder "Passive NFE" gelten. In der Praxis wird ein Trust selten als Active NFE anzutreffen sein.⁸ Typischerweise wird der Trust als Passive NFE gelten, da seine Bruttoerträge überwiegend aus passiver Geschäftstätigkeit herrühren bzw. er nicht überwiegend Vermögenswerte hält, welche der Erzielung von aktiven Einkünften dienen.

Als Active NFE ist der Trust vom Finanzinstitut, bei welchem er Finanzkonten unterhält, zu identifizieren und, sofern der Trust in einem meldepflichtigen Staat ansässig ist, zu melden. Keine Meldung erfolgt über die assoziierten Personen (Settlor, Begünstigter etc.).

Gilt der Trust als Passive NFE, sind sowohl der Trust wie auch die beherrschenden Personen durch das Finanzinstitut zu identifizieren und zu rapportieren. Der Ausdruck "beherrschende Personen" bedeutet den/die Settlor, den/die Trustee, (gegebenenfalls) den/die Protektor(en), den/die Begünstigten oder Begünstigten Kategorien sowie alle sonstigen natürlichen Personen, die den Trust tatsächlich beherrschen. Der Ausdruck "beherrschende Personen" ist auf eine Weise

⁷ CRS Komm., Abschn. VIII, Ziff. 70.

⁸ Beispielsweise über Ausnahmebestimmungen gemäss Abschn. VIII.D.9 als „Holding Vehikel“ einer Nichtfinanzgruppe.

auszulegen, die mit den FATF-Empfehlungen vereinbar ist.⁹ Der Kommentar zum CRS verweist explizit auf die FATF Empfehlung vom Februar 2012.¹⁰

Hierbei ist anzumerken, dass nicht alle Staaten, welche sich dem CRS verschrieben haben, die Empfehlung 2012 vollständig umgesetzt haben und einige Staaten beispielsweise erst frühere Empfehlungen anwenden. Dies kann dazu führen, dass in Staaten mit noch nicht vollständiger Umsetzung von FATF-Empfehlung 2012 weniger Personen als beherrschende Personen im Trustbereich identifiziert werden. Deshalb wird es in einer Übergangsphase relevant bleiben, in welchem Land das identifizierende Finanzinstitut ansässig ist, und wie dieser Staat den Begriff „beherrschende Personen“ im Trustbereich unter seinen unilateralen GwG/KYC Regeln auslegt.

Unabhängig von der Frage, ob die FATF-Empfehlung 2012 umgesetzt wurden, liefert der Kommentar zum CRS eine unser Erachtens zu weit gehende, der vorerwähnten und für „Investment Entities“ geltenden Beschreibung widersprechende und somit falsche Präzisierung, wer beim Trust als beherrschende Person aufzufassen ist.¹¹ **Gemäss CRS Kommentar gelten Settlor, der Trustee, der Protektor, die Begünstigten oder Klassen von Begünstigten stets als beherrschende Personen und zwar unabhängig davon, ob sie letztlich eine tatsächlich beherrschende Stellung haben.**¹²

Wir sehen in dieser Kommentierung eine klare, unzulässige Erweiterung des Ausdrucks "beherrschende Personen". Eine Vertragsauslegung im Sinne dieser Kommentierung würde dazu führen, dass Personen zu melden wären, die gar keinen klagbaren Rechtsanspruch auf Vermögenswerte oder Einkünfte gegenüber einem Trust haben. Sodann ist die Feststellung, wer zum Personenkreis der Begünstigten gehört, in der Praxis teilweise unmöglich. Man stelle sich nur vor, dass ein Trust den Kreis der Begünstigten sehr weit ziehen würde, z.B. alle Studierenden einer Universität mit Anrecht auf Stipendien.

Es ist deshalb wichtig, dass der Bundesrat im Rahmen des Einführungsgesetzes oder gegebenenfalls einer Verordnung festhält, dass ein Settlor, der Trustee, der Protektor, die Begünstigten oder Klassen von Begünstigten lediglich dann zu melden sind, wenn sie tatsächlich eine beherrschende Stellung haben. Eine tatsächliche Beherrschung ist stets dann gegeben, wenn der Begünstigte einen Anspruch auf einen auch der Höhe nach bestimmten oder bestimmaren Vorteil aus dem Vermögen des Trusts hat. Ein diskretionär Begünstigter, dem lediglich eine Anwartschaft zusteht, kann daher nie eine beherrschende Stellung innehaben. Er kann daher auch hinsichtlich seiner Anwartschaft keine

⁹ Abschn. VIII.D.6 gemeinsamer Meldestandard.

¹⁰ CRS Komm., Abschn. VIII, Ziff. 132.

¹¹ CRS Komm., Abschn. VIII, Ziff. 134.

¹² "[...], regardless of whether or not any of them exercises control over the trust"; CRS Comm, Abschn. VIII, Ziff. 134.

Steuerhinterziehung begehen. Folglich müssen Settlor und Begünstigte eines irrevocable, diskretionären Trusts nicht gemeldet werden. Erst bei Ausschüttungen aus einem irrevocable, diskretionären Trusts sind die Begünstigten zu melden.

Unsere diesbezügliche Empfehlung deckt sich mit der langjährigen Praxis des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. Urteile A-6903/2010 vom 23. März 2011, Erw.5.1. *in fine* sowie A-6925/2010 vom 1. Juli 2011, Erw. 3.).

Mit bestem Dank für Ihre Kenntnisnahme und mit freundlichen Grüßen
für den SAV

SAV Präsident

Sergio Giacomini



SAV Generalsekretär

René Rall



Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales SFI
Bundesgasse 3
3003 Berne
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Berne, le 17 septembre 2015 usam-Kr/nf

Réponse à la consultation

Protocole de modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE

Madame, Monsieur,

Numéro 1 des PME helvétiques, l'Union suisse des arts et métiers usam représente 250 associations et quelque 300 000 entreprises. La plus grande organisation faîtière de l'économie suisse s'engage sans répit pour l'aménagement d'un environnement économique et politique favorable au développement des petites et moyennes entreprises.

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'objet cité sous rubrique, qui a retenu toute notre attention, et nous nous permettons de vous faire part de notre position à ce sujet.

I. Remarques liminaires

La lutte contre la soustraction d'impôts est aujourd'hui une des grandes préoccupations de la communauté internationale. Pour récupérer la base fiscale qui s'érode, l'OCDE et l'UE prônent et agissent pour toujours plus de transparence. L'Union suisse des arts et métiers usam reconnaît le fait qu'il y ait bien évidemment un impératif politique d'adhérer à un accord international pour l'échange de renseignements concernant des données fiscales. Toutefois, et bien que le Conseil fédéral ait opté pour les standards de l'OCDE, la Suisse ne semble pas avoir de réelle stratégie et semble ces derniers mois s'être laissée embarquer dans la spirale des exigences relatives aux standards de l'échange automatique de renseignements en matière fiscale (EAR). Le modèle prédéfini de l'EAR et la tournure que prennent les négociations auxquelles participe la Suisse semblent mettre le gouvernement dans une situation inconfortable et le précipiter à accepter un standard en parfaite inadéquation avec les besoins de la Suisse. Un autre problème majeur réside essentiellement dans la mise en place de ces standards.

Après les consultations menées ce printemps sur les premiers objets EAR incluant l'accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (Multilateral Competent Authority Agreement MCCA) et la Convention du Conseil de l'Europe et de l'OCDE concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale, ainsi que la consultation relative à une première activation bilatérale (introduction de l'EAR avec l'Australie), le Conseil fédéral soumet un projet de plus allant dans le sens de l'adhésion sans contrepartie de l'EAR. La modification de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE en un accord EAR permettrait d'éviter de négocier avec 28 Etats différents 28 solutions différentes. La solution de l'accord permettrait donc d'être globale et unique.

L'usam est consciente que l'EAR s'imposera à la Suisse sous une forme ou une autre, toutefois, elle ne peut adhérer aux méthodes employées pour faire passer la pilule. Dans les précédentes consultations citées ci-dessus, l'usam a jugé excessive la manière dont le Conseil fédéral entend mettre en œuvre l'EAR. Excessive, parce qu'il préfère être bien vu par les autres Etats en appliquant l'EAR plutôt que de choisir un modèle qui permettrait de protéger la sphère privée et les intérêts de l'économie. De plus, tous ces objets soumis à consultation qui viennent de manière saucissonnée et surtout jamais vraiment connectés entre eux créent la confusion. Le point commun de tous ces objets est qu'ils visent l'EAR et sonnent à chaque fois comme une politique du fait accompli. A chaque fois et de manière précipitée, le Conseil fédéral présente dans ses projets les désavantages et les possibles rétorsions qu'aurait à subir la Suisse si elle ne collaborait pas et, à chaque fois, le Conseil fédéral semble perdre du terrain dans la défense des intérêts réels pour la Suisse. Qu'en est-il de l'accès au marché ou de la régularisation du passé ? Dans le rapport soumis à consultation, ces éléments apparaissent comme de possibles opportunités futures si la Suisse adopte l'EAR, alors que ces éléments étaient définis préalablement comme des conditions aux engagements de la Suisse dans l'approbation des mandats de négociation en octobre 2014 entre autre.

Dans ce contexte, où une solution globale intégrant tous les objets liés à l'EAR fait manifestement défaut, l'usam s'oppose à ce que le Conseil fédéral entre en matière sur la révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE en l'état. Il ne s'agit pas de rejeter le principe de l'EAR, mais il s'agit de l'adopter aussi dans l'intérêt de notre pays.

II. Remarques particulières

Si la disposition relative à l'exonération de l'imposition à la source sur les paiements transfrontaliers de dividendes, d'intérêts et de redevances entre sociétés associées a été reprise telle quelle dans le projet du nouvel accord et que cela est dans l'intérêt de la place économique suisse, force est de constater que le résultat des négociations menées entre la Suisse et l'UE concernant ce protocole d'amendement n'est pas réjouissant. Dans ce projet soumis à consultation, encore et toujours il est fait mention de «souhaits» et de «discussions techniques exploratoires avec la Commission européenne» qui permettraient d'œuvrer en faveur du maintien et de l'amélioration éventuelle des conditions d'accès aux marchés des prestataires de services financiers transfrontaliers. Ce manque de vision globale relatif à l'EAR et par conséquent ce manque de fermeté des négociateurs suisses vis-à-vis de l'UE notamment amèneront fatalement la Suisse à accepter à peu près n'importe quoi. Le projet soumis à consultation soulève plusieurs remarques.

1. Accès au marché

La Suisse devait traiter, dans le cadre des discussions sur l'introduction de l'EAR, le maintien de l'accès au marché et les mesures qui permettraient d'améliorer la prestation transfrontière de services financiers. Aujourd'hui, la Suisse n'a pas de contrepartie relative à l'accès au marché européen, alors que les mandats prévoyaient que les négociations devaient viser le maintien de l'accès au marché à son niveau actuel ainsi que d'éventuelles améliorations de l'accès au marché des prestataires financiers. Les « entretiens exploratoires » tels que décrits dans le rapport soumis à consultation ne rassurent pas quant à l'avancée et à la faisabilité de ces exigences. Et pourtant, l'accès au marché européen est d'une importance stratégique. Le maintien voire les améliorations liées à l'accès au marché étranger permettraient à des acteurs financiers au profil de PME de poursuivre avec la sécurité juridique requise et/ou de développer de futures affaires.

2. Régularisation du passé

La Suisse n'a pas non plus obtenu de contrepartie relative à la régularisation du passé. La Suisse a certes signé un accord en matière fiscale avec l'Italie le 23 février 2015 et l'exemple de l'Allemagne est peut-être aussi pertinent, mais on ne peut considérer la question de la régularisation du passé comme étant réglée avec les Etats voisins et les principaux Etats membres de l'UE. Cet aspect n'est clairement pas réglé de manière satisfaisante.

3. Abrogation des Loi sur la fiscalité de l'épargne (LFisE) et Loi fédérale sur l'imposition internationale à la source (LISint)

Encore une fois, et l'abrogation planifiée des lois sur la fiscalité de l'épargne (LFisE) et sur l'imposition internationale à la source (LISint) le montre, le Conseil fédéral agit dans la précipitation et ne semble pas avoir analysé les conséquences de la suppression de ces deux lois. Fatalement, il y aura des cas de figure qui ne pourront être ni couverts par le contenu de ces lois abrogées ni réglés pas la loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (LEAR) ou par la loi sur l'assistance administrative fiscale (LAAF). Ainsi, il pourrait y avoir des biais juridiques.

4. Protection des données et réciprocité

Parmi les 28 Etats, certains ne seront pas en mesure de pouvoir garantir d'être un bon partenaire politique et commercial pour la Suisse et en même temps membre du G20. Tous ne remplissent pas non plus les exigences internationales s'agissant de la confidentialité en matière fiscale (protection des données et respect du principe de spécialité) ni n'offrent à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation. La Suisse doit pouvoir aussi au préalable exiger des garanties de réciprocité; elle ne peut être un partenaire économique et politique crédible vis-à-vis des concurrents par le simple fait de respecter en bon élève les règles du jeu et les normes fixées au sein des organismes internationaux. La Suisse ne peut, comme l'a laissé récemment entendre dans un communiqué de presse le Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales SIF, se définir comme un observateur privilégié qui dénoncerait par la suite les manquements à leurs devoirs de certaines places financières comme Hong-Kong, Singapour, Londres ou New York. Par ailleurs, et il est bon de rappeler, les principales places financières ne semblent pas s'empresse de mettre en œuvre les standards relatifs à l'EAR. La Suisse doit donc exiger avec fermeté les contreparties dès à présent et non pas après avoir signé tous les engagements relatifs à l'EAR.

III. Conclusions

En l'état, l'usam reconnaît le besoin d'adhérer à un accord international pour l'échange de renseignements concernant des données fiscales, mais ne peut entrer en matière sur la révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'UE. Cet accord doit pouvoir intervenir dans l'intérêt de la Suisse, certifier de la protection des données, garantir la réciprocité et la mise en œuvre de l'échange de renseignements de manière fiable et uniforme pour toutes et par toutes les parties contractantes. Aujourd'hui, l'UE ne peut garantir à la Suisse une telle qualité dans ce type d'accord, car tout est en construction et en devenir. L'UE ne peut garantir que chaque pays puisse opérer avec le même soin que la Suisse. Il est donc illusoire et complètement hâtif de signer cet accord en l'état. La Suisse ne doit pas être la seule à rendre des comptes et doit obtenir des garanties et des engagements de la part de l'UE. L'usam demande au Conseil fédéral de s'accorder un minimum de temps de réflexion et de reconsidérer les dispositions de cet amendement en tenant compte cette fois-ci des intérêts de la Suisse. L'usam demande que l'ensemble des objets relatifs à l'EAR soient appréhendés dans une démarche globale et durable.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à la présente et vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre haute considération.

Union suisse des arts et métiers usam



Hans-Ulrich Bigler
Directeur



Alexa Krattinger
Responsable du dossier

16. September 2015

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Herr Dominik Scherer
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Email an: Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage betreffend Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrter Herr Scherer

Wir bedanken uns bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Genehmigung der Revision des Zinsbesteuerungsabkommens respektive des neuen AIA-Abkommens mit der EU.

1. Allgemeine Ausführungen

Seit 2009 sind im Bereich des steuerlichen Informationsaustauschs grosse Veränderungen eingetreten. Treiber dieser Entwicklungen sind die G-20 respektive der aufgrund der Finanzkrise entstandene Bedarf an zusätzlichen Steuereinnahmen bei den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern. So haben im Jahr 2009 die G-20 den Informationsaustausch auf Anfrage zum internationalen Standard erklärt. Zur Kontrolle, ob die Staaten den Standard effektiv umsetzen, haben die G-20 das Global Forum beauftragt, „Peer Reviews“ durchzuführen. Die G-20 drohten Staaten steuerliche Sanktionen an, die den Standard nicht umsetzen würden. Wie sämtliche Finanzplätze der Welt hat auch die Schweiz den Standard übernommen und mit einer Vielzahl von Ländern Bestimmungen zum Informationsaustausch auf Anfrage in Kraft gesetzt. Die Vorgabe der G-20 hat damit unter wichtigen Finanzzentren zu einem „Level Playing Field“ geführt.

Im April 2013 beschlossen die G-20, dass der Automatische Informationsaustausch für Finanzdaten (AIA) zum zukünftigen Standard für den Informationsaustausch in Steuersachen werden soll. Im Juli 2014 hatte die OECD die Vorgaben zum neuen, globalen Standard verabschiedet. Bereits im Oktober 2014 (anlässlich der Plenarversammlung des Global Forum) bekannten sich

fast 100 Staaten zum neuen Standard. Zur Prüfung, ob die Staaten den AIA tatsächlich umsetzen, ist wiederum geplant, dass das Global Forum Peer Reviews durchführt. Damit entsteht aller Voraussicht nach auch in diesem Bereich ein Level Playing Field unter den grossen Finanzzentren der Welt. Angesichts dessen ist es sinnvoll, wenn die Schweiz den AIA-Standard zügig umsetzt und mit einer Vielzahl von Staaten entsprechende Vereinbarungen abschliesst.

Weil mit dem AIA sensible Daten übermittelt werden, sollte die Schweiz bei der Wahl der Partnerstaaten insbesondere grossen Wert darauf legen, dass es sich um Rechtsstaaten mit ausgebauten Verteidigungsrechten für Angeschuldigte handelt.

Ausserdem sollte der AIA vorab mit wichtigen Handelspartnern der Schweiz abgeschlossen werden. Dabei wäre darauf zu achten, dass derzeitige Nachteile für den Werkplatz Schweiz und den Schweizer Finanzsektor beseitigt werden könnten. So ist beispielsweise mit einem Staat wie Brasilien nur dann ein AIA-Abkommen auszuhandeln, wenn Brasilien der Schweiz ein ausgewogenes Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zugesteht.

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Durch das AIA-Abkommen mit der EU kann die Schweiz auf einen Schlag ihr AIA-Abkommensnetz auf 28 Staaten ausdehnen und damit gegenüber der G-20 zeigen, dass sie den AIA mit den wichtigsten Handelspartnern einführt. Ausserdem sind die Mitgliedstaaten der EU Rechtsstaaten mit im internationalen Vergleich weit entwickelten Verteidigungsrechten für Angeschuldigte. Auch dieser Aspekt spricht für SwissHoldings dafür, dass die Schweiz das AIA-Abkommen genehmigen sollte.

2. Ausführungen zum Änderungsprotokoll

2.1. Weiterbestand der Quellensteuerbefreiung für konzerninterne Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren

Das geltende Zinsbesteuerungsabkommen enthält für die international tätigen Schweizer Industrie- und Dienstleistungskonzerne einen wichtigen Baustein der steuerlichen Attraktivität des Standorts Schweiz. Art. 15 des Abkommens stellt sicher, dass im Verhältnis Schweiz-EU auf konzerninternen Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren keine Quellensteuern anfallen. SwissHoldings begrüsst es deshalb, dass es gelungen ist, diese Bestimmung unverändert vom geltenden Zinsbesteuerungsabkommen (Art. 15) ins neue AIA-Abkommen mit der EU (Art. 9) zu übernehmen.

2.2. Übernahme OECD-Standard zum AIA

Ebenfalls positiv zu werten ist, dass die Schweiz sich durchgesetzt hat und das neue AIA-Abkommen keine Abweichungen gegenüber dem OECD-Standard zum AIA aufweist. Damit ist sichergestellt, dass gegenüber der EU keine zusätzlichen Informationen geliefert werden müssen und nicht verschiedene internationale Standards gelten. Solch verschiedene Standards hätten für die Unternehmen beträchtliche Mehrkosten zur Folge und könnten auch dem Finanzbereich nicht zugehörige Konzerne treffen. Für börsenkotierte Industrie- und Dienstleistungskonzerne hat der

OECD-Standard zweierlei Vorteile: Erstens müssen die börsenkotierten Mitglieder von SwissHolding als aktiv tätige „Non Financial Entities“ selber keine AIA-Angaben an die Eidgenössische Steuerverwaltung liefern (das gleiche gilt für deren Finanzierungs- und Cash-Pooling-Gesellschaften). Zweitens werden über die börsenkotierten Industrie- und Dienstleistungskonzerne von SwissHoldings auch keine AIA-Informationen gesammelt und übermittelt.

2.3. Informationsaustausch auf Anfrage für alle Steuern

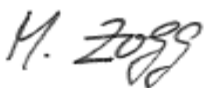
Das AIA-Abkommen mit der EU enthält nicht nur Bestimmungen zum automatischen Informationsaustausch, sondern auch zum Informationsaustausch auf Anfrage. Deshalb können sich die EU-Mitgliedstaaten für eine Steueranfrage nach Inkrafttreten des Abkommens nicht nur auch auf das AIA-Abkommen stützen, sondern daneben auch auf die entsprechende Bestimmung in ihrem DBA mit der Schweiz (mit Ausnahme von Kroatien, Litauen und Lettland, deren DBA mit der Schweiz keine Amtshilfebestimmung nach OECD-Standard enthalten). Erstaunlich ist dabei, dass Anfragen auch indirekte Steuern betreffen können, verfügen die Schweiz und die EU in diesem Bereich mit dem Betrugsbekämpfungsabkommen doch bereits über eine vertragliche Regelung. Ausserdem geht diese in verschiedener Hinsicht deutlich weiter als das AIA-Abkommen und sieht beispielsweise auch die Anwesenheit von Beamten des ersuchenden Staats bei Ermittlungshandlungen im ersuchten Staat vor. Angesichts dessen ist es für SwissHoldings unverständlich, dass das AIA-Abkommen den Austausch auf Anfrage auch für indirekte Steuern vorsieht.

3. Gesamtbeurteilung

Obwohl nicht sämtliche Bestandteile des Abkommens zu überzeugen vermögen (siehe Ziff. 2.3) und das Abkommen keine zusätzlichen Vorteile für den Wirtschaftsstandort Schweiz bringt, ist SwissHoldings dennoch der Ansicht, dass die Genehmigung des Abkommens im Interesse der Schweiz ist. So sind wir der Ansicht, dass dadurch der Druck auf die Schweiz im Bereich des steuerlichen Informationsaustauschs merklich abnehmen dürfte. Auch dürfte sich die Reputation des Wirtschaftsstandorts Schweiz langfristig wieder verbessern. Aus diesen Gründen unterstützt SwissHoldings die Genehmigung und Ratifizierung des AIA-Abkommens mit der EU.

Wir bitten Sie um gebührende Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Geschäftsstelle



Dr. Martin Zogg
Mitglied der Geschäftsleitung



Martin Hess
Dipl. Steuerexperte

Cc: SH-Vorstand

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfrage SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern
Per E-Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 19. August 2015

Stellungnahme zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU und zum Bundesbeschluss über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit Australien

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV) ist Ihnen für die Einladung dankbar, zu der geplanten Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit der EU sowie Australien, Stellung zu nehmen.

Wir erlauben uns, in dieser Vernehmlassungsantwort sowohl zum Abkommen mit der EU als auch zum Bundesbeschluss mit Australien Stellung zu nehmen. Unsere Antwort beschränkt sich auf grundsätzliche Bemerkungen. Im Übrigen möchten wir uns der Stellungnahme der Bankiervereinigung, an deren Ausarbeitung wir mitgewirkt haben, anschliessen.

Einleitend möchten wir festhalten, dass wir die Bestrebungen des Bundesrates, den AIA rasch und flächendeckend einzuführen, begrüssen. Wir erhoffen uns dadurch eine baldige Reduktion der Sorgfaltspflichten für die hiesigen Banken. Zudem können Sanktionsrisiken im Rahmen des Global Forum minimiert werden.

Die AIA-Abkommen mit Australien und der EU sind die ersten ihrer Art und schaffen dadurch einen Präzedenzfall für weitere AIA-Abkommen. Es ist daher angebracht, sich mit den Abkommen kritisch auseinanderzusetzen. In diesem Sinne haben wir die vom Bundesrat festgelegten Kriterien (ein gemeinsamer Standard, Reziprozität, Spezialitätsprinzip, Datenschutz, Level Playing Field) genau unter die Lupe genommen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Abkommen mit Australien und der EU und befürworten eine rasche Verabschiedung beider Vorlagen. Wir möchten dennoch gerne auf ein paar kritische Aspekte hinweisen, die wir ausgemacht haben.

Da Australien nicht zu den für die Schweiz prioritären Ländern gehört, hätten wir es begrüsst, wenn für uns wichtigere Länder zuerst behandelt worden wären. Es ist zudem etwas stossend, dass das von

Australien ins Leben gerufene *Regularisierungsprogramm* „do it“ bereits im letzten Herbst und damit zwei Jahre vor einem möglichen Inkrafttreten des AIA mit Australien ausgelaufen ist.

Bezüglich des *Marktzugangs* wurden bisher sowohl mit Australien als auch mit der EU keine konkreten Lösungen erzielt. Aufgrund des Präzedenzfallcharakters der Abkommen erachten wir besonders eine Lösung mit Australien in dieser Frage als wichtig. Zudem müssen sowohl die diesbezüglichen bilateralen Gespräche mit einzelnen EU-Staaten, sowie die Arbeiten mit Bezug auf ein Finanzdienstleistungsabkommen mit aller Konsequenz vorangetrieben werden, auch wenn dies in Anbetracht der Herausforderungen im Rahmen der Umsetzung der „Masseneinwanderungs-Initiative“ zurzeit anspruchsvoll ist.

Der Bundesrat hält in seiner Botschaft zum „MCAA“ fest, dass die internationalen Standards im Steuerbereich die Schaffung gleich langer Spiesse bezwecken und kein Staat von der Nichteinhaltung profitieren soll.

Zum heutigen Zeitpunkt ist jedoch unklar, wie sich unsere wesentlichen *Konkurrenzfinanzplätze* in dieser Angelegenheit verhalten werden. Es gibt lediglich Absichtserklärungen. Sollte die Schweiz hier vorpreschen, riskiert sie demzufolge einen Wettbewerbsnachteil, sofern die anderen Länder nicht nachziehen. Bevor die Schweiz mit Australien und der EU den AIA in Kraft setzt, muss daher eine genügend hohe Sicherheit bestehen, dass diese Staaten mit unseren wichtigsten Konkurrenzfinanzplätzen den AIA ebenfalls einführen. **Solange diese Sicherheit nicht besteht, möchten wir dem Bundesrat – im Rahmen seiner Kompetenzen – daher eindringlich empfehlen, mit dem Entscheid der Inkraftsetzung der Abkommen zuzuwarten.** Nur so kann das „Level Playing Field“ mit Bezug auf die jeweiligen Länder effektiv sichergestellt werden.

Um eine erhöhte Verbindlichkeit der Sicherstellung des „Level Playing Fields“ herbeizuführen, könnte man über die Einführung einer gesetzlichen Klausel nachdenken, welche das Inkrafttreten davon abhängig macht, dass wichtige konkurrierende Finanzplätze ihrerseits einen AIA mit dem betreffenden Staat abschliessen. Dies müsste allerdings das Parlament im Rahmen der Behandlung der Abkommen beschliessen.

Für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Ausführungen möchten wir uns im Voraus bedanken.

Freundliche Grüsse

Dr. Pascal Gentinetta



Geschäftsführer

Simon Binder



Public Policy Manager



Association de
Banques Privées Suisses
Vereinigung
Schweizerischer Privatbanken
Association of Swiss Private Banks

Par e-mail

(vernehmlassungen@sif.admin.ch)

Madame Eveline Widmer-Schlumpf
Conseillère fédérale
Département fédéral des Finances
Bernhof
3003 Berne

Genève, le 16 septembre 2015

Consultation sur la révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions d'avoir invité l'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) à participer à la procédure de consultation ouverte le 27 mai 2015 à propos de l'approbation d'un protocole d'amendement de l'accord sur la fiscalité de l'épargne entre la Suisse et l'Union européenne.

De manière générale, **l'ABPS approuve le passage à l'échange automatique de renseignements (EAR)**. Elle salue aussi le fait qu'un standard unique soit repris avec l'Union européenne, comme avec le reste du monde. Le maintien de la disposition relative à l'exonération des paiements transfrontaliers entre sociétés associées est aussi essentiel. De ce point de vue, l'ABPS peut donc soutenir la ratification de la révision de l'accord sur la fiscalité de l'épargne.

Cela étant, l'ABPS regrette que les négociations n'aient pas donné de résultats plus concrets dans les domaines suivants : i) régularisation du passé, ii) accès au marché et iii) garantie d'une égalité de traitement entre places financières internationales. Le fait d'être enclavé au milieu de notre principal partenaire commercial n'y est pas étranger, mais ces points devront être mieux traités lors des négociations avec d'autres pays. La reprise du standard OCDE sur l'échange à la demande dans l'accord ne nous satisfait pas non plus.

Régularisation du passé

Si certains membres de l'Union européenne, et notamment les principaux pays de résidence de nos clients européens, ont récemment mis en place des programmes de régularisation volontaire, d'autres n'ont en revanche rien fait. La Grèce travaille à une amnistie, mais sans résultat concret encore. Certains pays comme le Luxembourg, l'Estonie ou la Croatie n'offrent tout simplement aucune possibilité de régularisation.

Par ailleurs, comme le relève le Professeur René Matteoti dans son avis de droit sur la constitutionnalité de l'EAR, le respect de la confidentialité des données et des droits de l'homme doit être une condition de l'EAR. L'examen des règles de protection des données au sein des membres de l'Union européenne par le Forum mondial n'a pas encore eu lieu. Il se pourrait donc que parmi ces 28 pays, certains soient jugés insuffisants et qu'aucune autre place financière n'échange des données avec eux.

Enfin, après tous les efforts de la part des banques suisses pour encourager leurs clients en délicatesse avec leur fisc national à se régulariser, on pourrait s'attendre à ce que les pays de résidence de ces clients ne considèrent pas les banques et leurs employés comme des participants aux infractions commises par les clients.

Accès au marché

L'ABPS est consciente que l'accès au marché ne fait pas formellement partie des conditions des mandats de négociation de l'EAR donnés par le Conseil fédéral. Il serait cependant peu logique de mettre en place tout un système d'échange d'informations pour des clients qui ne peuvent être servis que depuis la Suisse. Pour être compétitives et conserver leurs clients en Suisse, les banques suisses doivent pouvoir fournir, depuis la Suisse, les mêmes services que leurs concurrentes locales.

Votre département l'a bien compris, puisqu'il thématise l'accès au marché avec chaque pays auquel l'EAR est proposé. Mais l'ouverture de discussions sur le sujet ne garantit encore aucun résultat concret. Et avec les membres de l'Union européenne, rien n'a été fait, puisque chacun doit encore se prononcer sur la façon dont il mettra en œuvre la directive européenne MiFID II, avec ou sans obligation d'une succursale locale. Un accès libre aux clients privés de l'Union européenne semble donc une réalité bien lointaine.

A l'opposé, la Suisse ne pose presque aucune condition à la fourniture de services financiers à des résidents suisses par des prestataires étrangers. On peut se demander si cette attitude est encore compatible avec un monde où les autres Etats, sous couvert de règles techniques, pratiquent un protectionnisme de plus en plus manifeste.

Coordination avec les autres places financières

La Commission européenne a reçu un mandat de négocier la révision de la fiscalité de l'épargne avec les cinq mêmes pays avec qui elle avait conclu un accord voilà dix ans : la Suisse bien sûr, Monaco, Andorre, Saint-Marin et le Liechtenstein. Pour le reste, il revient à chaque Etat membre de s'assurer qu'il recevra les informations de Singapour, Hong Kong ou Dubaï, sans parler des Etats-Unis qui ont une notion bien à eux de la réciprocité.

Les places financières précitées ont bien promis de passer à l'EAR. Mais c'est la concrétisation de cet engagement qui est importante. Le rapport explicatif de la présente consultation le reconnaît d'ailleurs : « *La garantie d'une concurrence à armes égales et l'introduction coordonnée de la norme EAR sont des conditions essentielles pour éviter à court et moyen termes des transferts d'avoirs vers des Etats sans EAR* » (p. 31).

On ne trouve cependant dans le rapport explicatif aucune indication sur les intentions des autres grandes places financières. Et pour cause, puisque la plupart n'ont pas encore décidé à qui elles allaient octroyer l'EAR. Comme la Suisse s'est déjà engagée envers les 28 membres de l'Union à pratiquer l'EAR dès le 1^{er} janvier 2017, il y a un risque que vis-à-vis de certains de ces membres, elle soit la seule place financière internationale à échanger des renseignements. Un tel scénario devrait à tout prix être évité dans le cadre des négociations avec d'autres pays.

Echange à la demande

L'ABPS trouve aussi regrettable que l'accord avec l'Union européenne reprenne le standard de l'échange à la demande, alors que la Convention multilatérale du Conseil de l'Europe et de l'OCDE, que la Suisse est sur le point de ratifier, intègre déjà ce standard. L'échange de renseignements à la demande avec les pays de l'Union européenne devra alors être vérifié selon trois bases légales possibles :

- la convention de double imposition entre la Suisse et ce pays (seuls 3 membres de l'Union européenne n'en ont pas) ;
- la Convention multilatérale du Conseil de l'Europe et de l'OCDE ;
- l'accord révisé sur la fiscalité de l'épargne.

Ce dernier ajout paraît d'autant plus inutile que le seul pays qui ne bénéficie pas encore du standard OCDE d'échange à la demande avec la Suisse est la Lettonie. Or celui-ci pourrait l'obtenir en adhérant à la Convention multilatérale précitée, comme tous les autres pays de l'Union européenne.

Mais surtout, l'accord révisé sur la fiscalité de l'épargne étend l'échange sur demande à tous les impôts, alors que plusieurs conventions de double imposition avec des pays européens ainsi que la Convention multilatérale du Conseil de l'Europe et de l'OCDE limitent l'échange sur demande aux impôts sur le revenu et sur la fortune. Tous les efforts des négociations précédentes sont ainsi réduits à néant.

* * *

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

ASSOCIATION DE BANQUES PRIVEES SUISSES

Le Directeur :



Jan Langlo

La Responsable de
la communication :



Fabienne Bogadi

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zürich, 17. September 2015

Per Email: Vernehmlassungen@sif.admin.ch

Vernehmlassung: Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf die Einladung zur Vernehmlassung zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Wir möchten uns für die gebotene Gelegenheit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen, bedanken.

Zur Vorlage nimmt der VSV als führender nationaler Branchenverband der unabhängigen Vermögensverwalter wie folgt Stellung:

I. Rechtliche Grundlagen für die Einführung des Automatischen Informationsaustausches von Steuerdaten (AIA)

Mit der Vernehmlassungsvorlage soll das bestehende Zinsbesteuerungsabkommen in eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und EU über die Ein- und Durchführung des AIA nach Massgabe des MCAA zwischen der Schweiz und den Mitgliedstaaten der EU umgestaltet werden.

Die rechtlichen Grundlagen für die Einführung des AIA auf Basis des MCAA mit in separatem Gesetzgebungsprozess zu bestimmenden Partnerstaaten befinden sich derzeit in der parlamentarischen Beratung.

Der VSV verweist in diesem Zusammenhang auf seine Eingaben vom 21. April 2015.

Darin haben wir unsere grundsätzliche Position zum AIA festgehalten.

Sollte unseren Anliegen zur Anpassung des AIA-Gesetzes und der Genehmigung des MCAA nicht hinreichend Rechnung getragen werden, **lehnen wir die Einführung des AIA nach Massgabe des MCAA weiterhin grundsätzlich ab** – und damit auch die Einführung des AIA mit den Mitgliedstaaten der EU.

II. **Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens ist Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU**

Mit Vernehmlassungsvorlage soll einer der Pfeiler der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, das Zinsbesteuerungsabkommen, grundsätzlich überarbeitet werden.

Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU befinden sich derzeit in einer Phase der grundlegenden Überarbeitung. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU in diesem Zusammenhang werden sich in den kommenden Monaten intensivieren. Für die zahlreichen Verhandlungsdossiers hat der Bundesrat vor wenigen Wochen mit Herrn Staatssekretär Jacques de Watteville einen neuen Chefunterhändler bestimmt.

Die anstehenden Verhandlungen beschlagen nicht nur Einzelaspekte der bilateralen Verträge, sondern betreffen deren Zukunft in fundamentaler Weise. Namentlich sollen im Rahmen eines institutionellen Abkommens, welches das „bilaterale Gesamtpaket“ überlagert, Vereinbarungen über die Art und Weise der Übernahme von zukünftigem EU-Recht geschaffen werden. Zur Debatte stehen auch grundsätzliche Fragen zur Zukunft des Abkommens über die Personenfreizügigkeit im Nachgang zur Annahme der Masseneinwanderungsinitiative.

Zudem hat die Schweiz der EU gegenüber erklärt, dass sie auch die Aufnahme von Verhandlungen über ein Finanzdienstleistungsabkommen wünscht. Der Abschluss eines solchen Abkommens hat auch nach dem Grundsatzbeschluss des Bundesrates für die Einführung des AIA vom 8. Oktober 2014 hohe politische Priorität. Mit der Aufgabe des „steuerlichen Bankgeheimnisses“ zugunsten der AIA-Partner sollen von diesen Verbesserungen im Bereich des Marktzutritts für schweizerische Finanzdienstleister gewährt werden.

Weiter hat der Bundesrat mehrfach bekräftigt, dass er in den Verhandlungen mit potentiellen Partnerstaaten auf Erleichterungen beim Marktzutritt für die grenzüberschreitende Erbringung von Finanzdienstleistungen durch schweizerische Anbieter drängen wird. Da-

bei hat der Bundesrat auch keinen Unterschied zwischen dem Geschäft mit institutionellen Kunden und Privatkunden gemacht.

Die EU-Kommission hält sich mit der Aufnahme entsprechender Verhandlungen zurück, da sie zuerst die institutionellen Fragen und die Fragen um die Zukunft des Personenfreizügigkeitsabkommens gelöst sehen will. Einzelne EU-Staaten haben den Wunsch der Schweiz nach Verbesserungen beim Marktzutritt für Finanzdienstleister als „neue Form schweizerischen „cherry picking“ kritisiert.

Das Verlangen der EU nach einer Anpassung des Zinsbesteuerungsabkommens unabhängig von der ebenfalls (und auch aus unserer Sicht) notwendigen Erneuerung oder Weiterentwicklung des bilateralen Gesamtpakets, stellt bei dieser Sichtweise einen geradezu flagranten Fall von „cherry picking“ dar. Die Erweiterung des Zinsbesteuerungsabkommens zum vollständigen AIA bringt für die Schweiz und ihre Finanzdienstleister nur Kosten und Aufwand, während für die betroffenen Finanzdienstleister nichts zu deren (wenigstens teilweiser) Kompensation durch verbesserten Marktzutritt vorgekehrt werden soll.

Die Weiterentwicklung des Zinsbesteuerungsabkommens zu einem vollwertigen AIA gehört deshalb ins Gesamtpaket der Erneuerung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Es ist aus unserer Sicht nicht angängig, dass den EU-Mitgliedstaaten eine präferenzielle Behandlung bei der Einführung des AIA eingeräumt wird (u.a. durch den Verzicht auf die finanziellen Vorteile aus dem Zinsbesteuerungsabkommen), ohne dass daraus auch angemessene Vorteile für die Schweiz heraussehen.

Der VSV verlangt aus diesen Gründen, dass die Genehmigung des vorgelegten Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union politisch zurückgestellt und im Rahmen des angestrebten Gesamtpakets zur Erneuerung und Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen mit der EU weiterbehandelt wird.

III. Den Umsetzungsrealitäten des AIA Rechnung tragen!

Die grossspurigen Versprechen der Staaten, einschliesslich derjenigen, die sich in die Gruppe der „early adopters“ eingeordnet hatten, den AIA schnell und mit einer grossen Zahl von Partnerstaaten einzuführen, haben sich als warme Luft erwiesen. Insbesondere die Hauptkonkurrenten des schweizerischen Finanzplatzes in der internationalen Betreuung von Privatkunden, welche noch Ende 2014 den neuen Standard lautstark begrüsst hatten, hüllen sich nun in Schweigen und zeigen keinen Elan, den AIA wie angekündigt „zügig“ einzuführen.

Mit einer Umsetzung des AIA auf den 1. Januar 2017, mit Austausch von Daten über das Jahr 2016, ist derzeit nur noch innerhalb der EU und im Verhältnis zwischen der EU und den EWR-Staaten zu rechnen. Dass Konkurrenzfinanzplätze wie Singapur, Hongkong oder das Vereinigte Königreich mit einer Vielzahl von (unabhängigen) Staaten den AIA in absehbarer Zeit einführen werden, ist derzeit nicht erkennbar. Dass die USA auch nur irgendwelche Schritte zur Gewährung echter Reziprozität beim Austausch von Steuerdaten unternehmen, ist ebenso wenig feststellbar.

Auf der Stufe EU selbst hat der erste Bericht der von der Kommission eingesetzten AEFI Expertengruppe vom März 2015 mit aller wünschbaren Klarheit gezeigt, dass der Respekt vor den Grundrechten der Bürger im Bereich des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre wieder einen höheren Stellenwert als auch schon hat. Die Expertengruppe schlägt vor, dass vor dem Abschluss von Abkommen über den AIA mit Drittstaaten – sei es im Rahmen des MCAA, oder auf anderer Basis – die Mitgliedstaaten der EU gemeinsame Regeln für die Beurteilung der Frage erarbeiten sollen, ob ein Drittstaat einen angemessenen Schutz der im Rahmen des AIA übermittelten Daten bietet. Damit rückt der AIA zwischen den EU- und Drittstaaten ausserhalb des EWR für Jahre in die Ferne.

Das Fürstentum Liechtenstein, als „early adopter-Staat“, wird auf den 1.1.2017 den AIA allenfalls mit den EU-, im allerbesten Fall auch mit anderen EFTA-Staaten, einführen. Es bestehen derzeit keine Pläne, den AIA mit einer Perspektive von 2 – 3 Jahren auch mit anderen Staaten einzuführen.

Hong Kong wird den AIA nur auf der Basis von umfassenden Doppelbesteuerungsabkommen einführen, wie das Ende April 2015 publizierte Consultation Paper der lokalen Regierung dies vorschlägt.

Auf den 1. Januar 2017 wird der AIA nach dem MCAA damit weitgehend eine innereuropäische Angelegenheit bleiben. Eine weit reichende, globale Umsetzung ist nicht zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund gibt es auch für die Schweiz keinen Grund zur Eile mit der Umsetzung.

Auch aus diesen Gründen verlangt der VSV, dass die Genehmigung des vorgelegten Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union politisch zurückgestellt und im Rahmen des angestrebten Gesamtpakets zur Erneuerung und Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen mit der EU weiterbehandelt wird.

IV. Politische Bedingungen für die Einführung AIA mit der EU nur partiell erfüllt

A. Keine genügenden Regularisierungsmöglichkeiten für betroffene Steuerpflichtige

Der Bundesrat hatte die politischen Eckwerte für die Einführung des AIA mit bestimmten Partnerstaaten in seinem Grundsatzbeschluss vom 8. Oktober 2014 festgelegt und entsprechend kommuniziert.

Gemäss diesem Grundsatzbeschluss sollen angemessene Programme zur Regularisierung steuerlicher Altlasten für Steuerpflichtige in den Partnerstaaten wichtige Voraussetzung für die Einführung des AIA sein.

Der Erläuterungsbericht lässt dazu nur kurz und knapp aus, indem er festhält, dass einige EU-Staaten solche Programme installiert haben sollen.

Dies ist nach unserer Auffassung ungenügend. Soll der AIA mit allen Mitgliedstaaten der EU nach den Vorgaben des Änderungsprotokolls und den darin verwiesenen Regeln der OECD eingeführt werden, so setzt dies voraus, dass in allen EU-Staaten den Steuerpflichtigen entsprechende Programme zur Regularisierung ihrer „steuerlichen Vergangenheit“ offen stehen.

Solche Programme bestanden nach hiesigem Kenntnisstand in einem Zeitraum, in welchem die Einführung des AIA absehbar war, bzw. bestehen weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland, in der Bundesrepublik Österreich, in Italien, in Frankreich, in Schweden, in Lettland, in Litauen, in den Niederlanden sowie im Vereinigten Königreich (wo bis Ende 2015 das Offenlegungsprogramm über Liechtenstein noch zugänglich ist).

Geplant sind solche Programme in Griechenland und Finnland.

Ein neues Programm auflegen will Spanien.

Keine Regularisierungsprogramme bzw. entsprechende Projekte kennen: Bulgarien, Rumänien, Portugal (wo ein früheres Programm bereits 2012 ausgelaufen ist), Irland, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Polen, Belgien (wo ein früheres Programm bereits 2013 ausgelaufen ist), Luxemburg und Kroatien.

Damit muss festgestellt werden, dass nur ein Teil der EU-Mitgliedstaaten (nicht einmal alle der EURO-Zone Staaten) steuerliche Regularisierungsprogramme kennen oder auflegen wollen. Einzelne Eurostaaten, wie z.B. Irland, verfolgen sogar eine Politik, die gezielt gegen solche Offenlegungsprogramme gerichtet ist, und darauf abzielt, auf der Basis der über den AIA erhaltenen Daten eine eigentliche Strafrechtskampagne gegen „Steuersünder“

loszutreten. Die EU schafft damit die von der schweizerischen Politik aus guten Gründen verlangten Grundlagen für die flächendeckende Einführung des AIA nicht.

Der VSV verlangt deshalb, (a) entweder die Einführung des AIA in den weiteren Rahmen der Erneuerung (und allfälligen Erweiterung der bilateralen Abkommen zu stellen) oder (b) durch entsprechende Anpassungen des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Änderungsprotokolls dafür zu sorgen, dass der Bundesrat den AIA nur mit denjenigen EU-Staaten operationalisieren darf, welche ein angemessenes Regularisierungsprogramm für ihre Steuerpflichtigen aufgelegt haben.

B. Ungenügende Datenschutzlage

In seiner Vernehmlassungsvorlage und der Botschaft zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung des AIA auf der Basis des Common Reporting Standards der OECD hat der Bundesrat zudem klar kund getan, dass die Einführung des AIA nur mit Staaten ins Auge gefasst werde, welche zudem und ohne Abstriche Gewähr für die Einhaltung des vom CRS geforderten Datenschutzes und des Spezialitätsprinzips bieten.

Schliesslich hat der Bundesrat wiederholt betont, dass bei der Einführung des AIA dem Grundsatz der gleich langen Spiesse im Wettbewerb der Finanzplätze hohe Bedeutung zukommt. Dem schweizerischen Finanzplatz sollen keine unnötigen Nachteile im Wettbewerb mit anderen Finanzplätzen dadurch erwachsen, dass die Schweiz einer wesentlich grösseren Zahl von Partnerstaaten den AIA anbietet, während andere Finanzplätze den neuen Standard nur zögerlich umsetzen.

Es ist aus Sicht des VSV grundsätzlich korrekt, dass die rechtlichen Grundlagen im Datenschutzrecht (sowohl auf der Basis der geltenden Datenschutzrichtlinie, als auch auf der Basis der kurz vor Verabschiedung stehenden Europäischen Datenschutzverordnung) für den Datenschutz durch die europäischen Vertragsstaaten den Mindeststandards der OECD genügen. Allerdings darf die theoretische Geltung europäischen Rechts für die Mitgliedstaaten nicht automatisch zur Annahme führen, dass diese Staaten das für sie verbindliche auch beachten. Dies gilt namentlich auch im zukünftigen Geltungsbereich der europäischen Datenschutzverordnung als für die Mitgliedstaaten direkt verbindliches Gemeinschaftsrecht.

Die EU ist heute kaum mehr in der Lage, erlassenes Gemeinschaftsrecht in den Mitgliedstaaten auch wirksam durchzusetzen. Das gilt nicht nur für die währungs- und hausrechtlichen Bestimmungen im Bereich der Euro-Zone. Dies gilt für das EU-Recht ganz generell.

Will sich also die Schweiz gegenüber allen 28 Mitgliedstaaten zur Durchführung des AIA verpflichten, so muss vorgängig Klarheit darüber geschaffen werden, wie denn das Datenschutzrecht in den EU-Staaten auch umgesetzt wird. Bei einer rein formal-rechtlichen Betrachtungsweise darf es angesichts der massiven Vollzugsdefizite nicht bleiben. Bestehen erhebliche Vollzugsdefizite im Datenschutzbereich, darf die Schweiz den AIA auch nicht vollziehen. Nachdem diese Vollzugsdefizite von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat unterschiedlich sind, müssen diese auch unterschiedlich behandelt werden können. Art. 6 (2) des Änderungsprotokolls sieht dies auch ausdrücklich vor – allerdings nur mit Bezug auf die Sistierung nach Implementierung des AIA mit allen EU-Mitgliedstaaten.

Bei Staaten mit Vollzugsdefiziten im Datenschutzbereich muss aber in der Konsequenz auch verhindert werden, dass diese überhaupt eine erste Datenlieferung im Rahmen des Änderungsprotokolls erhalten. Ansonsten wird die Vorgabe, dass der Datenschutz von Anbeginn an sichergestellt sein muss, zum völlig toten Buchstaben.

Das im Änderungsprotokoll verankerte Recht zur Sistierung des AIA bei Missachtung der Vorgaben darf nicht nur retrospektive Anwendung finden, sondern es muss ein Instrument geschaffen werden, dass auch die Aufnahme des Informationsaustausches mit einem oder mehreren Mitgliedstaaten infolge ungenügender effektiver Ausgestaltung des Datenschutzes verhindern kann.

Sollen erneute Verhandlungen mit der EU über den Inhalt des Änderungsprotokolls nicht erwünscht sein, so muss zur Erreichung dieses Zwecks der Entwurf für den Bundesbeschluss Anpassungen erfahren.

Aus diesen Gründen ist der vorgeschlagene Bundesbeschluss wie folgt zu ändern und zu ergänzen:

„Art. 1 Abs. 2 (streichen)

Art. 2 (neu)

¹ Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll vom 27. Mai 2015 mit Bezug auf diejenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu ratifizieren, in denen Informationen, die nach Massgabe des Protokolls übermittelt werden sollen, nach den Vorgaben des Rechts der Europäischen Union effektiv geschützt werden.

² Der Bundesrat konsultiert vor Ratifikation die Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben und erstattet ihnen Bericht über die Datenschutzlage in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit Bezug auf welche das Protokoll vom 27. Mai 2015 ratifiziert werden soll.

³ Der Bundesrat wird ermächtigt Vereinbarungen über die Aufhebung der Abkommen abzuschliessen, die im Anhang zum Bundesgesetz vom 15. Juni 2012 über die internationale Quellenbesteuerung aufgeführt sind.

[Art. 2 wird zu Art 3]“

V. Aufhebung von ZBstG und IQG

Grundsätzlich würde die Genehmigung des Änderungsprotokolls und der Abschluss von Vereinbarungen über die Aufhebung der Abkommen gemäss Anhang zum IQG dazu führen, dass sowohl das ZBstG und das IQG gegenstandslos würden. Die in diesen Gesetzen verankerten Bestimmungen zu den Verschwiegenheitspflichten müssen ungeachtet der neuen Bestimmungen erhalten bleiben.

Die diesbezüglichen Vorschläge in der Vernehmlassungsvorlage sind allerdings ungenügend. Sie müssen so formuliert werden, dass die im Rahmen des IQG und des ZBstG und der zwischenstaatlichen Abkommen, deren Umsetzung sie dienen, erhobenen Informationen nicht Gegenstand der Amtshilfe - weder derjenigen auf Anfrage, noch der spontanen - sein können. Dazu ist unseres Erachtens durch die gewählte Formulierung im Entwurf für ein „Bundesgesetz über die Aufhebung des Zinsbesteuerungsgesetzes vom 17. Dezember 2004 und des Bundesgesetzes vom 15. Juni 2012 über die internationale Quellenbesteuerung“ nichtgenügend getan. Insbesondere können durch neue Abkommen zum AIA neue Informationspflichten auf die Eidgenössische Steuerverwaltung zukommen. Es ist deshalb sicherzustellen, dass diese Behörde, die im Rahmen des Zinsbesteuerungsabkommens und der „Abgeltungssteuerabkommen“ erhobenen Information weder für die Zwecke des AIA, noch für die erweiterte Steueramtshilfe nach dem StAHiG verwenden dürfen.

Entsprechend ist Art. 2 des Bundesgesetzes über die Aufhebung des Zinsbesteuerungsgesetzes vom 17. Dezember 2004 und des Bundesgesetzes vom 15. Juni 2012 über die internationale Quellenbesteuerung wie folgt anzupassen:

„Art. 2 Weitergeltung von Schweige- und Geheimhaltungspflichten sowie Ausschluss der Amtshilfe in Steuersachen

¹ Die Schweige- und Geheimhaltungspflichten, die sich aus Artikel 10 ZBstG und Art. 39 IQG ergeben, bleiben auch nach Aufhebung dieser Gesetze in Kraft.

² Die Eidgenössische Steuerverwaltung darf die im Rahmen der vom ZBstG und IQG erhobenen Informationen weder zur Grundlage, noch zum Gegenstand für die Bekanntgabe an andere Staaten im Geltungsbereich des AIA-G und StAHiG machen.

VI. Erlassform

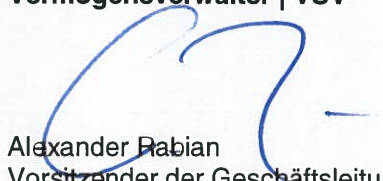
Die vorgeschlagene Erlassform des referendumpflichtigen Bundesbeschlusses ist im Einklang mit der Bundesverfassung. Deren Art. 141 sieht das fakultative Referendum u.a. für völkerrechtliche Verträge vor, die (Abs. 1 Bst. d Ziff. 3) wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten.

Dieselbe Erlassform muss für alle Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Partnerstaaten gewählt werden.

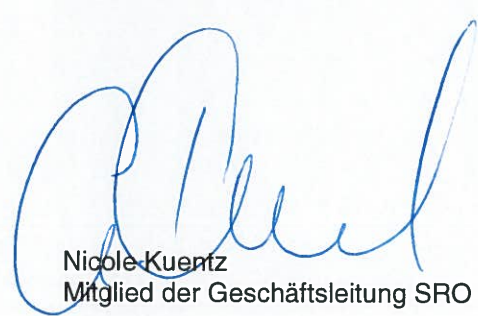
Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit, uns zum Bundesbeschluss zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vernehmen zu lassen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**Verband Schweizerischer
Vermögensverwalter | VSV**



Alexander Rabian
Vorsitzender der Geschäftsleitung SRO



Nicole Kuentz
Mitglied der Geschäftsleitung SRO